



Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr



Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland

Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2010
des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr

Thomas Bulmahn
Rüdiger Fiebig
Carolin Hilpert

Forschungsbericht 94

Mai 2011

Die in der vorliegenden Publikation vorgetragenen Ansichten und Meinungen sind diejenigen der Autoren und geben nicht notwendigerweise die Sicht oder die Auffassung des Bundesministeriums der Verteidigung wieder.

Bei den Kapiteln 4 und 7 bis 12 handelt es sich um vollständig aktualisierte und teilweise ergänzte Beiträge, die im Rahmen des Kurzberichts „Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung Oktober/November 2009“ des SWInstBw erschienen sind.

Impressum

Herausgeber: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr
Verantwortlich für den Inhalt sind die Autoren
Anschrift: PF 1142, 15331 Strausberg
Tel.: 03341 58 1826; Fax: 03341 58 1802
E-Mail: ThomasBulmahn@bundeswehr.org
Internet: www.sowi.bundeswehr.de

© Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr
ISSN 0342-2569 – ISBN 978-3-941481-14-2
Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Belege erbeten.
„Einer entgeltlichen Weitergabe dieses Dokuments, sei es in elektronischer Form oder Papierform, wird widersprochen.“
Druck: Print- und Medienzentrum der Wehrbereichsverwaltung Ost, Juni 2011

Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr

**Sicherheits- und
verteidigungspolitisches
Meinungsklima in der
Bundesrepublik Deutschland**

Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2010
des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr

Thomas Bulmahn
Rüdiger Fiebig
Carolin Hilpert

Forschungsbericht 94

Strausberg, Mai 2011

Inhaltsverzeichnis

Wichtigste Ergebnisse	5
1 Einstellungen zur Reform der Bundeswehr <i>Rüdiger Fiebig</i>	11
2 Haltungen zur Aussetzung der Wehrpflicht und zum Freiwilligen Wehrdienst <i>Rüdiger Fiebig</i>	19
3 Kenntnisse über die Auslandseinsätze der Bundeswehr <i>Rüdiger Fiebig</i>	29
4 Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr <i>Thomas Bulmahn</i>	37
5 Afghanistan und die Bundeswehr im Spiegel der Medien <i>Carolin Hilpert</i>	43
6 Wahrnehmung und Bewertung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan <i>Thomas Bulmahn</i>	51
7 Vorstellungen von den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im In- und Ausland <i>Thomas Bulmahn</i>	63
8 Einstellungen zur Bundeswehr und Bewertung der gesellschaftlichen Anerkennung <i>Thomas Bulmahn & Rüdiger Fiebig</i>	67
9 Die Bundeswehr im Vergleich: Vertrauen und wahrgenommene Aufgabenerfüllung <i>Thomas Bulmahn</i>	75
10 Wahrnehmung der Bundeswehr in den Medien und im persönlichen Umfeld <i>Thomas Bulmahn</i>	81

11	Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands	
	<i>Thomas Bulmahn</i>	87
12	Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsgefühl	
	<i>Thomas Bulmahn</i>	91
	Methodisches Design der Studie	99
	Anhang	101

Wichtigste Ergebnisse

Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SWInstBw – „SOWI“) führt seit 1996 regelmäßig repräsentative Bevölkerungsbefragungen durch, um die sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bundesbürger wissenschaftlich fundiert zu erfassen. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der im Oktober/November 2010 realisierten Befragung präsentiert.

1 Einstellungen zur Reform der Bundeswehr

- ➔ Die anstehende Reform der Bundeswehr ist den meisten Deutschen bekannt. 88 Prozent haben bereits schon einmal davon gehört, zwölf Prozent noch nicht.
- ➔ Die meisten Bundesbürger (71 Prozent) halten die Reform für notwendig, nur 16 Prozent glauben, sie ist unnötig.
- ➔ Eine Mehrheit (53 Prozent) meint, dass die Bundeswehr künftig weniger Soldaten haben sollte. Sechs Prozent sind der Ansicht, die Truppenstärke sollte zunehmen und 35 Prozent der Befragten glauben, dass die Bundeswehr die richtige Größe hat.
- ➔ 64 Prozent der Deutschen meinen, dass die Reform der Bundeswehr in die richtige Richtung geht, lediglich 17 Prozent sehen das nicht so.
- ➔ Die Mehrheit (53 Prozent) erwartet, dass die Bundeswehr durch die anstehenden Reformen leistungsfähiger wird, 35 Prozent glauben das nicht.

2 Haltungen zur Aussetzung der Wehrpflicht und zum Freiwilligen Wehrdienst

- ➔ Die Mehrheit der Bundesbürger (68 Prozent) vertritt eine positive Einstellung zur Wehrpflicht in Deutschland.
- ➔ Nach der politischen Entscheidung zur Aussetzung der Wehrpflicht sprechen sich nur noch 37 Prozent für einen Erhalt der Wehrpflicht aus, 20 Prozent votieren für die Aussetzung und 41 Prozent plädieren für die Abschaffung der Wehrpflicht.
- ➔ 45 Prozent der Befragten sind der Meinung, durch die Aussetzung der Wehrpflicht werde die Bundeswehr Haushaltsmittel einsparen können. Ein Drittel sieht keine finanziellen Auswirkungen (33 Prozent) und 14 Prozent erwarten, dass die Aussetzung der Wehrpflicht zu Mehrkosten führen wird.
- ➔ Ein Viertel (25 Prozent) der unter 30-Jährigen ist bereit, freiwillig Wehrdienst zu leisten. Bei den jungen Männern sind es 31 Prozent und bei den jungen Frauen sind es 17 Prozent.

- ➔ Von den Befragten, die mindestens 30 Jahre alt sind, würden 43 Prozent einem Familienangehörigen oder Freund raten, freiwillig Wehrdienst in der Bundeswehr zu leisten, 49 Prozent würden davon abraten.

3 Kenntnisse über die Auslandseinsätze der Bundeswehr

- ➔ Der ISAF-Einsatz ist am bekanntesten: 57 Prozent geben an, einige oder alle relevanten Fakten über den Einsatz zu kennen.
- ➔ Sehr viele Bundesbürger geben an, nichts Konkretes über die laufenden Auslandseinsätze der Bundeswehr zu wissen oder noch nie davon gehört zu haben.
- ➔ 29 Prozent der Bundesbürger sind in der Lage, Afghanistan auf einer unbeschrifteten politischen Weltkarte korrekt zu zeigen; 20 Prozent der Befragten kennen die ungefähre Zahl der in Afghanistan eingesetzten Bundeswehrsoldaten und 18 Prozent wissen, seit wann die Bundeswehr in Afghanistan im Einsatz ist.
- ➔ Der Kenntnisstand über den ISAF-Einsatz ist stark von Alter, Bildung und Einkommen der Befragten abhängig.

4 Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

- ➔ Drei der fünf Auslandseinsätze der Bundeswehr werden von einer Mehrheit der Bundesbürger unterstützt.
- ➔ Die Zustimmung der Bevölkerung zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ist deutlich zurückgegangen: von 64 Prozent im Jahr 2005 auf 44 Prozent im Jahr 2010.
- ➔ Kritische Ereignisse in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr können das Meinungsbild massiv beeinflussen, wenn die Medien intensiv darüber berichten.

5 Afghanistan und die Bundeswehr im Spiegel der Medien

- ➔ Über den Luftschlag auf zwei Tankklaster in der Nähe von Kundus wurde in den Medien breit und intensiv berichtet.
- ➔ Mit zu Guttenbergs Charakterisierung der Situation in Afghanistan als „kriegsähnliche Zustände“ änderte sich zunehmend auch die öffentliche Wahrnehmung des Einsatzes.
- ➔ Eine breite mediale Beachtung fanden 2010 umstrittene Äußerungen des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler zum potenziellen Aufgabenspektrum der Bundeswehr und sein darauffolgender überraschender Rücktritt.
- ➔ In der medialen Berichterstattung prägt der Afghanistaneinsatz immer stärker das Bild der Bundeswehr.
- ➔ Das Bild der Bundeswehr in den Medien hat sich mit dem Einsatz stark verändert; sie wird zunehmend als eine Truppe im Krieg und kriegführend wahrgenommen.

6 Wahrnehmung und Bewertung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan

- ➔ Die Auswirkungen des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan werden sehr differenziert beurteilt. Mehrheitlich positive Bewertungen finden sich nur noch bei drei der elf abgefragten Punkte.
- ➔ Die Auswirkungen des Bundeswehreinsatzes auf die Sicherheitslage im Einsatzgebiet der Bundeswehr im Norden Afghanistans und die Chancen Afghanistans, sich zu einem freien, sicheren und wohlhabenden Land zu entwickeln, werden nur noch von Wenigen positiv beurteilt. Insgesamt sehen in diesen Bereichen lediglich 45 bzw. 35 Prozent eine positive Entwicklung.
- ➔ Die Zweifel am Erfolg des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan wachsen. Der Anteil der Personen, die positive Folgen des Einsatzes erwarten, ist seit einigen Jahren rückläufig. Im Vergleich zum Vorjahr beziffert sich der Rückgang der positiven Erwartungen für die betrachteten Bereiche auf durchschnittlich neun Prozentpunkte.
- ➔ Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan wird nur noch von einer Minderheit der Bundesbürger (30 Prozent) als Erfolg bewertet. Im Jahr 2007 lag dieser Wert noch bei 39 Prozent.
- ➔ Die Bevölkerungsmehrheit (54 Prozent) votiert für ein umgehendes Ende des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr und den Abzug aller Soldatinnen und Soldaten aus dem Land.
- ➔ Die Zustimmung zur Fortsetzung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan hängt maßgeblich vom wahrgenommenen Erfolg der Mission ab. Wer Fortschritte sieht, plädiert eher für ein weiteres Engagement. Wer den Einsatz als Fehlschlag bewertet, votiert eher für einen schnellen Abzug.

7 Vorstellungen von den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im In- und Ausland

- ➔ Die Bevölkerungsmehrheit will die Bundeswehr mit zahlreichen Aufgaben im Ausland betraut wissen. Hilfe im Katastrophenfall (93 Prozent) sowie Evakuierungs- und Befreiungsmissionen (89 Prozent bzw. 85 Prozent) finden die meiste Zustimmung.
- ➔ Es gibt eine breite Unterstützung der Bevölkerung für Anti-Terror-Einsätze der Bundeswehr auch in Deutschland. Der Anteil der Zustimmung reicht von 94 Prozent für die Überwachung des Luftraums bis 89 Prozent für den Schutz von Kernkraftwerken, Chemiewerken und ähnlichen Anlagen vor Terroranschlägen.

8 Einstellungen zur Bundeswehr und Bewertung der gesellschaftlichen Anerkennung

- ➔ Die Mehrheit der Bundesbürger (85 Prozent) vertritt eine positive Einstellung zur Bundeswehr. Das positive Meinungsbild überwiegt in allen Schichten.
- ➔ Die Leistungen der Bundeswehr bei den Hilfeinsätzen im Inland finden breite Anerkennung (92 Prozent insgesamt positive Bewertung).
- ➔ Kritischer werden Ausrüstung und Bewaffnung der Soldatinnen und Soldaten beurteilt (50 Prozent insgesamt positive Bewertung).
- ➔ Die gesellschaftliche Anerkennung für die Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz wird von 66 Prozent der Bevölkerung als zu gering eingeschätzt.

9 Die Bundeswehr im Vergleich: Vertrauen und wahrgenommene Aufgabenerfüllung

- ➔ Das Vertrauen in die Bundeswehr ist außerordentlich groß. 88 Prozent der Bundesbürger vertrauen den deutschen Streitkräften.
- ➔ Auf der Vertrauensskala nimmt die Bundeswehr hinter der Polizei den zweiten Platz ein.
- ➔ Die Bundesbürger vertrauen der Bundeswehr, weil sie davon überzeugt sind, dass die Streitkräfte dazu beitragen, Frieden, Sicherheit, Schutz, Stabilität und Freiheit für Deutschland zu bewahren.

10 Wahrnehmung der Bundeswehr in den Medien und im persönlichen Umfeld

- ➔ Informationen über die Bundeswehr werden von immer mehr Menschen in Deutschland vor allem über die Medien wahrgenommen. Persönliche Begegnungen verlieren dagegen an Bedeutung. Etwa jeder zweite Bundesbürger (48 Prozent) nimmt die Bundeswehr im Alltag überhaupt nicht mehr wahr.
- ➔ Wer die Bundeswehr im persönlichen Lebensumfeld oder in den Medien wahrnimmt, der gewinnt zumeist positive Eindrücke.

11 Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands

- ➔ Etwa jeder zweite Bundesbürger (45 Prozent) ist der Auffassung, dass Deutschland eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten auf internationaler Ebene mithelfen sollte.
- ➔ Für die Gegner einer aktiven Außen- und Sicherheitspolitik ist die eigene wirtschaftliche und soziale Lage die entscheidende Grundlage ihrer Einstellung zu der Frage, ob sich Deutschland international engagieren sollte oder nicht. Sicherheitspolitische Erwägungen sind eher sekundär.
- ➔ Die Befürworter einer aktiven Außen- und Sicherheitspolitik verweisen dagegen vor allem auf eine Verpflichtung des Landes zur solidarischen Hilfe.

12 Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsgefühl

- ➔ Die Menschen in Deutschland fühlen sich zurzeit vor allem von Kürzungen bei den Sozialleistungen (57 Prozent) und von einer weltweiten Zerstörung der natürlichen Umwelt (71 Prozent) bedroht.
- ➔ Die Mehrheit der Bundesbürger (89 Prozent) fühlt sich alles in allem sicher.
- ➔ Die Angst vor Terrorismus in Deutschland beeinträchtigt das individuelle Sicherheitsempfinden ebenso stark wie die Furcht vor unzureichender finanzieller Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter.
- ➔ Globale Bedrohungen von Natur und Umwelt bleiben zumeist abstrakt und beeinträchtigen das individuelle Sicherheitsempfinden kaum.

1 Einstellungen zur Reform der Bundeswehr

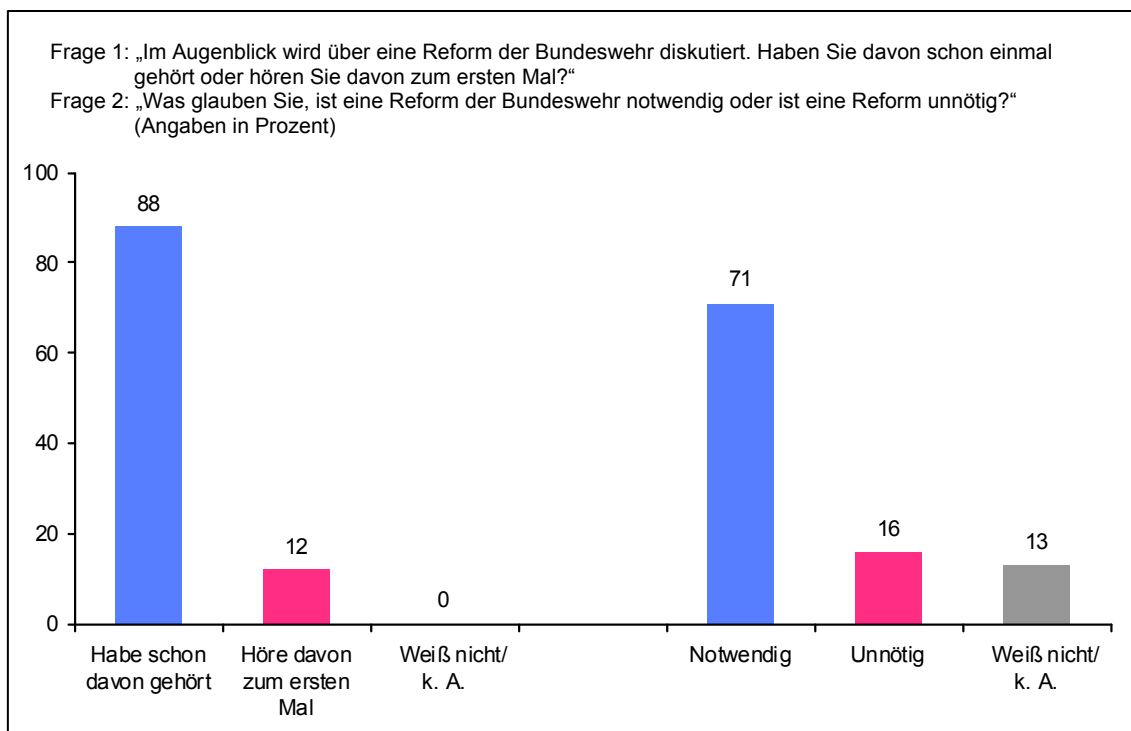
Rüdiger Fiebig

Die Strukturreform der Bundeswehr soll die deutschen Streitkräfte sowohl an die verschärften finanziellen Rahmenbedingungen anpassen als auch grundlegende Veränderungen mit sich bringen, um die Bundeswehr an die veränderten Anforderungen einer Armee im Einsatz anzupassen. Die zentralen Leitlinien der Reform wurden durch eine Strukturkommission unter der Leitung von Frank-Jürgen Weise erarbeitet. Die Kommission wurde am 12. April 2010 eingesetzt. Sie legte in ihrem Abschlussbericht vom Oktober eine Reihe von Vorschlägen zur Umgestaltung der Bundeswehr vor, darunter u. a. eine deutliche Reduzierung des Personalkörpers und die Zusammenführung des gesamten Ministeriums in Berlin. Ferner schlug die Kommission eine Stärkung der Rolle des Generalinspektors als „Oberkommandierenden der Streitkräfte“ vor, mit unmittelbarer Verantwortung über die Einsätze der Bundeswehr. Nach Vorlage des Berichts der Kommission setzte der damalige Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg einen Arbeitsstab zur Umsetzung der Reformvorschläge (ASUBw) ein, der im November 2010 seine Arbeit aufnahm.

Im Folgenden wird das Meinungsbild über die Strukturreform der Bundeswehr zu ihrem Beginn im Herbst 2010 genauer betrachtet. Dabei wird zunächst der Kenntnisstand der Deutschen über die Bundeswehrreform in den Blick genommen, und anschließend die Einstellungen zu den einzelnen Kernthemen der Reform betrachtet.

Bevölkerungseinstellungen zu einem komplexen Thema wie der Strukturreform der Bundeswehr müssen grundsätzlich immer im Kontext des Kenntnisstandes betrachtet werden, den die Bevölkerung über den Gegenstand der Einstellungen hat. Fragen nach einem bestimmten Sachverhalt führen auch bei komplexen Themen fast immer zu scheinbar sicheren Antworten, obwohl es sich bei dem gemessenen Meinungsbild häufig um sogenannte Nicht-Einstellungen handelt, die nicht auf tatsächlichen Informationen über einen Sachverhalt basieren und entsprechend volatil sind.

Abbildung 1.1: Kenntnisstand über die Reform der Bundeswehr und Notwendigkeit



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Daher ist auch bei der Betrachtung des Meinungsbildes über die Strukturreform der Bundeswehr zunächst eine Analyse des Kenntnisstandes notwendig, um die später gemessenen Einstellungen über das Thema besser einordnen zu können.

➔ **Die anstehende Reform der Bundeswehr ist den meisten Deutschen bekannt. 88 Prozent haben bereits schon einmal davon gehört, zwölf Prozent noch nicht.**

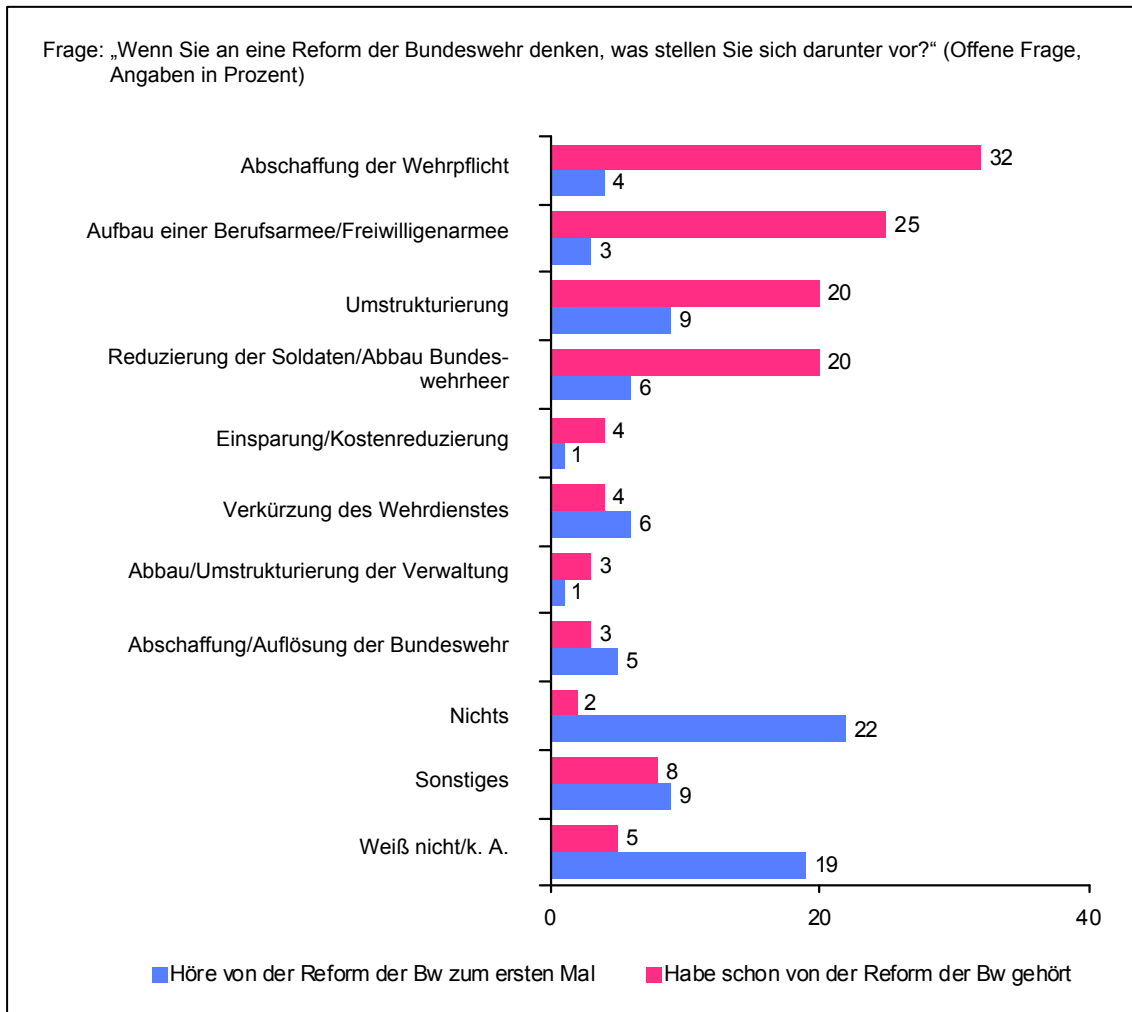
Abbildung 1.1 zeigt die Antworten auf die Frage nach der einfachen Kenntnis über die anstehende Reform der Bundeswehr. Demnach ist die Strukturreform den meisten Deutschen bekannt. 88 Prozent der Befragten haben bereits von ihr gehört. Nur zwölf Prozent ist sie unbekannt. Im Zusammenhang mit der Kenntnis wurde auch die wahrgenommene Notwendigkeit der Reform erfragt. Sie wird von einer breiten Mehrheit von 71 Prozent als notwendig angesehen. Nur 16 Prozent empfinden die Reform als unnötig, 13 Prozent können dazu keine Aussage treffen.

➔ **Die meisten Bundesbürger (71 Prozent) halten die Reform für notwendig, nur 16 Prozent glauben, sie ist unnötig.**

Obwohl die Reform 88 Prozent der Befragten ein Begriff ist, ist damit noch keine Aussage darüber getroffen, ob die breite Mehrheit der Bevölkerung mit diesem Begriff auch tatsächlich bestimmte Vorstellungen oder Erwartungen verbindet. Um dies zu klären, wurden im Rahmen einer offenen Frage die Vorstellungen erfasst, welche die Befragten mit dem Begriff der Reform verbinden. Abbildung 1.2 zeigt die kategorisierten Antworten auf die offene Frage zu den Vorstellungen von der Strukturreform der Bundeswehr. Der Kenntnisstand der Reform beschränkt sich nicht nur auf den reinen Begriff, sondern enthält auch differenzierte Vorstellungen über die Inhalte der Reform. Die Antworten geben die zentralen Kernthemen der tatsächlichen Reform relativ gut wieder. Die meisten Befragten (32 Prozent derjenigen, die bereits von der Reform gehört haben), verbinden damit die Abschaffung der Wehrpflicht, 23 Prozent die Umwandlung der Bundeswehr in eine Freiwilligen- oder Berufsarmee. 20 Prozent sehen die Reform als generelles Vorhaben der Umstrukturierung und weitere 20 Prozent sehen den Personalabbau als zentralen Inhalt der Reform.

Die SOWI-Bevölkerungsbefragung enthält bereits seit mehreren Jahren Fragen zur gewünschten militärischen Personalstärke der Bundeswehr. Diese zeigten, dass die Bevölkerung grundsätzlich gewillt ist, der Bundeswehr eine adäquate Personalstärke zur Erfüllung ihrer Aufgaben im In- und Ausland zur Verfügung zu stellen. Positive und negative Schwankungen kamen dabei häufig durch die wahrgenommene wirtschaftliche Lage sowie durch die wahrgenommene Einsatzbelastung der Bundeswehr zustande. In Zeiten internationaler Krisen wie z. B. nach dem 11. September 2001 sahen die Menschen einen deutlich stärkeren Personalbedarf für die Bundeswehr, während z. B. zur Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise ab Herbst 2008 es nur wenige Deutsche für nötig hielten, die Bundeswehr mit mehr Soldaten auszustatten.

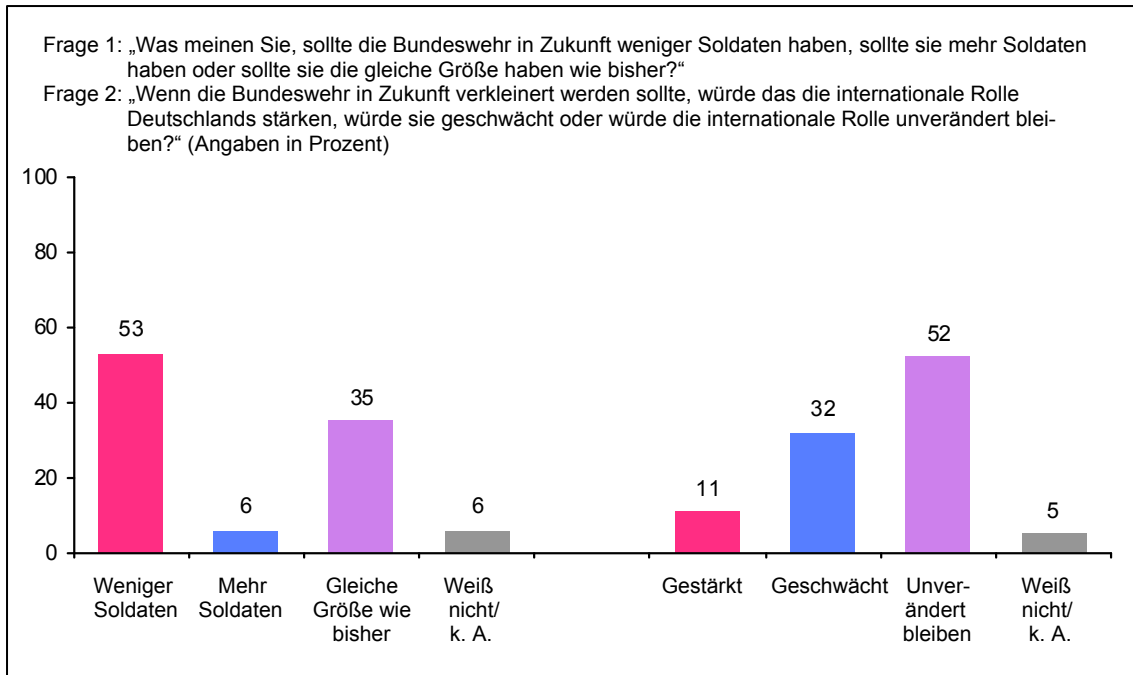
Abbildung 1.2: Vorstellungen von einer Reform der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Wie aber gestaltet sich die Frage nach der personellen Stärke der Bundeswehr zu Zeiten des Reformprozesses? 53 Prozent der Befragten meinen, dass die Bundeswehr in Zukunft weniger Soldaten haben sollte, 35 Prozent wünschen sich die gleiche Größe wie bisher, und jeweils sechs Prozent plädieren für mehr Soldaten bzw. wissen darauf keine Antwort (vgl. Abbildung 1.3).

Abbildung 1.3: Zukünftige Größe der Bundeswehr und die Rolle Deutschlands

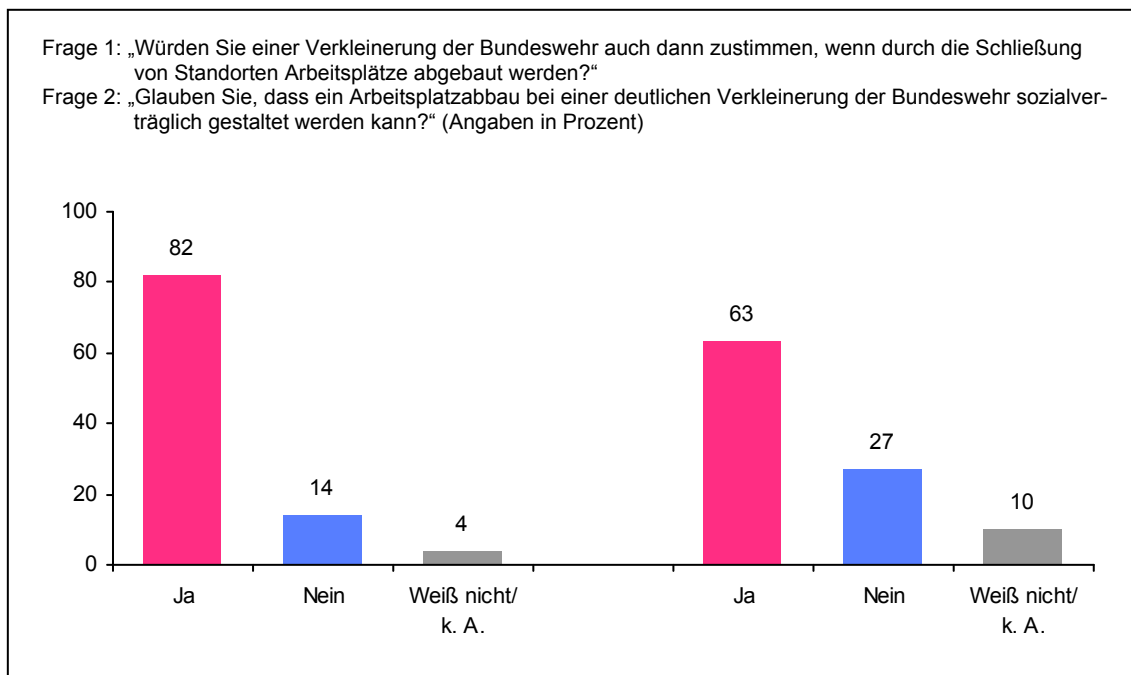


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

➔ **Eine Mehrheit (53 Prozent) meint, dass die Bundeswehr künftig weniger Soldaten haben sollte. Sechs Prozent sind der Ansicht, die Truppenstärke sollte zunehmen und 35 Prozent der Befragten glauben, dass die Bundeswehr die richtige Größe hat.**

Neben der Frage der Personalstärke der Bundeswehr wurde auch die Meinung nach einer daraus resultierenden Veränderung der Rolle Deutschlands in der Welt gestellt (vgl. Abbildung 1.3). Lediglich elf Prozent der Befragten gehen davon aus, dass eine personelle Reduzierung der Bundeswehrsoldaten zu einer Stärkung von Deutschlands Rolle führen würde. 32 Prozent sehen eine Schwächung als wahrscheinliche Folge, und 52 Prozent gehen davon aus, dass die Rolle Deutschlands unverändert bleiben wird.

Abbildung 1.4: Einstellungen zum Arbeitsplatzabbau

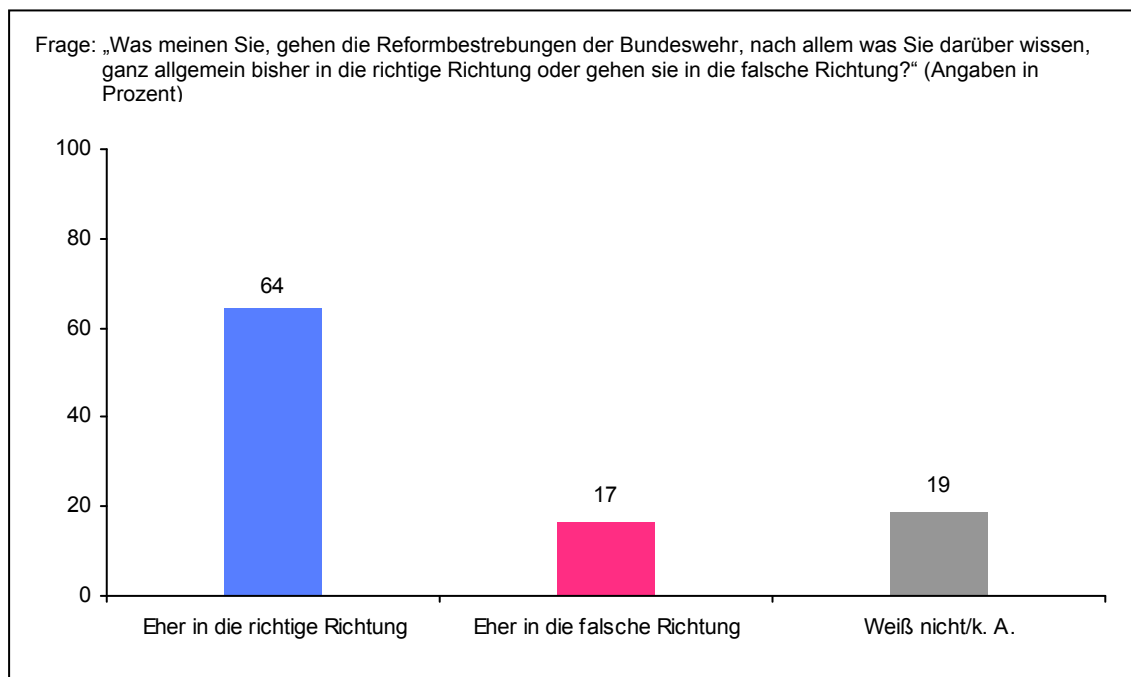


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Ein wichtiger Aspekt der politischen Diskussion um eine Verkleinerung der Bundeswehr betrifft die Schließung von Bundeswehrstandorten. Vor allem strukturschwache Regionen Deutschlands profitieren erheblich vom Wirtschaftsfaktor örtlicher Standorte der Bundeswehr, und eine angestrebte Schließung von Standorten wird durch die Landes- und Kommunalpolitik daher meist ausnahmslos abgelehnt. Doch wie sieht die Bevölkerung eine Schließung von Standorten in ihrer Region? Würde sie eine personelle Verkleinerung der Bundeswehr auch dann befürworten, wenn in der eigenen Region Standorte geschlossen werden müssten?

82 Prozent der Befragten, in deren Region sich ein Standort befindet, würden einer Verkleinerung auch bei einer dadurch nötigen Schließung von Standorten und dem Abbau von Arbeitsplätzen zustimmen (vgl. Abbildung 1.4). Nur 14 Prozent würden eine Verkleinerung der Bundeswehr unter diesen Umständen ablehnen. Gleichzeitig ist eine Mehrheit von 63 Prozent überzeugt, dass ein Abbau von Arbeitsplätzen in der Bundeswehr für die Betroffenen sozialverträglich gestaltet werden könnte.

Abbildung 1.5: Wahrgenommener Erfolg der Reformbestrebungen



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

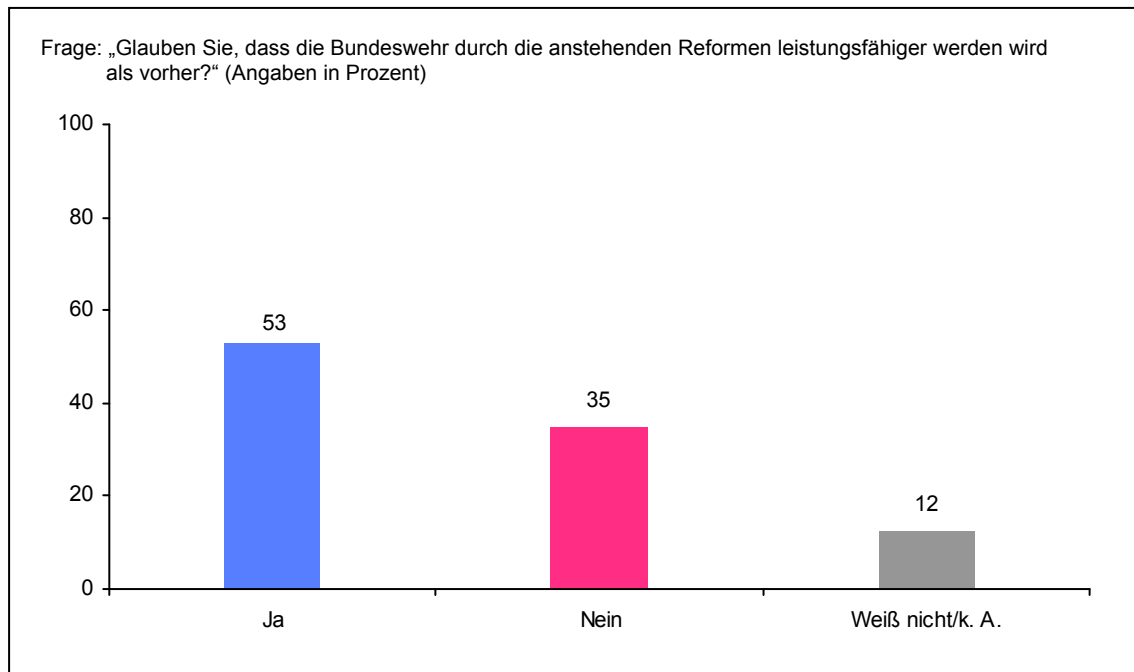
Die im Jahr 2010 angestoßene Strukturreform der Bundeswehr ist nicht das erste Reformvorhaben, das die deutschen Streitkräfte nach 1990 anstrebten. Daher ist durchaus zu erwarten, dass die Bevölkerung einer neuen Reform auch mit weitreichenden Zielen eine gewisse Skepsis entgegenbringt. Bei der Frage der Erfolgssaussichten der Reform sind jedoch 64 Prozent der Befragten der Ansicht, die Reform gehe bisher in die richtige Richtung, lediglich 17 Prozent sehen die Reform eher auf dem falschen Weg. Weitere 19 Prozent können hierzu keine definitive Aussage treffen (vgl. Abbildung 1.5).

➔ **64 Prozent der Deutschen meinen, dass die Reform der Bundeswehr in die richtige Richtung geht, lediglich 17 Prozent sehen das nicht so.**

Aus der Perspektive der Bevölkerungseinstellungen ist für die Strukturreform der Bundeswehr ein durchweg positives Bild zu verzeichnen. Die Strukturreform ist für die Deutschen ein wichtiges Thema, das sie mit Interesse und einer gewissen Anteilnahme verfolgen. Die Reform trifft in der deutschen Bevölkerung zudem auf große Zustimmung. Diese Zustimmung betrifft nicht nur die grundsätzliche Notwendigkeit einer Reform, sondern auch konkrete Inhalte. Die Deutschen machen sich sehr konkrete Vorstellungen davon, welche Aspekte einer Neugestaltung bedürfen. Die zentralen Inhalte der

tatsächlichen Reform, also die Aussetzung der Wehrpflicht, substanzielle Personalreduzierungen, sowie das generelle Ziel finanzieller Einsparungen werden auch von der Bevölkerung mitgetragen. Insgesamt scheint die Strukturreform den Deutschen durchaus Erfolg versprechend.

Abbildung 1.6: Leistungsfähigkeit der Bundeswehr durch die Reformen



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

➔ **Die Mehrheit (53 Prozent) erwartet, dass die Bundeswehr durch die anstehenden Reformen leistungsfähiger wird, 35 Prozent glauben das nicht.**

Dieses positive Bild muss jedoch im Zusammenhang mit der Situation zum Befragungszeitpunkt im Herbst 2010 gesehen werden. Die öffentliche und politische Diskussion über die Kosten der Bundeswehrreform und die Einhaltung von gesetzten finanziellen Zielen nahm erst Anfang 2011 ein Maß an, von dem ein Einfluss auf die Bevölkerungseinstellungen zu erwarten wäre. Die Ergebnisse der Befragung sind daher als Ausschnitt des Meinungsbildes zur Reform der Bundeswehr zu sehen, das wie jede andere politische Einstellung Schwankungen unterworfen ist.

2 Haltungen zur Aussetzung der Wehrpflicht und zum Freiwilligen Wehrdienst

Rüdiger Fiebig

Die allgemeine Wehrpflicht gilt in der Bundesrepublik seit ihrer Einführung im Jahr 1956 als Garant einer glaubhaften Landesverteidigung und der Integration des Staatsbürgers in Uniform in die Gesellschaft. Die Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht war daher in den Jahren nach Ende des Kalten Krieges eine zwar oft diskutierte, aber wenig realistische Option. Auch die Bevölkerung sah die Wehrpflicht in den vergangenen Jahren mehrheitlich positiv und plädierte durchgängig für ihre Erhaltung.

Die Diskussion um die Abschaffung oder Aussetzung der Wehrpflicht begann im Kontext der Sparziele für den Bundeshaushalt im Jahr 2010 erneut und wurde rasch in den Kontext einer weitreichenden Strukturreform der Bundeswehr eingebettet. Das Modell, das der damalige Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg am 6. Juni 2010 vorlegte, und das am 15. Dezember 2010 vom Bundeskabinett beschlossen wurde, sah vor, die allgemeine Wehrpflicht als Zwangsdienst zum 1. Juli 2011 auszusetzen und durch einen Freiwilligen Wehrdienst zu ersetzen, bei dem jährlich rund 7 000 Frauen und Männer auf freiwilliger Basis Dienst in den Streitkräften leisten können.

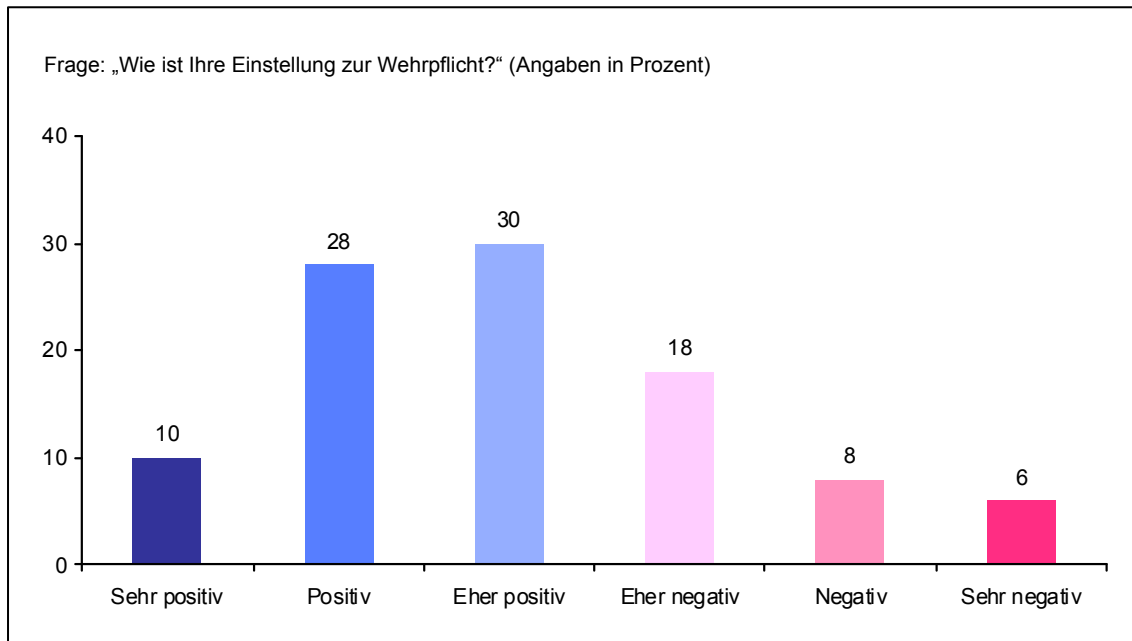
In der jährlichen Bevölkerungsbefragung waren die Einstellungen der Deutschen zur Wehrpflicht bereits seit Jahren von großer Bedeutung, da langfristiger Einstellungswandel nur über längerfristige Zeitreihen erfassbar ist. Da die bisherige Wehrpflicht eine große Bedeutung für die Rekrutierung des Nachwuchses für die Bundeswehr hatte, ist nach der politischen Entscheidung zur Aussetzung der Wehrpflicht die Attraktivität des neuen Freiwilligen Wehrdienstes ebenfalls von besonderem Interesse. Daneben werden im Folgenden auch die allgemeinen Grundeinstellungen zur Wehrpflicht und zu deren Aussetzung betrachtet.

→ Die Mehrheit der Bundesbürger (68 Prozent) vertritt eine positive Einstellung zur Wehrpflicht in Deutschland.

Die Grundeinstellungen der Bevölkerung zur Wehrpflicht in Deutschland sind im Herbst 2010 weiterhin überaus positiv (vgl. Abbildung 2.1). 68 Prozent der Deutschen

vertreten eine positive Einstellung zur Wehrpflicht, darunter zehn Prozent, die die Wehrpflicht sehr positiv sehen, 28 Prozent die ihr positiv gegenüberstehen, und 30 Prozent, die eine eher positive Einstellung vertreten.

Abbildung 2.1: Grundeinstellungen zur Wehrpflicht

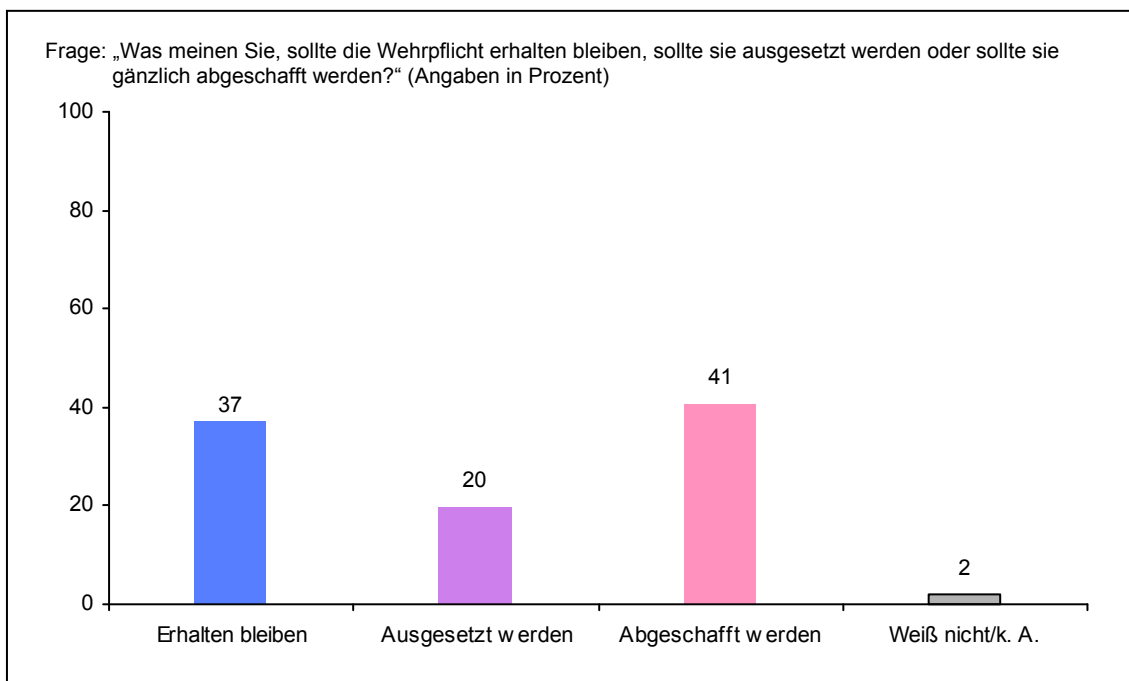


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Dieses Meinungsbild unterscheidet sich kaum von den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragungen vergangener Jahre und zeigt die hohe Stabilität der Grundeinstellungen der Deutschen zur Wehrpflicht in ihrem Land. Auch die politischen Diskussionen um eine Aussetzung der Wehrpflicht, die zum Befragungszeitpunkt im Herbst 2010 bereits in vollem Gange waren, haben an der positiven Grundhaltung einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung nur wenig geändert.

Die positive Grundhaltung der Bevölkerung bedeutet nicht, dass die Bevölkerung mit Blick in die Zukunft sich eine Aussetzung oder Abschaffung nicht vorstellen könnte. Bei der Frage, ob die Wehrpflicht erhalten bleiben soll oder ob sie entweder ausgesetzt oder abgeschafft werden sollte, sprechen sich lediglich 37 Prozent für einen Erhalt aus (vgl. Abbildung 2.2). 20 Prozent präferieren eine Aussetzung der Wehrpflicht und 41 Prozent eine gänzliche Abschaffung. Nur zwei Prozent können sich zu dieser Frage nicht entscheiden.

Abbildung 2.2: Einstellungen zur Zukunft der Wehrpflicht

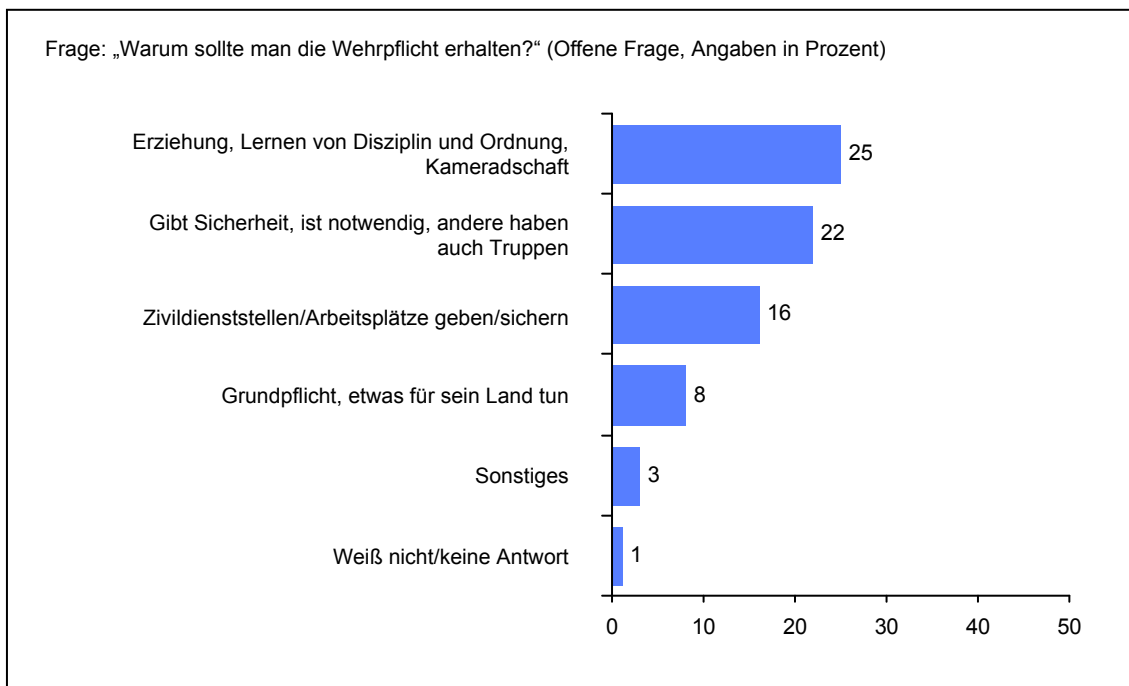


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

➔ **Nach der politischen Entscheidung zur Aussetzung der Wehrpflicht sprechen sich nur noch 37 Prozent für einen Erhalt der Wehrpflicht aus, 20 Prozent votieren für die Aussetzung und 41 Prozent plädieren für die Abschaffung der Wehrpflicht.**

Um genaueren Einblick in die Motivlagen für bestimmte Antworten zu erhalten, wurden nach der Frage zur Zukunft der Wehrpflicht offene Fragen zu den Gründen für den Erhalt, eine Aussetzung oder Abschaffung gestellt. Die Argumente für den Erhalt lassen sowohl auf die wahrgenommene Sozialisationsfunktion der Wehrpflicht für junge Menschen schließen, als auch auf sicherheitspolitische Erwägungen (vgl. Abbildung 2.3). Ein Viertel derjenigen, die für einen Erhalt plädieren, sehen die Wehrpflicht vor allem aufgrund ihrer Erziehungsfunktion im Hinblick auf Disziplin, Ordnung und Kameradschaft als wertvoll an. 22 Prozent weisen auf die Notwendigkeit der Wehrpflicht als Garant für die Sicherheit des Landes hin. 16 Prozent sehen vor allem positive Berufschancen und Vorteile für den Arbeitsmarkt als entscheidend an.

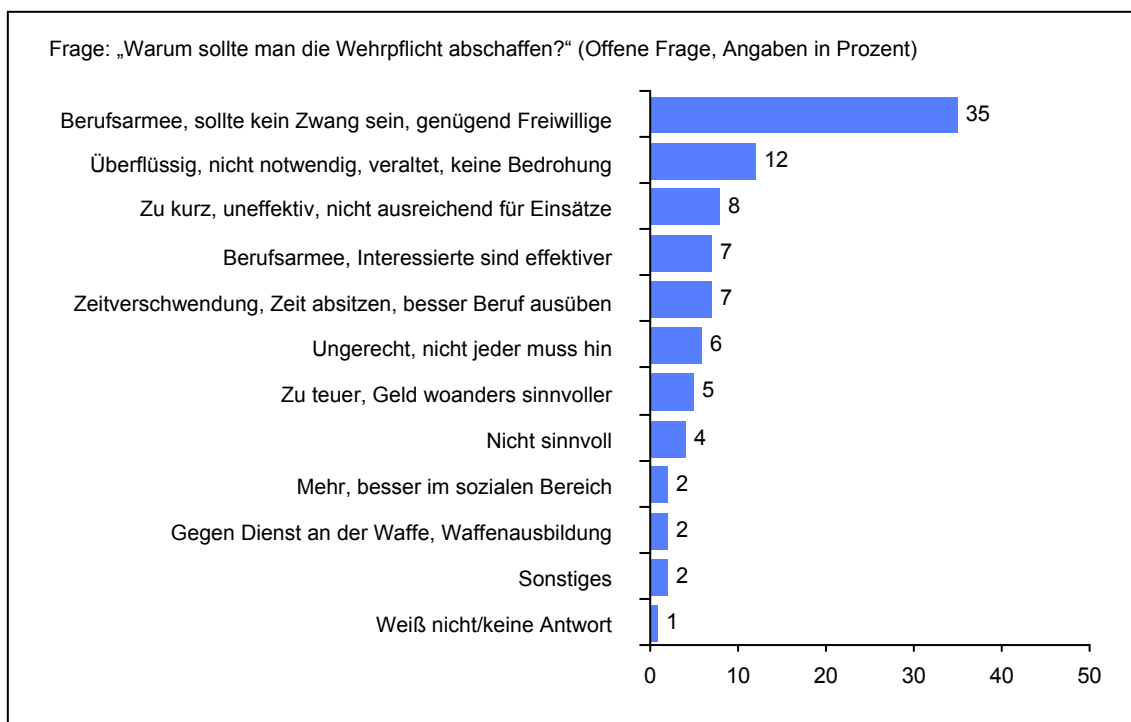
Abbildung 2.3: Gründe für die Erhaltung der Wehrpflicht



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Bei den Gründen für eine Abschaffung der Wehrpflicht dominiert die Einschätzung, dass die Bundeswehr keine Wehrpflicht benötigt, und ein Zwangsdienst nicht angemessen ist, da ausreichend Freiwillige zur Deckung des Personalbedarfs verfügbar seien (vgl. Abbildung 2.4). 35 Prozent der Befürworter einer Abschaffung der Wehrpflicht vertreten diese Meinung. Zwölf Prozent wählen eine stärker sicherheitspolitische Begründung und halten die Wehrpflicht für obsolet und überflüssig, da nach dem Ende des Kalten Krieges keine militärische Bedrohung mehr existiere, die ihren Erhalt rechtfertigen könnte. Als weitere Gründe werden u. a. die wahrgenommene Zeitverschwendung für Wehrdienstleistende, die schwindende Wehrgerechtigkeit und finanzielle Gründe angeführt.

Abbildung 2.4: Gründe für die Abschaffung der Wehrpflicht



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

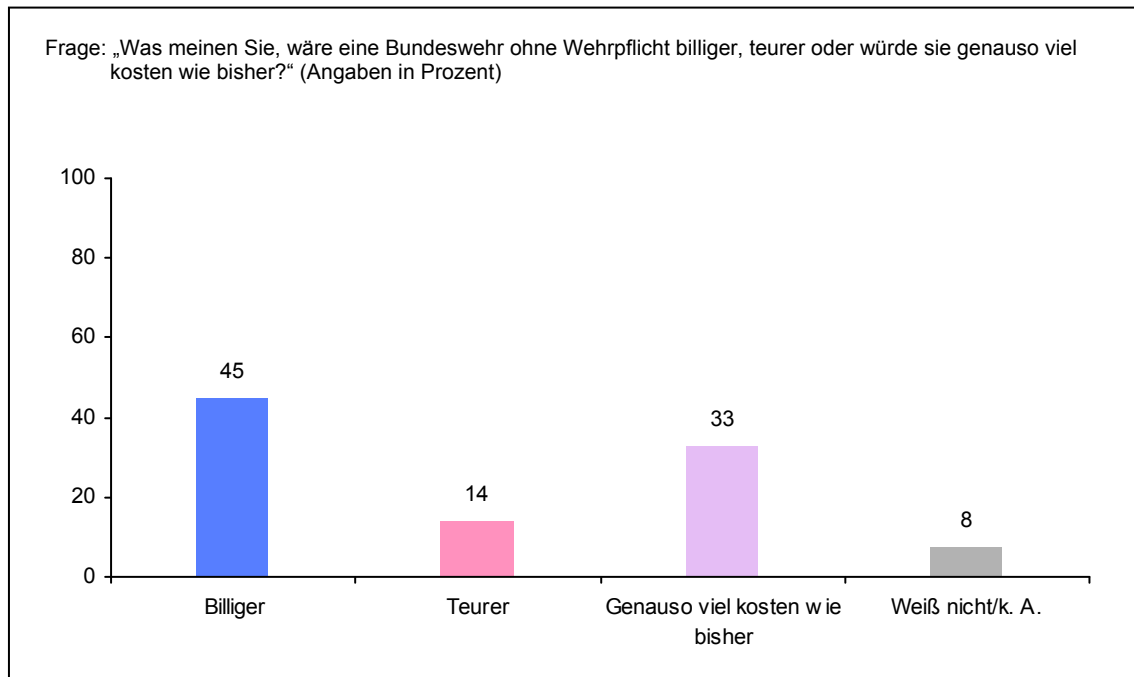
Sowohl Befürworter als auch Gegner eines Erhalts der Wehrpflicht als Zwangsdienst bilden sich ihre Meinung also durch differenzierte und plausible Überlegungen über den Nutzen der Wehrpflicht sowohl für die Wehrdienstleistenden selbst als auch für die gesamte Gesellschaft. Dies unterstreicht die gesellschaftliche Bedeutung und Verankerung der Wehrpflicht als Institution.

Nach der politischen Entscheidung für die Aussetzung der Wehrpflicht und die Umwandlung in einen Freiwilligen Wehrdienst waren die Kosten der Entscheidung ein wichtiger Bestandteil der Debatte um die Reformen der Bundeswehr. In der Bevölkerungsbefragung 2010 wurden daher auch die finanziellen Kosten der Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht thematisiert.

45 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass durch eine Aussetzung der Wehrpflicht Haushaltsmittel eingespart werden könnten (vgl. Abbildung 2.5). 14 Prozent gehen davon aus, dass das Ende der Wehrpflicht mehr kosten würde als bisher, und ein Drittel sieht durch die Aussetzung der Wehrpflicht keine finanziellen Auswirkungen. Dieser Optimismus, der angesichts der politischen Diskussion im Frühjahr 2011 überraschend erscheinen mag, ist vor allem durch den Befragungszeitpunkt zu erklären. Im Herbst 2010 hatte die Diskussion um eine Einhaltung der Sparziele im Zuge der Bundeswehr-

reform noch nicht im vollen Umfang begonnen. Daher war auch die Frage der zusätzlichen Kosten einer Aussetzung der Wehrpflicht noch nicht auf der Agenda der Bevölkerung.

Abbildung 2.5: Finanzielle Folgen einer Aussetzung der Wehrpflicht



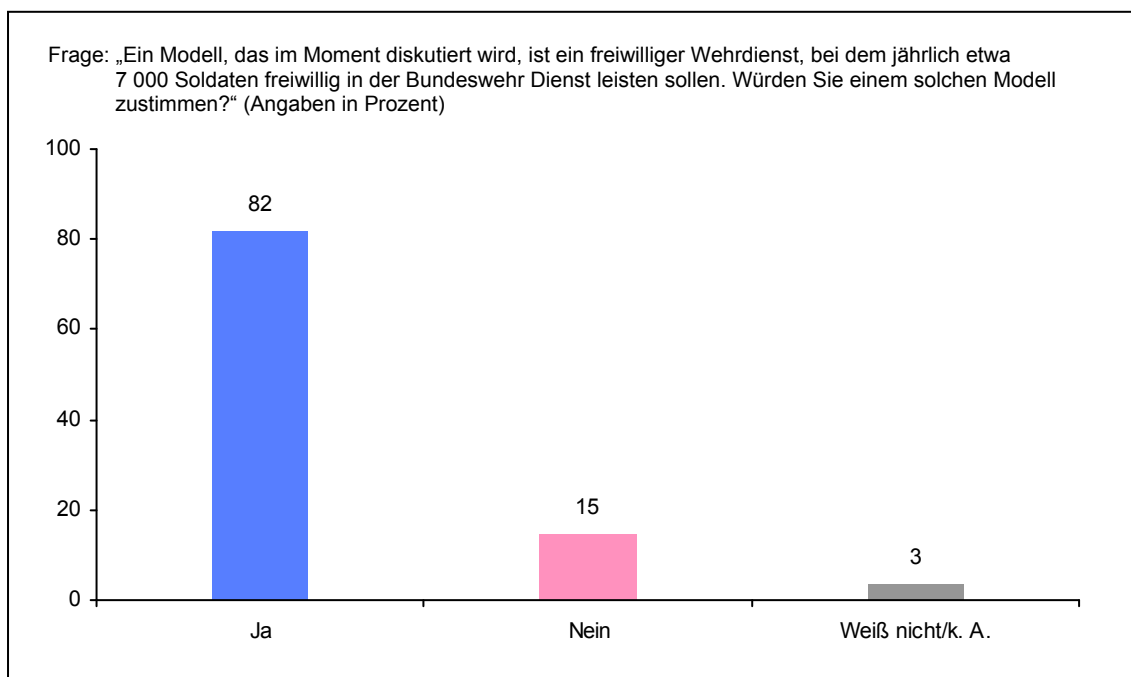
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

➔ **45 Prozent der Befragten sind der Meinung, durch die Aussetzung der Wehrpflicht werde die Bundeswehr Haushaltsmittel einsparen können. Ein Drittel sieht keine finanziellen Auswirkungen (33 Prozent) und 14 Prozent erwarten, dass die Aussetzung der Wehrpflicht zu Mehrkosten führen wird.**

Ein Wehrdienst auf freiwilliger Basis war auch in den Jahren vor der aktuellen Entscheidung bereits mehrfach Thema der politischen Debatte. In der Bevölkerung stießen solche Modelle meist auf breite Zustimmung (vgl. Bevölkerungsumfrage 2008), da sie als freiwilliger Dienst meist angemessener und zeitgemäßer wirken als eine Wehrpflicht als Zwangsdienst.

Die große Mehrheit der Deutschen unterstützt das Modell eines neuen Freiwilligen Wehrdienstes (vgl. Abbildung 2.6). 82 Prozent der Befragten stimmen ihm zu, lediglich 15 Prozent äußern sich ablehnend.

Abbildung 2.6: Zustimmung zu einem Freiwilligen Wehrdienst



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Abgesehen von der Zustimmung ist für die Personalgewinnung der Bundeswehr in Zukunft jedoch entscheidend, ob junge Menschen bereit sind, sich auch ohne die Wehrpflicht als Zwangsdienst für eine gewisse Zeit als Soldat bei der Bundeswehr freiwillig zu verpflichten. Unter den 16- bis 29-jährigen Befragten zeigt ein Viertel die grundsätzliche Bereitschaft, freiwillig Wehrdienst zu leisten. 72 Prozent sind dazu nicht bereit. Unter den jungen Männern ist die Bereitschaft bei 31 Prozent vorhanden, während 17 Prozent der jungen Frauen bereit wären, freiwillig Wehrdienst zu leisten. Ferner ist bei der Bereitschaft ein leichter Bildungseffekt sichtbar, so sind Befragte ohne Schulabschluss, oder mit Haupt- bzw. Realschulabschluss häufiger bereit, freiwillig Wehrdienst zu leisten als junge Menschen mit Hoch- oder Fachhochschulreife. Diese Anteile weisen darauf hin, dass es ein durchaus ernstzunehmendes Potenzial unter jungen Menschen gibt, das durch personalwerbliche Maßnahmen der Bundeswehr ansprechbar ist. Die Anteile von 31 bzw. 17 Prozent geben jedoch keinen Anhalt zur Einschätzung tatsächlicher Bewerberzahlen. Zudem fand die Bevölkerungsbefragung 2010 zeitlich vor der öffentlichen Diskussion um das Ausbildungs- und Führungsverhalten auf dem Segelschiff Gorch Fock statt.

Tabelle 2.1: Bereitschaft zu Freiwilligem Wehrdienst (16–29 Jahre)

Frage: „Wären Sie bereit, freiwillig Wehrdienst in der Bundeswehr zu leisten?“ (Befragte bis einschließlich 29 Jahre, n=218, Angaben in Prozent) ¹			
	Ja	Nein	Weiß nicht/k. A.
Insgesamt	25	72	3
Geschlecht**			
Männer	31	66	3
Frauen	17	80	3
Bildungsniveau***			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	23	76	1
Realschulabschluss	27	63	10
Hauptschulabschluss bzw. kein Schulabschluss	26	69	5

Anmerkungen: 1) Frage wurde nur Personen im Alter zwischen 16 und 29 Jahren gestellt; **: Signifikanz $\leq ,01$;

***: Signifikanz (Chi-Quadrat) = ,000.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

➔ Ein Viertel (25 Prozent) der unter 30-Jährigen ist bereit, freiwillig Wehrdienst zu leisten. Bei den jungen Männern sind es 31 Prozent und bei den jungen Frauen sind es 17 Prozent.

Befragte, die 30 Jahre und älter waren, wurde die Frage gestellt, ob sie Freunden oder Familienangehörigen dazu raten würden, freiwillig Wehrdienst in der Bundeswehr zu leisten. 42 Prozent würden einen solchen Rat geben, während 49 Prozent eher davon abraten würden. Auch hier ist ein leichter Effekt des Geschlechts feststellbar, während das Alter der Befragten kaum eine Rolle spielt. Das Bildungsniveau wiederum beeinflusst die Empfehlung zum Wehrdienst ganz deutlich. 58 Prozent der Befragten ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss würden zu einer Leistung von freiwilligem Wehrdienst raten, während es unter den Befragten mit mittlerer Reife bzw. höherem Abschluss nur 42 bzw. 39 Prozent sind. Das Haushaltsnettoeinkommen schließlich zeigt einen schwachen Effekt auf die Bereitschaft, den Freiwilligen Wehrdienst zu empfehlen.

In der Zusammenschau zeigen die Ergebnisse, dass die Bevölkerung Ende des Jahres 2010 mental den Schritt von der (auch in der öffentlichen Wahrnehmung) bewährten Wehrpflichtarmee zu einer Freiwilligenarmee geht. Die Wehrpflicht wird weiterhin sehr positiv beurteilt, doch die Deutschen plädieren mehrheitlich für ihre Aussetzung oder Abschaffung, da sie ein Modell des Freiwilligen Wehrdienstes aus verschiedenen, plausiblen Gründen für zeitgemäßer halten. Weiterhin ist die Zuversicht groß, dass die Aussetzung der Wehrpflicht zu keinen zusätzlichen Kosten für die Bundeswehr führen wird.

Tabelle 2.2: Empfehlung für Freiwilligen Wehrdienst (ab 30 Jahre)

Frage: „Würden Sie einem Familienangehörigen oder Freund dazu raten, freiwillig Wehrdienst in der Bundeswehr zu leisten?“ (Befragte ab 30 Jahre, n=982, Angaben in Prozent) ¹			
	Ja	Nein	Weiß nicht/k. A.
Insgesamt	42	49	9
Geschlecht***			
Männer	47	45	8
Frauen	38	53	9
Alter*			
30 bis 49 Jahre	43	50	7
50 bis 69 Jahre	42	49	9
70 Jahre und älter	41	47	12
Bildungsniveau***			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	39	51	10
Realschulabschluss	42	50	8
Hauptschulabschluss bzw. kein Schulabschluss	58	38	4
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat^{n.s.}			
3.000 Euro und mehr	43	50	7
1.500 bis unter 3.000 Euro	43	47	10
unter 1.500 Euro	48	46	6

Anmerkungen: 1) Frage wurde nur Personen im Alter ab 30 Jahren gestellt; *: Chi-Quadrat-Test; Signifikanz ≤ 0,05; ***: Signifikanz (Chi-Quadrat) = ,000; n.s.: Signifikanz > 0,05.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

➔ Von den Befragten, die mindestens 30 Jahre alt sind, würden 43 Prozent einem Familienangehörigen oder Freund raten, freiwillig Wehrdienst in der Bundeswehr zu leisten, 49 Prozent würden davon abraten.

Der neue Freiwillige Wehrdienst wird durchweg positiv gesehen, auch wenn das tatsächliche Interesse daran bzw. die wahrgenommene Attraktivität für andere naturgemäß geringer ausfällt als die einfache Zustimmung zu einer neuen Wehrform in Deutschland. Dennoch lässt die grundsätzliche Bereitschaft zum Freiwilligen Wehrdienst bei einem Viertel der jungen Menschen darauf schließen, dass geeignete personalwerbliche Maßnahmen durchaus zu einer ausreichenden Deckung des Personalbedarfs der Bundeswehr beitragen können.

3 Kenntnisse über die Auslandseinsätze der Bundeswehr

Rüdiger Fiebig

Der Begriff des „freundlichen Desinteresses“ der Deutschen prägt seit mehr als drei Jahren die Debatte um das militärische Engagement der Bundeswehr, insbesondere in Afghanistan. Geprägt vom damaligen Bundespräsidenten Köhler sollte der Begriff die spezifische Art der Unterstützung der Bundeswehr charakterisieren, die sich in Deutschland herausgebildet hat. Diese ist einerseits geprägt von sehr positiven Grundhaltungen der Deutschen zu ihren Streitkräften, verbunden mit einem seit Jahren sehr starken Vertrauen der Bevölkerung in die Institution Bundeswehr. Andererseits werden fehlende Anteilnahme und Unterstützung der Bevölkerung beklagt, zusammen mit geringem Wissen vieler Deutschen über die Bundeswehr und besonders über ihre Einsätze. Ein solches „freundliches Desinteresse“ wäre vor allem problematisch, da die öffentliche Unterstützung der Bundeswehr immer stärker von indirekten, über die Medien vermittelten Eindrücken abhängt. Kritische Ereignisse können daher, vermittelt über Berichterstattung, sehr rasch zu kurzfristigem, auch negativem Einstellungswandel in der Bevölkerung führen. Die Grundhaltungen und Einstellungen der Bevölkerung zur Bundeswehr sollten daher auf möglichst festen, auch von tatsächlichen Kenntnissen untermauerten Füßen stehen, um eine robuste und langfristige Unterstützung der Streitkräfte zu ermöglichen.

Der geringe Kenntnisstand der Bevölkerung über die Bundeswehr und zu ihren Einsätzen wird in der öffentlichen Debatte um das freundliche Desinteresse meist vorausgesetzt, jedoch nur selten empirisch bestätigt. Untersuchungen im Bereich der Einstellungsforschung bedienten sich bisher meist Fragen der Selbstwahrnehmung von Wissen, um einen Kenntnisstand über sicherheitspolitische Themen oder Einsätze der Streitkräfte nachzuweisen. Ein konkreter Einblick in das Ausmaß des Informationsstandes der Bevölkerung wird jedoch nur durch ein objektives Maß an Wissen möglich, beispielsweise erhoben mit offenen Testfragen. Diese Methode fand in der Bevölkerungsbefragung 2010 Anwendung.

Im Folgenden wird zunächst der subjektive Kenntnisstand der Bundesbürger über die einzelnen Einsätze der Bundeswehr im Ausland analysiert, um diese Selbstwahrneh-

mung anschließend mit dem neu erhobenen objektiven Wissen über den ISAF-Einsatz zu vergleichen. Ferner werden einzelne soziostrukturelle Teilgruppen nach ihrem Informationsniveau verglichen und der Zusammenhang zwischen Kenntnissen über den Einsatz und dessen Zustimmung durch die Bevölkerung geprüft.

Tabelle 3.1: Bekanntheit ausgewählter Einsätze der Bundeswehr im Ausland

Frage: „Haben Sie schon einmal von den folgenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr gehört oder gelesen?“ (Angaben in Prozent)				
	Intensiv damit beschäftigt, kenne alle wesentlichen Fakten	Davon gehört bzw. gelesen, kenne einige Fakten	Davon gehört bzw. gelesen, weiß aber nichts Konkretes	Noch nie davon gehört bzw. gelesen
Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF)	8	49	40	3
Operation gegen Piraterie vor der Küste von Somalia (ATALANTA)	6	32	44	18
Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR)	4	33	54	9
Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR)	4	30	52	14
Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL)	3	16	46	35

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

➔ Der ISAF-Einsatz ist am bekanntesten: 57 Prozent geben an, einige oder alle relevanten Fakten über den Einsatz zu kennen.

Über die laufenden Auslandseinsätze der Bundeswehr wissen viele Bundesbürger nach eigener Angabe nur wenig (vgl. Tabelle 3.1). Der konkrete Wissensstand schwankt dabei zwischen 19 Prozent, die einige oder alle relevanten Fakten über den UNIFIL-Einsatz kennen, und 57 Prozent, die dies im Falle ISAF tun. Dabei zeigt sich die dramatische Auswirkung der stetigen und umfangreichen medialen Aufmerksamkeit für den ISAF-Einsatz, die sich offenbar sehr stark auf den Kenntnisstand der Bevölkerung auswirkt. Die übrigen Einsätze der Bundeswehr fallen deutlich dahinter zurück. Die meisten Deutschen wissen also auch nach eigener Einschätzung kaum etwas über die Einsätze der Bundeswehr, und viele haben von einigen sogar noch niemals etwas gehört.

➔ Sehr viele Bundesbürger geben an, nichts Konkretes über die laufenden Auslandseinsätze der Bundeswehr zu wissen oder noch nie davon gehört zu haben.

Um das bereits angesprochene Problem der Selbstwahrnehmung des eigenen Wissensstandes zu vermeiden, wurden den Befragten in einem „Test“ sieben verschiedene Fragen zum ISAF-Einsatz in Afghanistan gestellt, die geografische, politische und auch militärische Aspekte der Mission enthielten. Die Fragen waren dabei offen gestellt, konnten also auch nicht zufällig korrekt beantwortet werden. Tabelle 3.2 zeigt die Anteile der Antworten, die auf die jeweiligen Wissensfragen entfielen.

➔ **29 Prozent der Bundesbürger sind in der Lage, Afghanistan auf einer unbeschrifteten politischen Weltkarte korrekt zu zeigen; 20 Prozent der Befragten kennen die ungefähre Zahl der in Afghanistan eingesetzten Bundeswehrsoldaten und 18 Prozent wissen, seit wann die Bundeswehr in Afghanistan im Einsatz ist.**

Tabelle 3.2: Wissensfragen zum Afghanistaneinsatz

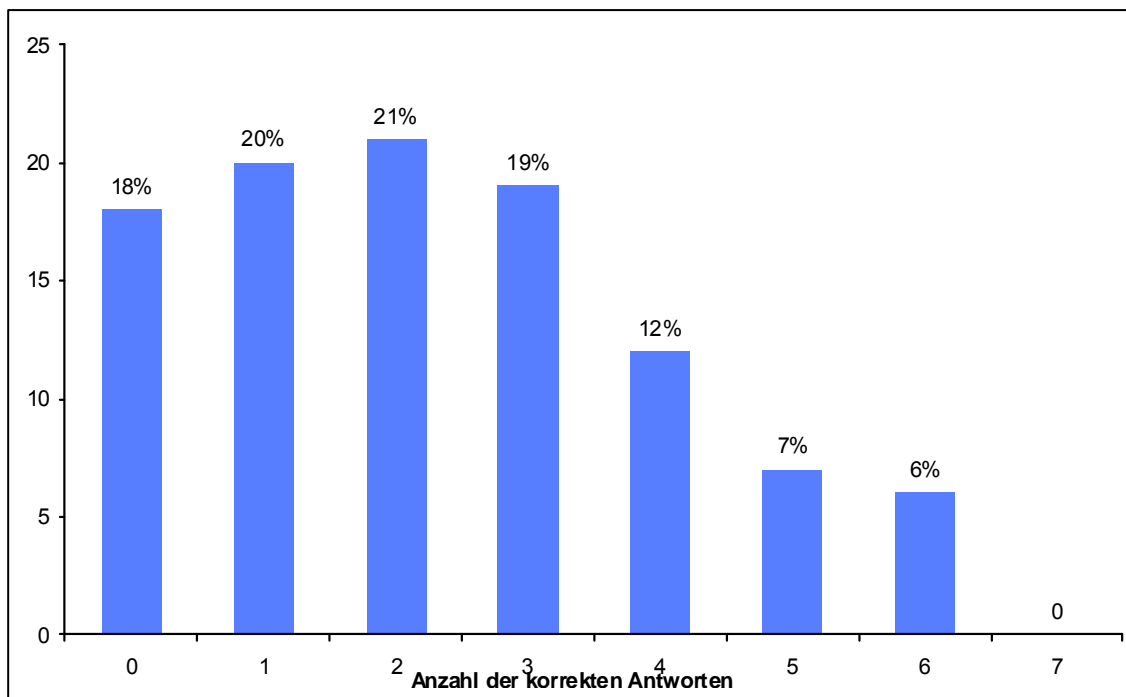
	Richtig beantwortet*	Falsch beantwortet	Weiß nicht/k. A.
1. Hier sehen Sie eine Weltkarte. Wo ungefähr befindet sich Afghanistan?	29 (Auf Karte gezeigt)	55	17
2. Wo in Afghanistan ist die Bundeswehr stationiert?	55 (Im Norden/Kabul)	10	35
3. Wie viele Bundeswehrsoldaten sind in etwa in Afghanistan im Einsatz?	20 (4 000–5 000)	40	40
4. Seit wann ist die Bundeswehr in Afghanistan im Einsatz?	18 (2001/2002)	52	30
5. Welche internationale Organisation hat das Kommando über den ISAF-Einsatz in Afghanistan?	26 (NATO)	25	49
6. Welches Land hat am meisten Soldaten in Afghanistan stationiert?	70 (USA)	6	24
7. Wie viele Bundeswehrsoldaten sind bisher in Afghanistan gefallen?	11 (20–30)	56	33

Anmerkung: *: Angaben in Klammern bezeichnen die Antworten, die in der Befragung als richtig gewertet wurden; Angaben in Prozent.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Die meisten richtigen Antworten entfallen auf die Frage nach der Nation mit den meisten Truppen in Afghanistan. 70 Prozent der Befragten nennen dabei die USA: Mehr als die Hälfte der Befragten (55 Prozent) können angeben, dass die Bundeswehr in Afghanistan im Norden des Landes bzw. in Teilen auch in der Hauptstadt Kabul eingesetzt ist. Jedoch kann weniger als ein Drittel der Befragten Afghanistan auf einer unbeschrifteten politischen Weltkarte korrekt zeigen. 55 Prozent zeigen das falsche Land, von denen wiederum 20 Prozent zumindest auf ein Nachbarland von Afghanistan deuten. Die übrigen Fragen werden teils von noch weniger Befragten korrekt beantwortet.

Abbildung 3.1: Anteil der Befragten, die eine Zahl von Wissensfragen korrekt beantworteten



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

➔ **Der Kenntnisstand über den ISAF-Einsatz ist stark von Alter, Bildung und Einkommen der Befragten abhängig.**

Aus der Anzahl der korrekt beantworteten Wissensfragen wurde ein Index gebildet, um die Verteilung des Kenntnisstandes über die Bevölkerung hinweg zu verdeutlichen. Abbildung 3.1 zeigt, dass der Anteil der Befragten, die eine bestimmte Anzahl von Wissensfragen korrekt beantworteten, nicht normal verteilt, sondern stark nach links verschoben ist. Fast 60 Prozent der Befragten konnten lediglich maximal zwei der Wissensfragen korrekt beantworten. 18 Prozent beantworteten keine einzige der Fragen korrekt. Weniger als ein Viertel der Befragten beantwortete mehr als vier der Fragen korrekt. Niemand konnte alle sieben Fragen beantworten.

Für die weiteren Analysen wurde der verwendete Index auf vier Stufen zusammengefasst, die großen, mittleren, geringen oder nicht vorhandenen Kenntnisstand über den ISAF-Einsatz bezeichnen. Tabelle 3.3 gibt die Verteilung des Kenntnisstandes über verschiedene soziostrukturelle Teilgruppen wieder. Der Kenntnisstand der Männer ist dabei deutlich stärker ausgeprägt als bei den Frauen. 25 Prozent der Frauen können keine der Wissensfragen über den Afghanistaneinsatz korrekt beantworten, während es unter den

Männern nur zehn Prozent sind. Junge Befragte von 17 bis 29 Jahren wissen ebenfalls vergleichsweise wenig über den Afghanistaneinsatz. 24 Prozent dieser Gruppe können keine der Fragen beantworten. Das Wissen über den Einsatz nimmt in der Bevölkerung mit wachsendem Alter zu, und schließlich wieder ab, wobei die Gruppe der ältesten Befragten ab 70 Jahren wieder ein ähnliches Niveau aufweist wie die jüngsten.

Tabelle 3.3: Wissensindex nach Teilgruppen

Zusammengefasster Wissensindex nach Teilgruppen ¹ (Angaben in Prozent)				
	0	1	2	3
Insgesamt	18	41	31	10
Geschlecht***				
Männer	10	37	37	15
Frauen	25	44	26	6
Alter**				
16 bis 29 Jahre	24	42	25	9
30 bis 49 Jahre	15	45	29	11
50 bis 69 Jahre	14	37	36	12
70 Jahre und älter	22	38	35	5
Bildungsniveau***				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	8	35	43	14
Realschulabschluss	16	44	31	9
Hauptschulabschluss bzw. kein Schulabschluss	25	41	25	9
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat***				
3.000 Euro und mehr	8	34	44	14
1.500 bis unter 3.000 Euro	15	42	30	13
unter 1.500 Euro	25	45	24	6
Parteipräferenz**				
CDU/CSU	13	36	36	16
SPD	17	37	36	9
FDP	17	41	31	12
Bündnis 90/Die Grünen	10	47	32	12
Die Linke	8	48	33	12
Region*				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	18	34	37	11
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	15	45	32	9
Süddeutschland (BW, BY)	19	41	33	7
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	18	41	25	15
Zustimmung zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr*				
Stimme vollkommen/überwiegend zu	11	35	35	19
Stimme eher zu	18	42	30	10
Lehne eher ab	17	43	32	7
Lehne vollkommen/überwiegend ab	15	45	32	8

Anmerkungen: 1) Zusammengefasster Wissensindex 0 = keine Frage korrekt beantwortet, 1 = 1–2 Fragen, 2 = 3–4 Fragen, 3 = 5–6 Fragen; *: Signifikanz $\leq ,05$; **: Signifikanz $\leq ,01$; ***: Signifikanz (Chi-Quadrat) = ,000.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Sowohl der Bildungsstand als auch das Einkommen der Befragten stehen in sehr deutlichem Zusammenhang mit dem Kenntnisstand. Ein Viertel der Befragten mit maximal Hauptschulabschluss ist nicht in der Lage, eine der Fragen zum Einsatz zu beantworten, während es unter den Abiturienten lediglich acht Prozent sind. Der Zusammenhang mit dem Einkommen der Befragten gestaltet sich sehr ähnlich. Ein Viertel der Geringverdienenden ist nicht in der Lage, Fragen zum Einsatz korrekt zu beantworten, gegenüber lediglich acht Prozent der Befragten in der Gruppe der Höchstverdienenden mit mehr als 3.000 Euro monatlichem Haushaltsnettoeinkommen.

Auch regional, nach den Bundesländern, aus denen die Befragten stammen, sind teils deutliche Unterschiede im Kenntnisstand über den Einsatz zu verzeichnen. Befragte aus Nord- und Süddeutschland wissen am meisten über ISAF, während der Kenntnisstand derjenigen aus den west- und ostdeutschen Bundesländern eher unterdurchschnittlich ausfällt. Die Parteipräferenz steht ebenfalls in Zusammenhang mit dem Kenntnisstand. Befragte, die den Unionsparteien zuneigen, können überdurchschnittlich viele Fragen beantworten. Die Anhänger der übrigen Parteien liegen hingegen relativ dicht am Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Schließlich ist noch zu beantworten, ob der Wissensstand über den Einsatz in Zusammenhang mit der Zustimmung zur Beteiligung der Bundeswehr an ISAF steht. Auch dies lässt sich klar bestätigen. Befragte, die den Einsatz deutlich befürworten, wissen auch am meisten über die Mission in Afghanistan. Befragte, die die Beteiligung der Bundeswehr an ISAF ablehnen, wissen andererseits hingegen nur minimal weniger über den Einsatz als die Gesamtbevölkerung.

Tabelle 3.4: Wahrgenommenes Wissen und tatsächlicher Kenntnisstand

Objektives Wissen nach subjektiver Selbsteinschätzung (Angaben in Prozent)				
	0	1	2	3
Noch nie davon gehört bzw. gelesen	29	47	19	5
Davon gehört bzw. gelesen, weiß aber nichts Konkretes	29	48	20	3
Davon gehört bzw. gelesen, kenne einige Fakten und Zusammenhänge	10	38	38	15
Intensiv damit beschäftigt, kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge	1	23	56	20

Anmerkung: Zusammengefasster Wissensindex 0 = keine Frage korrekt beantwortet, 1 = 1–2 Fragen, 2 = 3–4 Fragen, 3 = 5–6 Fragen.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Als abschließende Frage ist zu klären, inwiefern der objektiv über die Wissensfragen gemessene Kenntnisstand der Befragten mit der selbst angegebenen Einschätzung ihres

eigenen Wissens zusammenhängt, ob also Befragte, die angeben, alle relevanten Fakten über den Einsatz zu wissen, diese auch tatsächlich kennen. Tabelle 3.4 zeigt die Befragten nach ihrem subjektiv wahrgenommenen Wissen geordnet und nach ihren Anteilen, die auf die Stufe des jeweiligen objektiven Wissensindex entfallen. Es ist deutlich sichtbar, dass die Selbsteinschätzung im Großen und Ganzen dem tatsächlichen Wissen folgt, dass aber auch viele Befragte ihr eigenes Wissen überschätzen oder aber sozial erwünscht übertrieben darstellen. So können zehn Prozent der Befragten, die nach eigener Angabe einige Fakten über den Einsatz wissen, keine der tatsächlichen Wissensfragen beantworten. Nur 20 Prozent derjenigen, die glauben, alle wesentlichen Fakten über den Einsatz zu kennen, erreichen auch das entsprechend hohe Niveau mit ihren Antworten auf die ISAF-Wissensfragen. Dies macht deutlich, dass Interesse an einem Thema oder auch dessen häufige Wahrnehmung und folglich hoher wahrgenommener Kenntnisstand nicht unbedingt tatsächliches Wissen der Bevölkerung impliziert.

Die vereinfachte Sichtweise, die deutsche Bevölkerung stünde dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan in weiten Teilen gleichgültig und unwissend gegenüber, muss nach der vorliegenden Analyse einer differenzierteren Darstellung weichen. Bestimmte Bevölkerungsschichten weisen durchaus einen soliden Kenntnisstand auf. Dieser konzentriert sich jedoch vor allem auf die höheren Einkommens- und Bildungsgruppen. Im Allgemeinen ist das Wissen vor allem in bestimmten Detailbereichen sehr begrenzt. Der geringe Kenntnisstand in einigen dieser Detailbereiche deutet jedoch darauf hin, dass Teile der Bevölkerung zentrale Bestandteile des Rationals für den ISAF-Einsatz nicht in vollem Maße verstehen. Wenn 80 Prozent der Deutschen den Beginn des Einsatzes nicht mit den Jahren 2001/2002 angeben können, lässt sich seitens der Politik schwerlich auf eine Begründung des Einsatzes als Bestandteil des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus in Reaktion auf die Anschläge des 11. September 2001 bauen. Auch fast 10 Jahre nach Beginn des Einsatzes muss die Informationsarbeit über die Mission und ihre Hintergründe also noch deutlich verbessert werden, soll das Verständnis der Bevölkerung für das militärische Engagement in Afghanistan nicht verloren gehen.

4 Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Thomas Bulmahn

Zum Zeitpunkt der Untersuchung im IV. Quartal 2010 nahm die Bundeswehr mit mehr als 7 300 Soldaten und Soldatinnen an mehreren internationalen Missionen teil. Sie war unter anderem mit rund 4 900 Soldaten beteiligt an der NATO-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF), mit 1 500 Soldaten an der Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR), mit fast 300 Soldaten an der Anti-Piraterie-Mission ATALANTA vor der Küste von Somalia, mit mehr als 200 Soldaten an der Überwachungsmission der UNO vor der Küste des Libanon (UNIFIL) und mit rund 100 Soldaten an der Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR).¹ Was halten die Menschen in Deutschland von den Auslandseinsätzen der Bundeswehr? Befürworten sie die verschiedenen Missionen oder lehnen sie diese Einsätze ab?

→ Drei der fünf Auslandseinsätze der Bundeswehr werden von einer Mehrheit der Bundesbürger unterstützt.

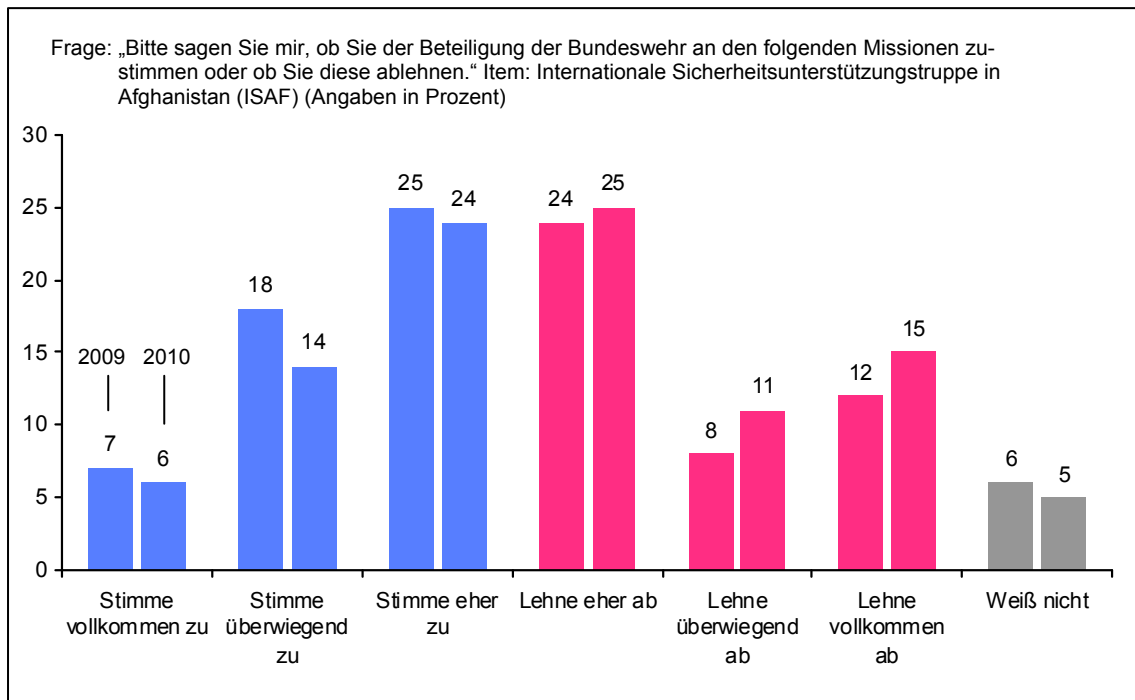
Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden von einem großen Teil der Bevölkerung unterstützt (vgl. Tabelle 4.1). Der Anteil der Befürworter reicht von insgesamt 64 Prozent für die Beteiligung an der Operation gegen Piraterie vor der Küste von Somalia (ATALANTA) bis zu 39 Prozent für die Überwachungsmission der UNO vor der Küste des Libanon. Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr wird alles in allem von nur noch 44 Prozent der Bundesbürger unterstützt.

Bei der Bewertung dieser Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass die meisten Befürworter den Einsätzen mit mehr oder weniger großen Vorbehalten zustimmen. Dem ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan stimmen beispielsweise nur sechs Prozent der Befragten vollkommen zu, 14 Prozent stimmen überwiegend zu und 24 Prozent stim-

¹ Quelle: BMVg 2011, im Internet unter: <http://www.bundeswehr.de>; Links: Einsätze und Stärke. Stand: Dezember 2010; letzter Zugriff: Januar 2011.

men eher zu. Auch der Anteil der Befragten, die diesen Einsatz eher ablehnen, ist mit 25 Prozent bemerkenswert groß (vgl. Abbildung 4.1).

Abbildung 4.1: Einstellung zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009 und 2010.

Diese Tendenz zur Mitte der Antwortskala findet sich bei allen betrachteten Missionen (vgl. Tabelle 4.1). Man kann diese Zurückhaltung einer Mehrheit der Befragten als einen Ausdruck von Unsicherheit interpretieren, der auf die beschriebenen Informationsdefizite zurückzuführen ist: Die meisten Bundesbürger wissen zu wenig über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, um sich ein klareres Urteil bilden zu können (vgl. Kapitel 3).

Grundsätzlich gilt: Je geringer das Informationsniveau, desto größer ist bei der Bewertung der Missionen der Anteil der Personen, die entweder die beiden mittleren Kategorien „Stimme eher zu“ bzw. „Lehne eher ab“ wählen oder die mit „Weiß nicht“ antworten. Beim UNIFIL-Einsatz der Bundeswehr, über den die Menschen in Deutschland am wenigsten wissen, sind das insgesamt 67 Prozent.

Tabelle 4.1: Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Missionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Angaben in Prozent)							
Beteiligung der Bundeswehr an der ...	Stimme vollkommen zu	Stimme überwiegend zu	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne überwiegend ab	Lehne vollkommen ab	Weiß nicht
Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF)	6	14	24	25	11	15	5
Operation gegen Piraterie vor der Küste von Somalia (ATALANTA)	17	21	26	16	5	8	7
Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR)	8	21	32	17	6	9	7
Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR)	7	20	34	16	6	9	8
Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL)	4	10	25	25	7	12	17

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Bei weiteren Analysen wird deutlich, dass die Zustimmung zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr vor allem von der Bewertung der Folgen dieses Einsatzes abhängig ist (vgl. hierzu Kapitel 6). Informationen über einen Einsatz sind eine entscheidende Grundlage für eine rationale Beurteilung der Konsequenzen und daher letztlich auch von großer Bedeutung für die Akzeptanz einer Mission.

➔ **Die Zustimmung der Bevölkerung zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ist deutlich zurückgegangen: von 64 Prozent im Jahr 2005 auf 44 Prozent im Jahr 2010.**

Die Zustimmung der Bevölkerung zur Beteiligung deutscher Soldaten an internationalen Friedenstruppen unterliegt einigen Schwankungen, wie ein Zeitvergleich von 2005 bis 2010 belegt (vgl. Tabelle 4.2).

Tabelle 4.2: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Zeitvergleich

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Missionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Anteil Zustimmung ¹ , Angaben in Prozent)						
	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF)	64	49	60	64	50	44
Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR)	75	62	70	70	66	61
Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR)	68	63	70	70	64	61

Anmerkung: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“, „Stimme überwiegend zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2005 bis 2010.

Die Zustimmungswerte, die bei der jüngsten Befragung im Jahr 2010 gemessen wurden, unterscheiden sich deutlich von den Werten des Vorjahres. Die Zustimmung zu allen drei Einsätzen ist zurückgegangen; am stärksten hat der ISAF-Einsatz der Bundeswehr an Unterstützung eingebüßt, in den letzten zwei Jahren um insgesamt 20 Prozentpunkte.

Die Schwankungen des Meinungsbildes werden zum einen von kritischen Ereignissen in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr verursacht, über die die Medien in Deutschland intensiv berichten. Der Einsatz in Afghanistan findet dabei besondere Beachtung. Im Jahr 2006 lagen die Zustimmungswerte beispielsweise deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Verantwortlich für den Rückgang waren kritische Presseberichte über die sog. „Totenkopffotos“, die Bundeswehrsoldaten im Jahr 2003 in Afghanistan gemacht hatten und die im Oktober 2006 von der Bild-Zeitung veröffentlicht worden waren, unmittelbar vor dem Beginn der Datenerhebung für die 2006er-Studie. Die Auswirkungen auf das Meinungsbild der Bevölkerung blieben jedoch zeitlich begrenzt. Zwar ging die Zustimmung unmittelbar nach der Veröffentlichung der Fotos stark zurück, doch mit dem Abflauen des Medieninteresses an diesem Thema stiegen die Werte wieder an und bereits nach drei bis vier Wochen war das Niveau des Vorjahres annähernd erreicht.

→ Kritische Ereignisse in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr können das Meinungsbild massiv beeinflussen, wenn die Medien intensiv darüber berichten.

Der deutliche Rückgang der Zustimmung zum Afghanistaneinsatz der Bundeswehr im Zeitraum von 2008 bis 2009 ist wahrscheinlich ebenfalls auf einen konkreten Vorfall im Einsatz zurückzuführen. Am 4. September 2009 wurden in der Nähe des Feldlagers Kunduz zwei zuvor von den Taliban entführte Tanklastzüge bombardiert. Bei diesem Angriff kamen auch Zivilisten ums Leben. Über diesen Vorfall und die teils massive internationale Kritik wurde auch in Deutschland ausführlich berichtet. Da die Daten der im Jahr 2009 realisierten Studie nur wenige Wochen später erhoben wurden, muss man davon ausgehen, dass die Berichte über diese dramatischen Ereignisse das Meinungsbild beeinflusst haben.

Der weitergehende Rückgang der Zustimmung im Zeitraum von 2009 bis 2010 kann nicht mehr auf ein singuläres Ereignis zurückgeführt werden. Die vielen Berichte über tote und verwundete Soldaten, über die sich verschlechternde Sicherheitslage im Einsatzgebiet der Bundeswehr und über die unklaren Zukunftsperspektiven für dieses

Land führen vielmehr zu einem nachhaltigen Meinungswandel. Die mehrheitliche Unterstützung für diesen Einsatz ist verloren. Immer mehr Skepsis macht sich breit und die Zahl derjenigen, die diesen Einsatz strikt ablehnen wächst.

Bemerkenswert ist, dass auch ein Rückgang der Zustimmung zum Engagement im Rahmen von KFOR und EUFOR zu beobachten ist, wobei es sich um einen klassischen Haloeffekt handeln dürfte, d. h. die kritischere Bewertung des ISAF-Einsatzes strahlt aus auf die Bewertung der anderen Missionen, über die die Befragten nur wenig wissen.

5 Afghanistan und die Bundeswehr im Spiegel der Medien²

Carolin Hilpert

Das tagesaktuelle Geschehen kann die Wahrnehmung der Bevölkerung zur Bundeswehr und ihren Einsätzen beeinflussen. Aufgrund dessen unterliegt die öffentliche Meinung gewissen Schwankungen. Dies hat nicht zuletzt die Bevölkerungsbefragung 2006 gezeigt, als Bilder deutscher Soldaten mit Totenschädeln posierend Schlagzeilen machten. Damals fokussierten sich die Medien vor allem auf dieses negative Ereignis, während sie gleichzeitig positive Entwicklungen weitgehend ausblendeten. Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung von 2006 legen nahe, dass die Totenkopf-Bilder die Ablehnung des Afghanistaneinsatzes verstärkten.

Zu Beginn des hier betrachteten Zeitraums stand am 4. September 2009 der Luftangriff auf zwei von den Taliban entführte Tanklastzüge in der Nähe von Kundus (Afghanistan). Es war der größte Militärschlag der deutschen Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg und führte der Bevölkerung nicht nur die kriegsähnliche Lage in Afghanistan vor Augen, sondern auch die oftmals verdrängte Tatsache, dass sich deutsche Soldaten in Afghanistan *aktiv* an einem Konflikt beteiligen. Über den Luftschlag wurde breit und intensiv in den deutschen Medien berichtet. Besonders kritisch vermerkten sie die darauffolgende Informationspolitik der Bundesregierung (Süddeutsche Zeitung, 27.11.2009).

→ **Über den Luftschlag auf zwei Tanklastzüge in der Nähe von Kundus wurde in den Medien breit und intensiv berichtet.**

Zwei Tage nach dem Luftschlag erklärte der damalige Verteidigungsminister Jung (2005–2009), es seien „ausschließlich terroristische Taliban getötet worden“, während die amerikanische Washington Post bereits von getöteten Zivilisten sprach (Washington Post, 5.9.2009; Agence France Presse, 7.9.2009). Darüber hinaus zeigten die internatio-

2 Das Verzeichnis der verwendeten Print- und elektronischen Medien für diesen Beitrag befindet sich als Anhang ab Seite 101 in diesem Bericht.

nenalen Medien Verletzte im Krankenhaus von Kundus. Jung betonte sein Bedauern angesichts ziviler Opfer.

Im November berichteten die deutschen Medien, dass die Staatsanwaltschaft wegen Kriegsverbrechen nach dem Völkerstrafgesetzbuch ermittle (Die Welt, 7.11.2009; Frankfurter Rundschau, 7.11.2009). Der Spiegel bezeichnete den Luftschlag sogar als ein „deutsches Verbrechen“ – „ungeachtet dessen, ob juristische Prüfungen am Ende zu anderen Schlüssen kommen“ (Spiegel, 1.2.2010). Karl Theodor zu Guttenberg, der nach den Bundestagswahlen 2009 neuer Verteidigungsminister (Oktober 2009–März 2011) wurde, bezeichnete den Luftschlag Anfang November 2009 als „militärisch angemessen“ (Die Welt, 7.11.2009). Am 26. November 2009 entließ er Staatssekretär Peter Wichert und Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan. Er warf ihnen vor, ihm Informationen vorenthalten zu haben (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.11.2009).

Einen Tag später übernahm Jung, mittlerweile Arbeitsminister im neuen Kabinett „die politische Verantwortung für die interne Informationspolitik im Bundesverteidigungsministerium“ (Sueddeutsche.de, 27.11.2009; Süddeutsche Zeitung, 28.11.2009). Er trat damit nach nur 33 Tagen im neuen Amt zurück. Kurz darauf korrigierte auch der damalige Verteidigungsminister zu Guttenberg seine Einschätzung: Der Angriff sei „aus heutiger, objektiver Sicht im Lichte aller auch mir damals vorenthaltener Dokumente militärisch nicht angemessen“ (Deutscher Bundestag 2009). Aufgrund der Vorkommnisse konstituierte sich der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages als Untersuchungsausschuss. Der ehemalige Staatssekretär Wichert, der damalige Verteidigungsminister zu Guttenberg und Kanzlerin Merkel mussten vor dem Ausschuss aussagen.

Als zu Guttenberg später erklärte, dass bei dem Luftschlag gezielt Taliban getötet werden sollten (Financial Times Deutschland, 15.12.2009), entbrannte in Deutschland eine Debatte, ob das gezielte Töten von Taliban erlaubt sei (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 13.12.2009). Einige Medien spekulierten, es habe einen Strategiewechsel der Bundeswehr gegeben, was die Bundesregierung jedoch verneinte (Die Welt, 11.12.2009). Gleichzeitig sprach der damalige Verteidigungsminister zu Guttenberg von „kriegsähnlichen Zuständen“ in Afghanistan (Süddeutsche Zeitung, 4.11.2009). Anders als sein Vorgänger, der stets von einem Stabilisierungseinsatz gesprochen hatte, schlug zu Guttenberg damit einen neuen rhetorischen Kurs ein. Kurz darauf bewertete die Bundesregierung die Lage in Afghanistan neu und sprach offiziell von einem „bewaffneten nicht-internationalen Konflikt“ (Süddeutsche Zeitung, 11.11.2010).

→ Mit zu Guttenbergs Charakterisierung der Situation in Afghanistan als „kriegsähnliche Zustände“ änderte sich zunehmend auch die öffentliche Wahrnehmung des Einsatzes.

Für die internationale Gemeinschaft blieb Afghanistan weiterhin die größte Herausforderung – dies machte nicht zuletzt Obamas Rede im Dezember 2009 deutlich (Die Welt, 3.12.2009). Darin forderte er die Alliierten auf, den Krieg gemeinsam zu beenden. Die USA würden ihre Truppen um 30 000 Soldaten aufstocken und ab Juli 2011 den Rückzug beginnen. Vor dem Hintergrund, dass die Niederlande ihre Truppen bereits im Sommer 2010 abziehen würden, erhielt seine Rede zusätzliche Bedeutung: In den Niederlanden war die Regierung 2007 über Differenzen bezüglich des Einsatzes zerbrochen (FAZ.NET, 20.2.2007).

Im April 2010 kamen bei Angriffen durch die Taliban sieben deutsche Soldaten ums Leben. Daraufhin kamen in Deutschland erneut Zweifel am Bundeswehreinsatz in Afghanistan auf (Reuters.de, 22.4.2010). Auch Kanzlerin Merkel geriet in die Kritik, da sie zunächst der Trauerfeier für drei der Gefallenen nicht hatte beiwohnen wollen (Bild, 8.4.2010). Sie unterbrach jedoch ihren Urlaub und kam zur Trauerfeier. Gleichzeitig wurde auch Kritik an der Ausrüstung der Soldaten im Einsatz immer lauter – unter anderem vom damaligen Wehrbeauftragten Reinhold Robbe geäußert (Die Welt, 17.3.2010).

Im Juli 2010 tagte die internationale Gemeinschaft auf der Afghanistan-Konferenz in Kabul und beschloss bis Ende 2014 die Sicherheitsverantwortung in die Hände der Afghanen zu legen. Dazu kam die Veröffentlichung geheimer Unterlagen durch die Internet-Plattform Wikileaks. Die Dokumente offenbarten, so der Spiegel, dass die amerikanischen Spezialkräfte mindestens einen von den Deutschen auf NATO-Fahndungslisten gesetzten Taliban getötet hätten (Spiegel Online, 31.7.2010). Andere Medien wiederum stellten klar, dass die Dokumente keinen Beweis für illegale Bundeswehr-Aktionen enthielten. Man sei nur reichlich naiv in den Einsatz gegangen, so beispielsweise die Süddeutsche Zeitung (Sueddeutsche.de, 26.7.2010).

1 Nationale sicherheitspolitische Ereignisse

Neben den oben genannten globalen sicherheitspolitischen Ereignissen standen auch nationale Ereignisse rund um die Bundeswehr im Fokus der Medien.

Besondere mediale Beachtung erhielt vor allem die Neujahrspredigt der damaligen EKD-Ratsvorsitzenden, Bischöfin Margot Käßmann, in der sie Kritik am Einsatz in Afghanistan übte: „Nichts ist gut in Afghanistan.“ Damit löste sie eine Debatte über den Sinn des Einsatzes aus, über die in den Medien intensiv berichtet wurde (Süddeutsche Zeitung, 7.1.2010; Nachtwei 2010).

Darüber hinaus richtete sich die Aufmerksamkeit der Medien auf die Bundeswehr zu Beginn des Jahres 2010, als Aufnahmezeremonien der Gebirgsjäger in Mittenwald bekannt wurden. In diesem Zusammenhang wies der damalige Wehrbeauftragte Reinhold Robbe auf Alkoholmissbrauch in den Streitkräften hin (Hamburger Abendblatt, 15.2.2010).

Ein weiteres breit diskutiertes Thema war die Verkürzung des Wehrdienstes von neun auf sechs Monate, die das Bundeskabinett am 19. Mai 2010 beschloss. Nur vier Tage darauf berichteten die Medien jedoch weit intensiver über eine Äußerung des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler. In einem Interview mit dem Deutschlandradio am Rande seines Truppenbesuchs in Afghanistan, sagte er, bei deutschen Auslandseinsätzen könnte unter Umständen, der Einsatz militärischer Gewalt nötig sein, „um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege“ (Hamburger Abendblatt, 28.5.2010).

→ Eine breite mediale Beachtung fanden 2010 umstrittene Äußerungen des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler zum potenziellen Aufgabenspektrum der Bundeswehr und sein darauffolgender überraschender Rücktritt.

Vor allem die Opposition kritisierte Köhler daraufhin, nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen und „Kanonenbootpolitik“ zu betreiben (Frankfurter Rundschau, 28.5.2010). Andere warfen ihm nur vor, sich „missverständlich“ ausgedrückt zu haben, aber dennoch „brandgefährlich“; Wirtschaftskriege verstießen eindeutig gegen die Verfassung (Zeit.de, 27.5.2010). Einzig der damalige Verteidigungsminister zu Guttenberg stellte sich hinter Köhler. Am 31. Mai 2010 erklärte Köhler schließlich seinen Rücktritt mit der Begründung, die Kritik ließe den notwendigen Respekt für sein Amt

vermissen (Süddeutsche Zeitung, 1.6.2010). Sein plötzlicher Abgang und seine Begründung erstaunten und überraschten die Politik sowie die Öffentlichkeit (Financial Times Deutschland, 1.6.2010). Über seinen Rücktritt wurde in den Medien ebenso breit und intensiv berichtet wie über seine umstrittenen Äußerungen.

2 Medienberichterstattung zur Bundeswehr

Die folgende Übersicht betrachtet die Berichterstattung über die Bundeswehr und Afghanistan aus einer quantitativen Perspektive. Da sich die vorliegende Studie auch mit den Einstellungen der Bevölkerung zur Bundeswehr und dem Afghanistaneinsatz befasst, wird hier eine kurze Übersicht zur Intensität der Berichterstattung in den letzten Jahren gegeben.

Es handelt sich um eine Medienauswertung der folgenden Zeitungen: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Sonntagszeitung, Süddeutsche Zeitung, Die Welt, Welt am Sonntag, Hamburger Abendblatt, Tageszeitung und Financial Times Deutschland. Durchgeführt wurde diese Medienanalyse mittels der Datenbank LexisNexis, dem Archiv der Süddeutschen Zeitung und dem Online-Archiv der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit den unten beschriebenen Begriffen und Begriffspaaren. Der Zeitraum beginnt mit dem 01. Januar 2001 und endet mit dem 31. Dezember 2010. Dabei wurde für jedes Jahr separat die Anzahl an Artikeln mit dem jeweiligen Begriff oder Begriffspaar gezählt.

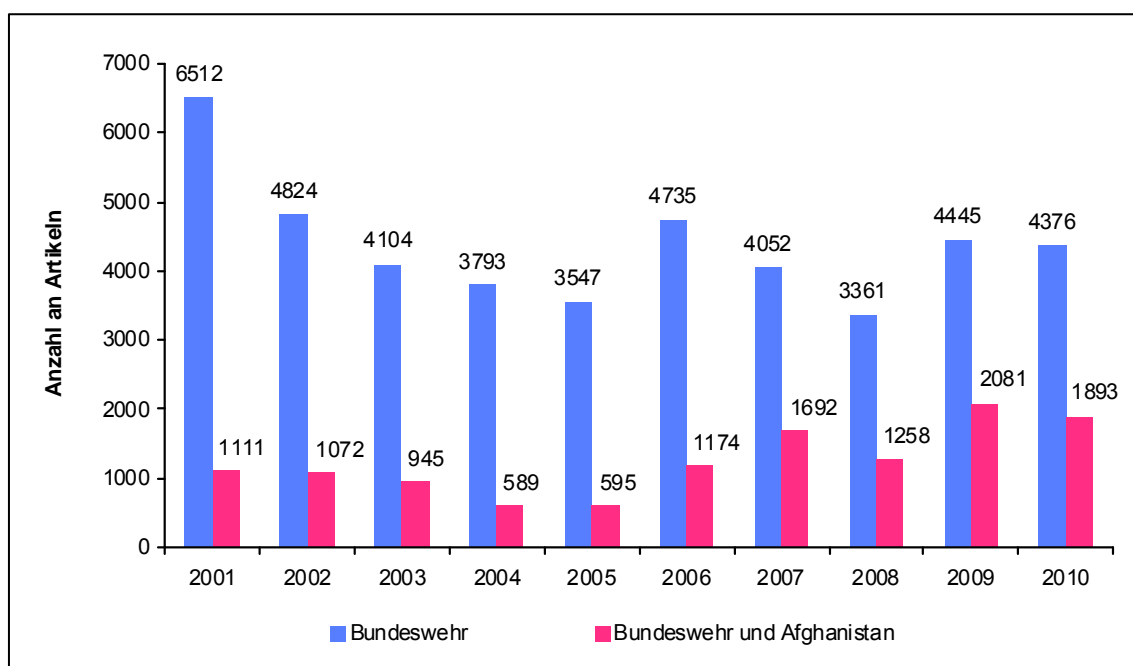
Zunächst folgt die Analyse der Bundeswehrberichterstattung und der Berichte zur Bundeswehr mit Afghanistan-Nennung. Im Jahre 2001, als ein Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) und eine Beteiligung von 100 KSK-Soldaten an der Operation Enduring Freedom (OEF) beschlossen wurde, lag der Anteil an Bundeswehrberichten mit Afghanistan-Bezug bei etwa 17 Prozent der gesamten Berichterstattung über die Bundeswehr, von 6 512 Berichten enthielten 1 111 eine Nennung Afghanistans. Über die folgenden Jahre bis 2006 lag dieser Prozentsatz zwischen 15 und knapp 25 Prozent. Im Jahr 2007, in dem sich die Sicherheitslage in Afghanistan zunehmend, und auch für die Öffentlichkeit sichtbar, deutlich verschärfte, lag dieser Prozentsatz bei knapp 42 Prozent. Im Jahr 2009, als der Luftschlag von Kundus stattfand, befasste sich fast die Hälfte der Berichte über die Bundeswehr auch mit dem Einsatz in Afghanistan: 2 081 Berichte mit Afghanistan-Bezug

von insgesamt 4 445 Berichten mit Bundeswehr-Nennung, was ca. 47 Prozent entspricht (siehe Abbildung 5.1).

Diese Zahlen legen folgende Schlussfolgerungen nahe: Da in den Jahren 2009 und 2010 der Anteil an Berichten mit Afghanistan-Bezug fast die Hälfte der Berichterstattung zur Bundeswehr stellt, muss man davon ausgehen, dass sich nicht nur der mediale Fokus verändert hat, sondern auch das Bild, das die Öffentlichkeit von der Bundeswehr hat. In anderen Worten, der Afghanistaneinsatz prägt immer stärker auch das Bild der Bundeswehr in der medialen Berichterstattung.

➔ **In der medialen Berichterstattung prägt der Afghanistaneinsatz immer stärker das Bild der Bundeswehr.**

Abbildung 5.1: Berichterstattung zur Bundeswehr und Afghanistan



Datenbasis: Medienanalyse mit LexisNexis.

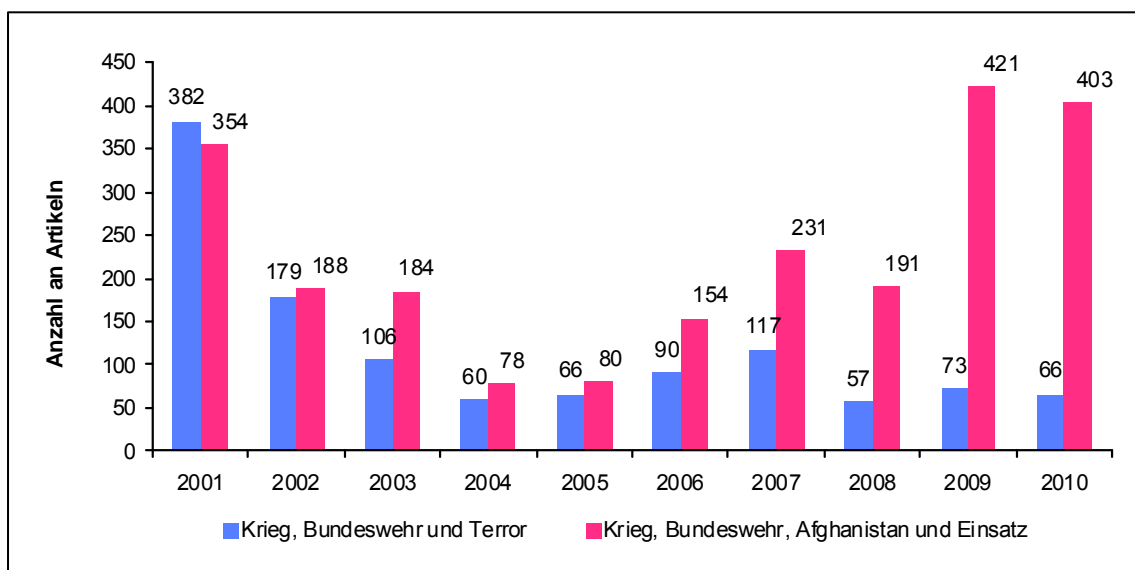
Abbildung 5.2 verdeutlicht darüber hinaus die Berichterstattung zur Bundeswehr im Zusammenhang mit dem Ausdruck „Krieg“. Dabei werden zwei Themenkomplexe deutlich: Nach den Anschlägen vom 11. September drehte sich die Berichterstattung zur Bundeswehr und Krieg etwas mehr um die Terrorakte oder den globalen Krieg gegen den Terrorismus (382 Berichte) als um den Afghanistaneinsatz (354 Berichte). Spätestens 2003 hatte sich dies deutlich verändert. Der Kontext „Krieg gegen den Terror“

stand nun wesentlich weniger im Zentrum der Berichterstattung um die Bundeswehr und Krieg. Im Jahr 2009 und 2010 schließlich nahm der Afghanistaneinsatz einen wesentlich größeren Anteil ein an der Bundeswehrberichterstattung im Zusammenhang mit Krieg. Die Gründe dafür liegen hauptsächlich in der zunehmend kriegsähnlichen Natur des Afghanistaneinsatzes und einer veränderten Wahrnehmung dieses Einsatzes in Medien, Bevölkerung und Politik. So ist der starke Anstieg 2009 nicht nur dem Luftschlag von Kundus geschuldet, sondern auch zu Guttenbergs Aussage, deutsche Soldaten befänden sich in Afghanistan im Krieg. Von 2008 an spielte der Krieg gegen den Terrorismus in der medialen Betrachtung der Bundeswehr kaum mehr eine Rolle.

Da der Afghanistaneinsatz, wie bereits oben beschrieben, in den Medien so präsent ist, wird auch alles, was damit assoziiert wird, sprich Krieg, mit der Bundeswehr verbunden. In anderen Worten das öffentliche Bild der Bundeswehr hat sich mit dem Einsatz stark verändert; sie wird zunehmend als eine Truppe im Krieg und kriegsführend wahrgenommen. Heute dominiert nicht mehr Bushs Krieg gegen den Terror die Medienlandschaft, sondern der Krieg am Hindukusch – und deutsche Soldaten sind mittendrin.

➔ **Das Bild der Bundeswehr in den Medien hat sich mit dem Einsatz stark verändert; sie wird zunehmend als eine Truppe im Krieg und kriegsführend wahrgenommen.**

Abbildung 5.2: Berichterstattung zur Bundeswehr im Zusammenhang mit Krieg



Datenbasis: Medienanalyse mit LexisNexis.

6 Wahrnehmung und Bewertung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan

Thomas Bulmahn

Die Beteiligung an der *International Security Assistance Force* (ISAF) in Afghanistan ist eine der längsten, verlustreichsten und teuersten Missionen in der Geschichte der Bundeswehr. Seit fast einem Jahrzehnt sind deutsche Soldaten in Afghanistan im Einsatz. In den ersten Jahren standen neben der Stabilisierung der Sicherheitslage auch humanitäre Hilfe und der Wiederaufbau des Landes im Mittelpunkt des Engagements. Die Bundeswehr half beim Bau von Straßen, Brücken, Schulen und Krankenhäusern. Mit der Zeit hat sich der Charakter der Mission zu einem Kampfeinsatz gewandelt. Besonders deutlich wurden die Veränderungen im Jahr 2008, als man erstmals einen Kampfverband der Bundeswehr nach Afghanistan entsandte, der dort als Quick Reaction Force (QRF) eingesetzt wurde. „Die Bundeswehr als bewaffnetes THW endet an dieser Stelle“, so die Einschätzung des damaligen Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes.³ In den Medien wurde seither immer häufiger über den „Krieg in Afghanistan“ berichtet (vgl. den Beitrag von Hilpert in diesem Band) – ein Terminus, der nach langem Zögern letztlich auch von der Politik übernommen wurde.

In diesem Krieg haben bisher mehr als 50 Soldaten ihr Leben verloren.⁴ Sie sind im Gefecht mit Aufständischen gefallen oder bei Unfällen ums Leben gekommen. Mehr als 270 Soldaten wurden verletzt oder verwundet⁵, wobei hier die seelisch Verwundeten

3 Gertz, Bernhard (2008): „Hier endet die Bundeswehr als bewaffnetes THW“, Beitrag in der Online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung (www.sueddeutsche.de) vom 16.01.2008; letzter Zugriff: 25.04.2011.

4 Stand: 06.06.2011; Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Angaben im Wikipedia-Artikel „Zwischenfälle der Bundeswehr in Afghanistan“. Diese Angaben beruhen auf einer systematischen Auswertung von Pressemitteilungen der Bundeswehr über Vorfälle im Rahmen des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr.

5 Stand: 06.06.2011; Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Angaben im Wikipedia-Artikel „Zwischenfälle der Bundeswehr in Afghanistan“. Diese Angaben beruhen auf einer systematischen Auswertung von Pressemitteilungen der Bundeswehr über Vorfälle im Rahmen des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr.

noch nicht einberechnet sind, deren Zahl nach einer vom Bundesministerium der Verteidigung beauftragten Studie weitaus höher liegen dürfte⁶.

Eine erste fundierte Schätzung der bisherigen und zukünftigen wirtschaftlichen Gesamtkosten des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr haben Ökonomen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vorgelegt.⁷ Bei ihren Berechnungen sind sie von drei Szenarien ausgegangen. Beim mittleren Szenario, das die Autoren als „realistisch“ bezeichnen, wird unterstellt, dass die Zahl der deutschen Soldaten bis 2013 konstant bleibt und ein vollständiger Abzug bis 2016 vollzogen wird. Auf dieser Grundlage kommen sie zu dem Ergebnis, „dass sich die Staatsausgaben der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan (...) auf 18 bis 31 Milliarden Euro belaufen, wobei die jährlichen Kosten fast zwei Milliarden Euro betragen“⁸. Berücksichtigt wurden nicht nur die Kosten für den Einsatz im engeren Sinne, sondern auch weitere Kosten für das Verteidigungsressort (z. B. medizinische Behandlung und Pflege, Abfindungen, Wertminderung der Ausrüstung) bzw. Kosten weiterer Ressorts (z. B. Entwicklungsprogramme, Polizeimissionen).

Ob dieser Einsatz letztlich erfolgreich sein wird, muss sich erst noch erweisen. In ihrem jüngsten „Fortschrittsbericht zur Lage in Afghanistan“ kommt die Bundesregierung zu bemerkenswert kritischen Einschätzungen.⁹ Die Sicherheitslage habe sich „ab 2006 erheblich“ verschlechtert, beim Aufbau staatlicher Institutionen gebe es weiterhin „gravierende Defizite“, bei der Korruptionsbekämpfung seien „kaum Fortschritte zu verzeichnen“, die Menschenrechtslage entspräche „noch nicht internationalen Standards“, bei der Drogenbekämpfung sei „ebenfalls kein ausreichender Fortschritt zu konstatieren“ und die Armut bleibe „besonders auf dem Land (...) weiter groß“.¹⁰ Zwar werden auch Fortschritte deutlich gemacht, etwa bei der Gesundheitsversorgung, den Bildungschancen und bei den Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung bzw. der demokratischen Willensbildung.¹¹ Doch alles in allem fällt diese Bilanz eher negativ aus.

6 Wittchen, Hans-Ulrich/Schönfeld, Sabine (2011): Traumatische Ereignisse, PTBS und psychische Störungen bei Soldaten mit und ohne Auslandseinsatz: Erste Ergebnisse. Präsentation. Studiengruppe Institut für Klinische Psychologie und Psychotherapie und „Center for Clinical Epidemiology and Longitudinal Studies“ Technische Universität Dresden.

7 Vgl. Brück, Tilman, de Groot, Olaf J./Schneider, Friedrich (2010): Eine erste Schätzung der wirtschaftlichen Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Wochenbericht des DIW Berlin 21/2010.

8 Vgl. ebenda: 11.

9 Bundesregierung (2010): Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Lage in Afghanistan. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/4250.

10 Ebenda: 4–6.

11 Vgl. ebenda.

Welche Auswirkungen des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr nehmen die Menschen in Deutschland wahr? Bewertet werden sollten im Rahmen der Studie die Effekte des Einsatzes auf ganz unterschiedliche Bereiche, unter anderem auf die Sicherheitslage in Afghanistan aber auch in Deutschland, auf die Lebensbedingungen der Menschen im Einsatzgebiet der Bundeswehr, auf die Chancen Afghanistans, sich zu einem freien, sicheren und wohlhabenden Land zu entwickeln.

➔ **Die Auswirkungen des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan werden sehr differenziert beurteilt. Mehrheitlich positive Bewertungen finden sich nur noch bei drei der elf abgefragten Punkte.**

Die Folgen des Einsatzes werden erstaunlich differenziert bewertet. Alles in allem überwiegen die kritischen Stimmen. Lediglich drei von elf Punkten werden mehrheitlich positiv beurteilt (vgl. Tabelle 6.1). Hierbei handelt es sich um die Auswirkungen des Afghanistaneinsatzes auf das Ansehen Deutschlands in der westlichen Welt (58 Prozent), auf die Einsatzmöglichkeiten internationaler Hilfsorganisationen im Einsatzgebiet der Bundeswehr (56 Prozent) sowie auf die Lebensbedingungen der Menschen im Einsatzgebiet der Bundeswehr (52 Prozent).

Tabelle 6.1: Vermutete Auswirkungen des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan

Frage: „Was meinen Sie: Wie hat sich – nach allem was Sie darüber wissen – die bisherige Beteiligung der Bundeswehr an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) auf die folgenden Punkte ausgewirkt?“ (Angaben in Prozent)				
	Positiv ¹	Keine Auswirkungen	Negativ ²	Weiß nicht
Ansehen Deutschlands in der westlichen Welt	58	21	11	9
Einsatzmöglichkeiten internationaler Hilfsorganisationen in der von der Bundeswehr kontrollierten Region	56	16	16	11
Lebensbedingungen der Menschen im Einsatzgebiet der Bundeswehr	52	21	17	10
Sicherheitslage im Einsatzgebiet der Bundeswehr im Norden Afghanistans	45	21	24	10
Stabilität in der Gesamtregion	44	26	22	9
Ansehen der Bundeswehr in Deutschland	43	27	22	8
Kampf gegen den internationalen Terrorismus	38	29	25	8
Chancen Afghanistans, sich zu einem freien, sicheren und wohlhabenden Land zu entwickeln	35	30	26	9
Kampf gegen den Drogenanbau in Afghanistan	27	37	25	11
Ansehen Deutschlands in der islamischen Welt	27	18	43	13
Sicherheitslage in Deutschland	22	31	39	8

Anmerkungen: 1) Anteile „Sehr positiv“, „Positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr negativ“, „Negativ“ und „Eher negativ“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

➔ **Die Auswirkungen des Bundeswehreinsatzes auf die Sicherheitslage im Einsatzgebiet der Bundeswehr im Norden Afghanistans und die Chancen Afghanistans, sich zu einem freien, sicheren und wohlhabenden Land zu entwickeln, werden nur noch von Wenigen positiv beurteilt. Insgesamt sehen in diesen Bereichen lediglich 45 bzw. 35 Prozent eine positive Entwicklung.**

Größere Zweifel werden deutlich bei der Beurteilung der Auswirkungen des Einsatzes auf die Sicherheitslage im Einsatzgebiet der Bundeswehr im Norden Afghanistans, auf die Stabilität in der Gesamtregion und auf das Ansehen der Bundeswehr in Deutschland. Diese Punkte werden nur noch von einer Minderheit positiv bewertet, die Spanne reicht hier von 45 bis 43 Prozent.

Noch skeptischer gesehen werden die Folgen des Bundeswehreinsatzes für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, für die Chancen Afghanistans, sich zu einem freien, sicheren und wohlhabenden Land zu entwickeln und für den Kampf gegen den Drogenanbau in Afghanistan. Die Mehrheit glaubt, dass es in diesen Punkten keine Fortschritte gegeben hat oder dass negative Konsequenzen überwiegen. Insgesamt sind das 54 Prozent, 56 Prozent bzw. 62 Prozent.

Überwiegend negative Folgen des Einsatzes am Hindukusch werden für das Ansehen Deutschlands in der islamischen Welt und für die Sicherheitslage in Deutschland befürchtet. Der Anteil derjenigen, die negative Konsequenzen erwarten, liegt jeweils deutlich über dem Anteil derjenigen, die auf positive Folgen hoffen.

„Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“, mit diesen Worten hat der damalige Verteidigungsminister Peter Struck im Dezember 2002 den Einsatz in Afghanistan zu begründen versucht. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht das mittlerweile offenbar anders. Nur noch 22 Prozent teilen das ursprüngliche Rational für diesen Einsatz, 31 Prozent erwarten keine Auswirkungen und 39 Prozent sehen eher negative Folgen für die Sicherheitslage im eigenen Land.

Bemerkenswert ist auch das differenzierte Meinungsbild zur Frage nach den Konsequenzen für das Ansehen Deutschlands. Der mehrheitlichen Erwartung, dass der Einsatz an der Seite der Verbündeten zu einem Ansehenszuwachs in der westlichen Welt führen wird, steht die Sorge vieler gegenüber, dass diese Mission dem Ansehen Deutschlands in der islamischen Welt schaden wird.

➔ **Die Zweifel am Erfolg des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan wachsen. Der Anteil der Personen, die positive Folgen des Einsatzes erwarten, ist seit einigen Jahren rückläufig. Im Vergleich zum Vorjahr beziffert sich der Rückgang der positiven Erwartungen für die betrachteten Bereiche auf durchschnittlich neun Prozentpunkte.**

Bei einem Zeitvergleich wird ein Wandel des Meinungsbildes deutlich (vgl. Tabelle 6.2). Von 2008 bis 2010 ist der Anteil derjenigen, die positive Auswirkungen des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan sehen, bei allen elf betrachteten Punkten zurückgegangen, im Mittel um zehn Prozentpunkte. Im Jahr 2008 wurden noch für sechs von elf Bereichen von einer Mehrheit Erfolge gesehen, 2010 war das nur noch für drei Bereiche der Fall.

Tabelle 6.2: Vermutete Auswirkungen des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan

Frage: „Was meinen Sie: Wie hat sich – nach allem was Sie darüber wissen – die bisherige Beteiligung der Bundeswehr an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) auf die folgenden Punkte ausgewirkt?“ (Angaben in Prozent)				
	2008	2009	2010	Differenz 2008–2010
Ansehen Deutschlands in der westlichen Welt	65	62	58	-7
Einsatzmöglichkeiten internationaler Hilfsorganisationen in der von der Bundeswehr kontrollierten Region	67	60	56	-11
Lebensbedingungen der Menschen im Einsatzgebiet der Bundeswehr*	61	59	52	-9
Sicherheitslage im Einsatzgebiet der Bundeswehr im Norden Afghanistans**	56	49	45	-11
Stabilität in der Gesamtregion	55	50	44	-11
Ansehen der Bundeswehr in Deutschland	54	49	43	-11
Kampf gegen den internationalen Terrorismus	47	45	38	-9
Chancen Afghanistans, sich zu einem freien, sicheren und wohlhabenden Land zu entwickeln	42	44	35	-7
Kampf gegen den Drogenanbau in Afghanistan	29	33	27	-2
Ansehen Deutschlands in der islamischen*** Welt	39	33	27	-12
Sicherheitslage in Deutschland	31	27	22	-9

Anmerkungen: *: 2008 und 2009: in der von der Bundeswehr kontrollierten Region; **: 2008 und 2009: in der von der Bundeswehr kontrollierten Region im Norden Afghanistans; ***: 2008 und 2009: arabische Welt.

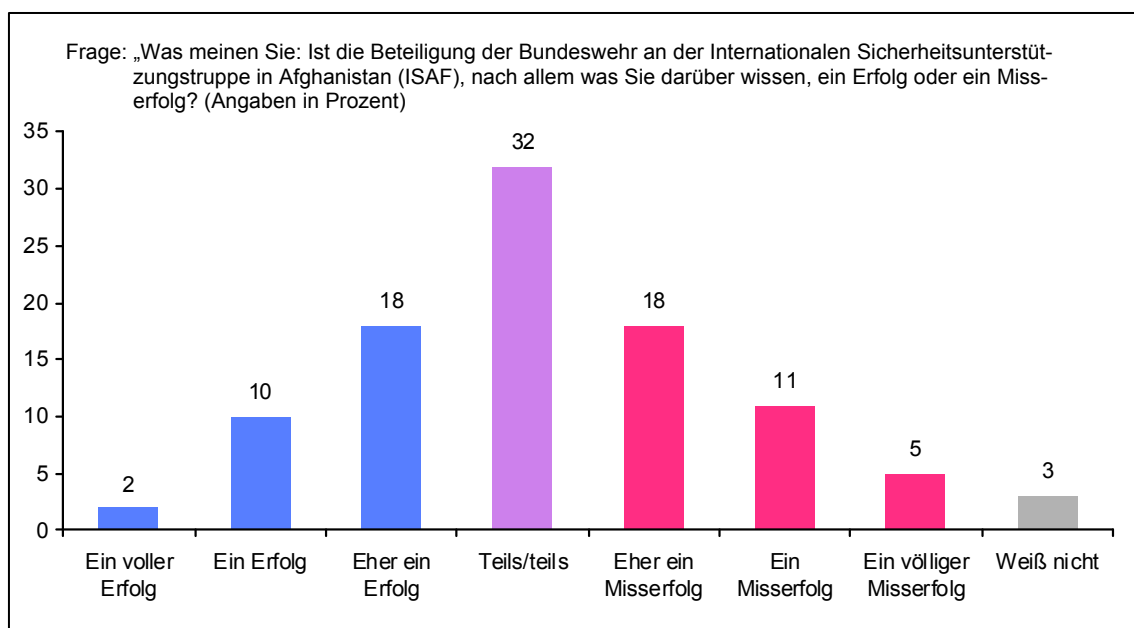
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2008, 2009 und 2010.

Die Gesamtbilanz des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr fällt folglich auch immer verhaltener aus: Nur noch 30 Prozent der Bevölkerung bewerten diesen Einsatz mehr oder weniger deutlich als einen Erfolg, 34 Prozent beurteilen ihn als Misserfolg und 35 Prozent können sich in Anbetracht der komplexen Lage bzw. unzureichender Kenntnisse nicht recht entscheiden und antworten mit „Teils/teils“ bzw. „Weiß nicht“ (vgl. Abbildung 6.1).

➔ **Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan wird nur noch von einer Minderheit der Bundesbürger (30 Prozent) als Erfolg bewertet. Im Jahr 2007 lag dieser Wert noch bei 39 Prozent.**

Im Vergleich zu früheren Befragungen fällt die Bewertung deutlich schlechter aus. Der Anteil der Befragten, die den ISAF-Einsatz der Bundeswehr mehr oder weniger deutlich als Misserfolg beurteilen, hat sich innerhalb von nur zwei Jahren verdoppelt. Im Jahr 2008 lag der Wert bei 17 Prozent, 2009 bei 27 Prozent und 2010 bei 34 Prozent.

Abbildung 6.1: Gesamtbilanz des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Inwieweit wirkt sich diese Bilanz auf die Zustimmung zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan aus? Stimmen diejenigen, die den Einsatz als Misserfolg sehen, gegen ein weiteres Engagement und plädieren diejenigen, die Erfolge wahrnehmen, für eine Fortsetzung. Ist folglich der wahrgenommene Erfolg einer Mission eine Determinante für die Unterstützung durch die Bevölkerung?

➔ **Die Bevölkerungsmehrheit (54 Prozent) votiert für ein umgehendes Ende des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr und den Abzug aller Soldatinnen und Soldaten aus dem Land.**

Betrachten wir zunächst das Gesamtbild. Von allen Befragten sprechen sich insgesamt 48 Prozent dafür aus, dass sich Deutschland mit der Bundeswehr weiter an der ISAF-Mission in Afghanistan beteiligen und den Aufbau des Landes weiter unterstützen sollte. Gegen eine Fortsetzung des Engagements sind alles in allem 49 Prozent der Befragten (vgl. Tabelle 6.3). Bei der alternativen Formulierung fallen die Mehrheitsverhältnisse eindeutiger aus. Der These „Die Bundeswehr sollte den ISAF-Einsatz in Afghanistan umgehend beenden und alle Soldatinnen und Soldaten aus dem Land abziehen“ stimmen insgesamt 54 Prozent zu und 40 Prozent lehnen dies ab.

Tabelle 6.3: Haltungen zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Positionen zur Beteiligung der Bundeswehr an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) zustimmen oder ob Sie diese ablehnen. Antworten Sie bitte wieder mit Hilfe der folgenden Skala.“ (Angaben in Prozent)							
	Stimme voll- kommen zu	Stimme über- wiegend zu	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne über- wiegend ab	Lehne voll- kommen ab	Weiß nicht
Insgesamt							
Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich mit der Bundeswehr weiter an der ISAF-Mission in Afghanistan beteiligen und den Aufbau des Landes weiter unterstützen.	8	14	26	24	11	14	4
Die Bundeswehr sollte den ISAF-Einsatz in Afghanistan umgehend beenden und alle Soldatinnen und Soldaten aus dem Land abziehen.	22	14	18	25	8	7	6

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

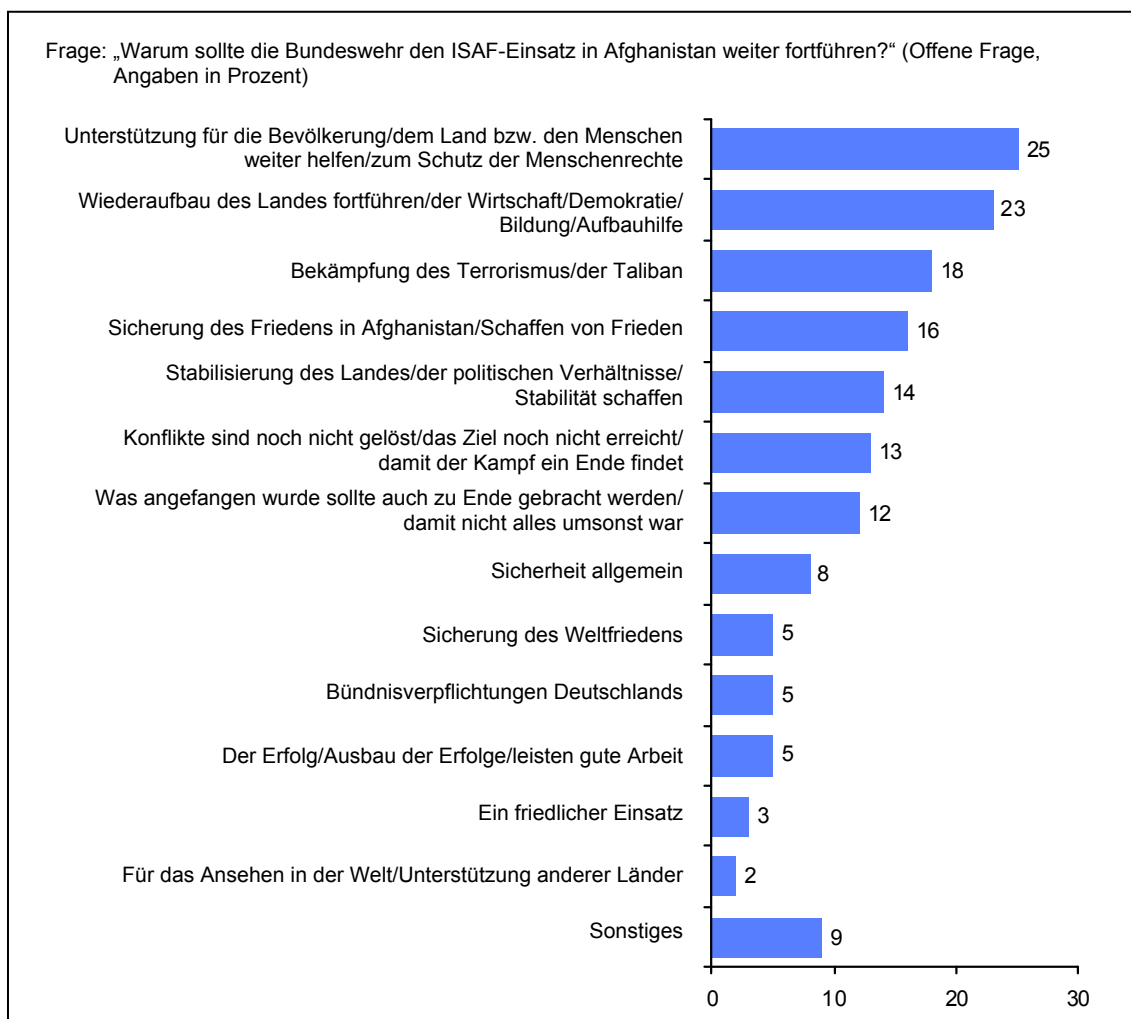
➔ **Die Zustimmung zur Fortsetzung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan hängt maßgeblich vom wahrgenommenen Erfolg der Mission ab. Wer Fortschritte sieht, plädiert eher für ein weiteres Engagement. Wer den Einsatz als Fehlschlag bewertet, votiert eher für einen schnellen Abzug.**

Wie wirkt sich nun der wahrgenommene Erfolg des Einsatzes auf das Antwortverhalten aus? Von denen, die den Einsatz als mehr oder weniger deutlich als Misserfolg sehen, meinen nur 16 Prozent, dass sich Deutschland weiter daran beteiligen und den Aufbau in Afghanistan weiter unterstützen sollte. Von denen, die den ISAF-Einsatz mehr oder weniger klar als Erfolg beurteilen, sagen das 87 Prozent, d. h. der Anteil ist hier mehr als fünfmal so groß. In dieser Gruppe votiert auch nur eine Minderheit für die zweite Option: Lediglich 26 Prozent sind der Meinung, dass die Bundeswehr den Einsatz beenden und die Soldatinnen und Soldaten aus dem Land abziehen sollte. Von denen, die den Einsatz als Fehlschlag wahrnehmen, sind 80 Prozent für einen umgehenden Abzug. Der Zusammenhang zwischen wahrgenommenem Erfolg und Zustimmung zum Einsatz

ist statistisch signifikant und in dieser Größe absolut überraschend. Doch stimmt auch die angenommene Richtung des Zusammenhangs? Denkbar wäre auch, dass diejenigen, die den Einsatz aus ganz anderen Gründen ablehnen, zu kritischeren Urteilen über die Folgen der Mission kommen, etwa um ihre ablehnende Haltung zu begründen. Eine Lösung dieses Problems bieten Antworten auf eine offene Frage nach den Gründen für die Zustimmung bzw. die Ablehnung des Einsatzes. Warum also sollte die Bundeswehr den ISAF-Einsatz in Afghanistan weiter fortführen bzw. warum sollte sie ihn beenden?

Die Befürworter eines weiteren Engagements verweisen darauf, dass man dem Land und den Menschen auch weiterhin helfen müsse (25 Prozent), dass der Wiederaufbau weitergehen müsse (23 Prozent), dass die Taliban bzw. die Terroristen noch immer bekämpft werden müssten (18 Prozent), dass man den Frieden noch sichern (16 Prozent) und das Land stabilisieren müsse (14 Prozent).

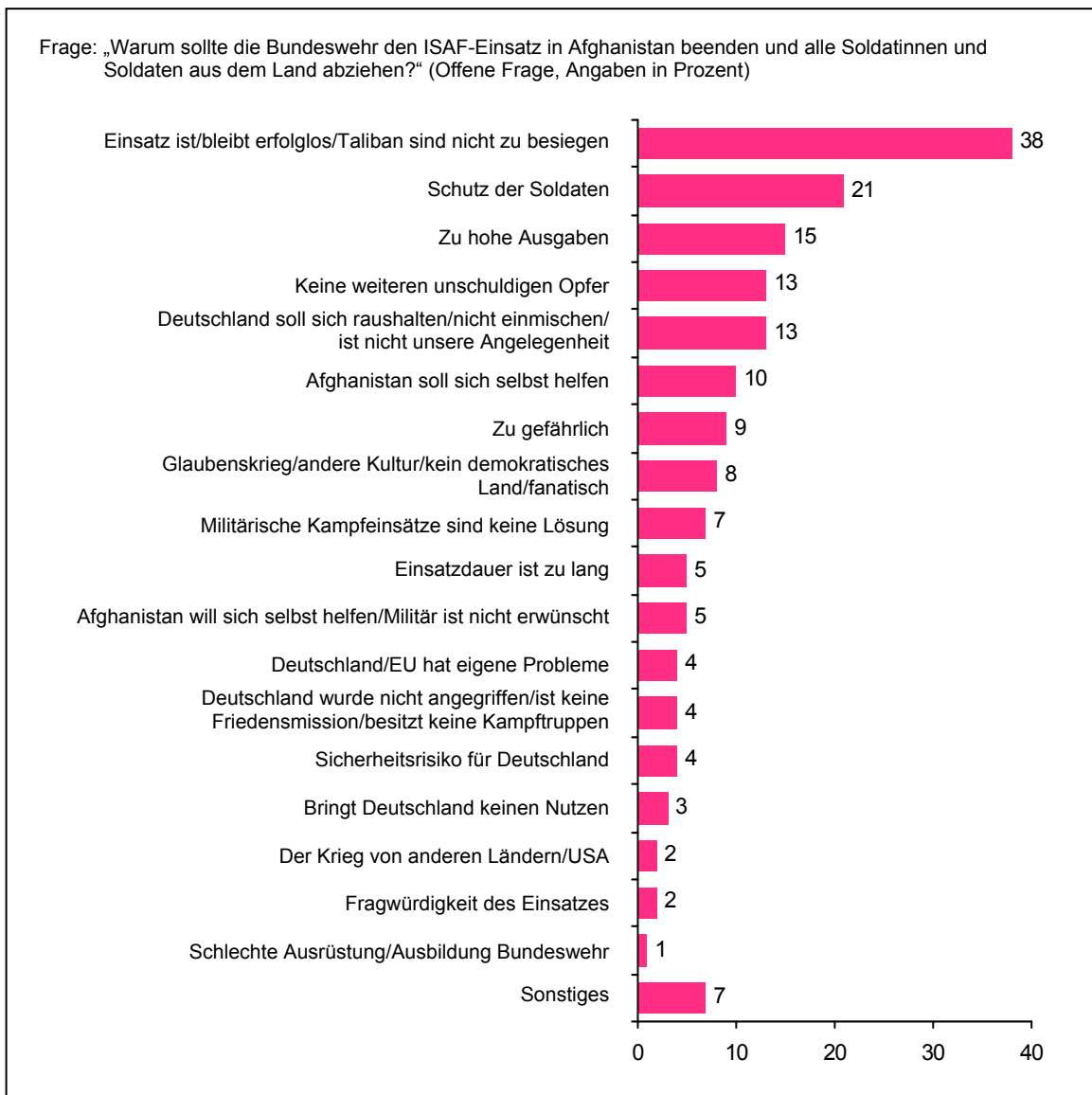
Abbildung 6.2: Gründe für die Fortführung des Afghanistaneinsatzes



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Diejenigen, die gegen die weitere Beteiligung Deutschlands an der Mission sind und die Soldatinnen und Soldaten möglichst schnell nach Hause holen wollen, führen in erster Linie die fehlenden Erfolge an. Der Einsatz sei und bleibe erfolglos, die Taliban seien nicht zu besiegen, sagen 38 Prozent der Befragten (vgl. Abbildung 6.3).

Abbildung 6.3: Gründe für den Abbruch des Afghanistaneinsatzes



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Verwiesen wird in diesem Zusammenhang ebenfalls weiter auf die hohen Ausgaben für den Einsatz, man müsse die Soldaten schützen, es solle keine weiteren unschuldigen Opfer geben, der Einsatz sei zu gefährlich. Deutlich werden auch andere Motive, etwa der Hinweis, Afghanistan sei kein demokratisches Land, es habe eine andere Kultur und

Deutschland habe in diesem Glaubenskrieg nichts verloren, man solle sich nicht einmischen und Hilfe sei auch nicht wirklich erwünscht. Alles in allem zeigt sich, dass die Vorstellung, ob ein Einsatz erfolgreich ist oder nicht, die Haltung zur Fortsetzung der Mission bzw. zu ihrem Abbruch beeinflusst und dass die umgekehrte Wirkungsrichtung eher unwahrscheinlich ist.

Im Folgenden wird untersucht, inwieweit der wahrgenommene Erfolg des Einsatzes als wesentliche Determinante der Akzeptanz der Beteiligung der Bundeswehr an der ISAF-Mission anzusehen ist. Das Modell besteht im Kern aus zwei latenten Variablen: der *Performanz* und der *Akzeptanz*, die jeweils das Ergebnis entsprechender Faktorenanalysen sind (vgl. Abbildung 6.4).

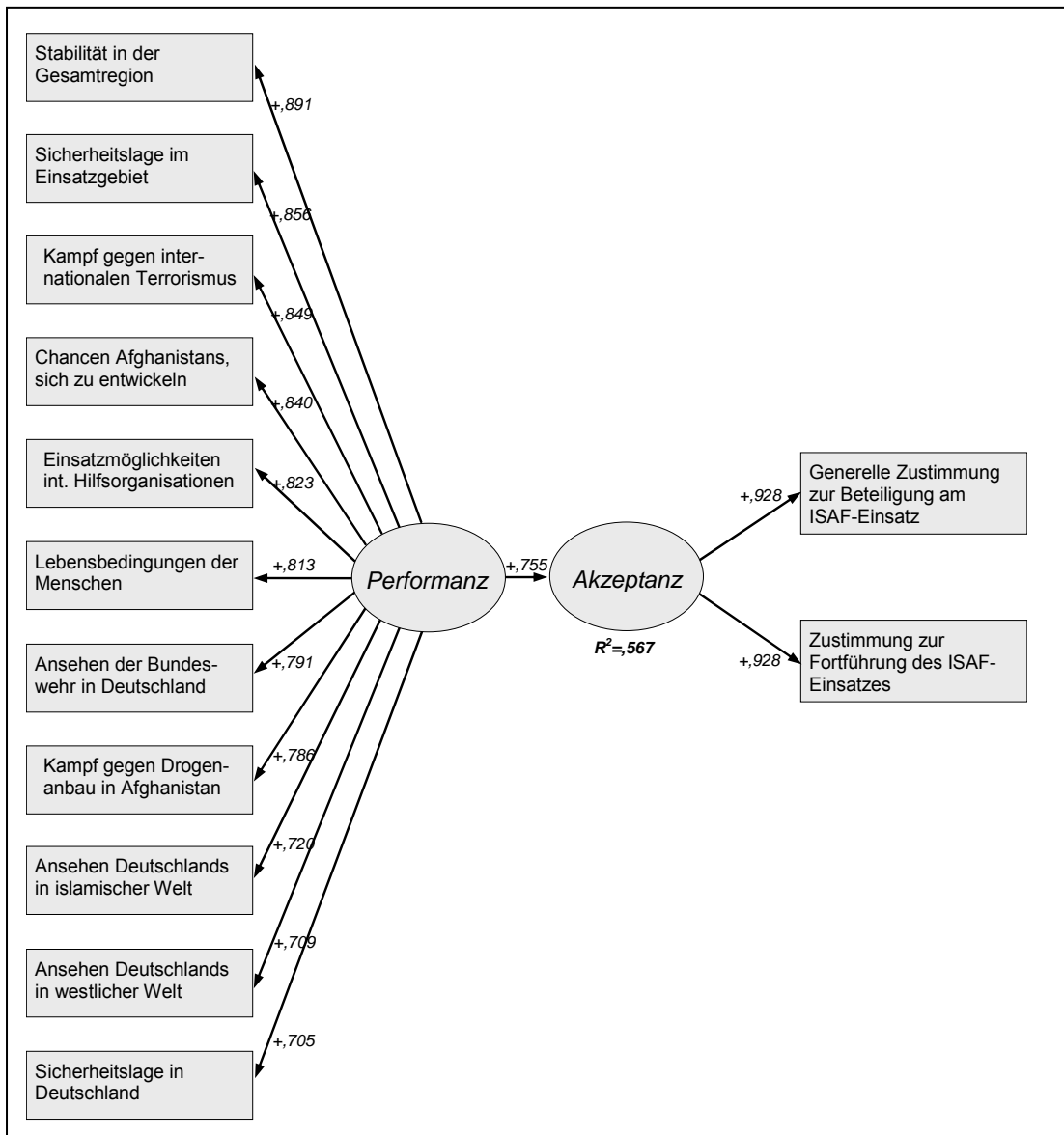
Die *Performanz* als wahrgenommener Erfolg des Einsatzes ergibt sich aus der faktorenanalytischen Betrachtung (Hauptkomponentenanalyse) der elf Einzelbewertungen der Folgen des Afghanistaneinsatzes, die im Rahmen der Studie erfasst wurden. Diese Bewertungen korrelieren sehr stark mit dem resultierenden Faktor *Performanz* und die Unterschiede zwischen den ermittelten Faktorwerten sind nur gering ausgeprägt. Die Spanne reicht von +,891 für die Bewertung der Auswirkungen des Einsatzes auf die Stabilität in der Gesamtregion bis zu +,705 für die Einschätzung der Folgen für die Sicherheitslage in Deutschland. Die latente Variable *Performanz* bildet somit die Bereichsbewertungen in ihrer gesamten Breite ab.

Die Dimension *Akzeptanz* des Einsatzes ergibt sich als Ergebnis einer Faktorenanalyse aus den beiden manifesten Variablen „Generelle Zustimmung zum Einsatz“¹² und „Zustimmung zur Fortführung des ISAF-Einsatzes“¹³. Beide Größen gehen gleich stark in den resultierenden Faktor ein.

12 Die Frage lautet: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Missionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen. – Item: Die Beteiligung der Bundeswehr an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF)“ (vgl. Tabelle 4.1).

13 Die Frage lautet: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Positionen zur Beteiligung der Bundeswehr an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) zustimmen oder ob Sie diese ablehnen. – Item: Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich mit der Bundeswehr weiter an der ISAF-Mission in Afghanistan beteiligen und den Aufbau des Landes weiter unterstützen“ (vgl. Tabelle 6.3).

Abbildung 6.4: Der wahrgenommene Erfolg des Einsatzes als Determinante der Akzeptanz der Bundeswehrebeteiligung an der ISAF-Mission



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Im Rahmen einer einfachen linearen Regression wurde der Zusammenhang zwischen *Performanz* (Unabhängige) und *Akzeptanz* (Abhängige) untersucht. Der Koeffizient fällt mit +,755 positiv aus. Das bedeutet, dass mit der Wahrnehmung von Erfolgen des Einsatzes auch die Unterstützung für den Einsatz wächst. Umgekehrt gilt, dass mit der Wahrnehmung von Misserfolgen die Unterstützung schwindet. Das war in Anbetracht der bisherigen Befunde nicht anders zu erwarten. Überraschend ist jedoch, wie stark sich die *Performanz* auf die *Akzeptanz* auswirkt. Das Maß für die Modellgüte R-Quadrat beträgt ,567. Das bedeutet, dass 56,7 Prozent der Varianz der Unterstützung für den

Einsatz durch die *Performanz* erklärt werden. Mögliche andere Faktoren können zusammengenommen nur noch maximal 43,3 Prozent der Varianz erklären und sind damit per se von geringerer Bedeutung. Der wahrgenommene Erfolg bzw. Misserfolg des Einsatzes ist folglich die wichtigste Erklärungsgröße für die Zustimmung zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr.

Weitergehende Untersuchungen zeigen, dass andere Faktoren wesentlich geringere Auswirkungen haben. Berücksichtigt man neben der *Performanz* auch noch die vermutete Zahl der eingesetzten Bundeswehrsoldaten, die Dauer des Einsatzes oder die geschätzte Zahl der im Einsatz getöteten Bundeswehrsoldaten, dann zeigt sich, dass diese Größen die *Akzeptanz* kaum beeinflussen und die Modellgüte nur unerheblich verbessert wird.

Die Ergebnisse der Analysen zeigen, dass die Wahrnehmung von Erfolgen oder Misserfolgen des Einsatzes für die Zustimmung zum Afghanistaneinsatz wichtiger ist als die Wahrnehmung von Verlusten an Menschenleben. Zumindest gilt das in der gegenwärtigen Situation. Sollte die Zahl der im Afghanistaneinsatz gefallenen Soldaten deutlich steigen, und sollte – was entscheidend ist – in den Medien intensiv darüber berichtet werden, dann könnte das zu einem Wandel der relativen Bedeutung dieser Determinanten führen. Zurzeit sind es vor allem die wahrgenommenen Erfolge oder Misserfolge, die zählen. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse lässt sich prognostizieren, dass die Akzeptanz des Einsatzes nur dann wieder ansteigt, wenn relevante Erfolge dieser Mission sichtbar werden.

Von der wahrgenommenen Gesamtbilanz dieses Einsatzes wird es also abhängen, ob die Unterstützung des Einsatzes in der Bevölkerung weiter erodieren wird und damit die bislang für diesen Einsatz noch gegebenen politischen Mehrheiten in Gefahr geraten dürften.

7 Vorstellungen von den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im In- und Ausland

Thomas Bulmahn

Die empirische Analyse für die im Rahmen der Studie betrachteten Aufgabenfelder der Bundeswehr im Ausland ergibt ein sehr differenziertes Bild. Am stärksten befürwortet wird ein Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland, um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten: Insgesamt 93 Prozent stimmen einem solchen Auftrag zu (vgl. Tabelle 7.1). Darunter sind 79 Prozent, die vollkommen oder überwiegend zustimmen und 14 Prozent, die mit einigen Einschränkungen dafür sind. Nur sehr wenige lehnen eine solche Mission ab.

➔ **Die Bevölkerungsmehrheit will die Bundeswehr mit zahlreichen Aufgaben im Ausland betraut wissen. Hilfe im Katastrophenfall (93 Prozent) sowie Evakuierungs- und Befreiungsmissionen (89 Prozent bzw. 85 Prozent) finden die meiste Zustimmung.**

Das Ansinnen, deutsche Soldaten zu entsenden, um eine ausländische Regierung zu entmachten, die die Menschenrechte verletzt, wird am stärksten zurückgewiesen: Insgesamt 51 Prozent lehnen eine derartige Aufgabe für die Bundeswehr ab, darunter sind 27 Prozent entschieden dagegen und weitere 24 Prozent lehnen das eher ab.

Der Einsatz militärischer Gewaltmittel unterliegt allerdings auch keinem absoluten Tabu. Wenn es beispielsweise darum geht, die Bundeswehr im Ausland einzusetzen, um deutsche Staatsbürger aus der Hand von Geiselnern zu befreien oder um einen Völkermord zu verhindern, dann liegt der Anteil der Befürworter alles in allem bei 85 bzw. 72 Prozent. Auch in diesen Fällen ist die Anwendung militärischer Gewalt wahrscheinlich, doch wird durch die Beschreibung der Aufgabe das Leid der Betroffenen deutlicher und die sich daraus ergebende moralische Verpflichtung zu helfen ist größer.

Größere Unterschiede ergeben sich auch hinsichtlich der Region, in der eine Mission stattfinden soll: Wenn es darum geht, die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Europa zu stabilisieren, dann sind insgesamt 78 Prozent der Bundesbürger dafür, diese Aufgabe der Bundeswehr zu übertragen; darunter sind 49 Prozent, die ohne nennenswerte Vorbehalte zustimmen.

Tabelle 7.1: Einstellung zu den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im Ausland

Frage: „Welche Aufgaben sollten die deutschen Streitkräfte Ihrer Meinung nach im Ausland übernehmen? Stimmen Sie einer Übernahme der folgenden Aufgaben durch die Bundeswehr zu oder lehnen Sie das ab?“ (Angaben in Prozent)					
Die deutschen Streitkräfte sollten im Ausland eingesetzt werden, ...	Stimme zu ¹	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab ²	Weiß nicht
um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten.	79	14	3	3	1
um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren.	69	20	5	4	2
um deutsche Staatsbürger aus der Hand von Geiselnehmern zu befreien.	65	20	6	6	3
um einen terroristischen Anschlag auf Deutschland zu verhindern.	61	20	8	8	3
um einem NATO-Partner zu helfen, der angegriffen wurde.	56	26	7	7	4
um den internationalen Seeverkehr zu überwachen und zu sichern.	49	29	10	9	3
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Europa zu stabilisieren.	49	29	10	8	4
um einen Völkermord zu verhindern.	42	30	11	11	6
um den freien und ungehinderten Welthandel zu sichern.	40	30	12	13	5
um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern.	40	25	15	15	5
um die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.	38	28	14	13	7
um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen.	35	28	16	15	5
um Länder wie den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern.	33	23	18	20	7
um bei der Durchführung demokratischer Wahlen zu helfen.	31	30	16	19	4
um Drogenanbau und Drogenhandel zu unterbinden.	28	23	21	23	5
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion im Nahen Osten zu stabilisieren.	27	27	20	20	6
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Afrika zu stabilisieren.	24	27	22	21	6
um eine ausländische Regierung zu entmachten, die die Menschenrechte verletzt.	22	20	24	27	7

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne vollkommen ab“ und „Lehne überwiegend ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Wenn die Stabilisierungsmission nicht in Europa, sondern im Nahen Osten oder in Afrika stattfinden soll, dann fällt die Zahl der Befürworter wesentlich geringer aus. Der Anteil derer, die weitgehend vorbehaltlos dafür sind, d. h. vollkommen oder überwiegend zustimmen, ist mit 27 Prozent bzw. 24 Prozent wesentlich kleiner.

Bei einem Vergleich mit den Ergebnissen der im Jahr 2009 realisierten Studie zeigen sich nur marginale Veränderungen. Alles in allem zeichnet sich ein leichter Rückgang der Zustimmungswerte ab.

➔ **Es gibt eine breite Unterstützung der Bevölkerung für Anti-Terror-Einsätze der Bundeswehr auch in Deutschland. Der Anteil der Zustimmung reicht von 94 Prozent für die Überwachung des Luftraums bis 89 Prozent für den Schutz von Kernkraftwerken, Chemiewerken und ähnlichen Anlagen vor Terroranschlägen.**

Die Mehrheit der Bundesbürger spricht sich nahezu vorbehaltlos dafür aus, die deutschen Streitkräfte auch im Inland einzusetzen, um Terroranschläge zu verhindern (vgl. Tabelle 7.2).

Hierzu sollen alle im Rahmen der Studie betrachteten Möglichkeiten genutzt werden: Die Bundeswehr soll nicht nur den deutschen Luftraum überwachen, um Terroranschläge mit Flugzeugen zu verhindern (insgesamt 94 Prozent Zustimmung), sondern auch die Küsten und die Hafenanlagen überwachen, um Terroranschläge mit Schiffen zu vereiteln (insgesamt 92 Prozent Zustimmung), sie soll Flughäfen, Bahnhöfe und andere öffentliche Gebäude sichern (insgesamt 89 Prozent Zustimmung) sowie auch Kernkraftwerke, Chemiewerke und ähnliche Anlagen vor Terroranschlägen schützen (insgesamt 89 Prozent Zustimmung).

Tabelle 7.2: Einstellung zu den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im Inland

Frage: „Welche Aufgaben sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach in Deutschland übernehmen?“ (Angaben in Prozent)					
Die Bundeswehr sollte in Deutschland eingesetzt werden ...	Stimme zu ¹	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab ²	Weiß nicht
zur Verteidigung bei einem militärischen Angriff auf unser Land.	90	8	1	1	0
zur Katastrophenhilfe, z. B. bei Sturmfluten und Überschwemmungen.	89	9	1	1	0
zur Suche und Rettung von Vermissten.	80	14	4	2	0
zur Überwachung des deutschen Luftraums, um Terroranschläge mit Flugzeugen zu verhindern.	80	14	2	3	1
zur Überwachung der Küsten und der Hafenanlagen, um Terroranschläge mit Schiffen zu verhindern.	74	18	4	3	1
zum Schutz von Flughäfen, Bahnhöfen und anderen öffentlichen Gebäuden vor Terroranschlägen.	72	17	5	5	1
zum Schutz von Kernkraftwerken, Chemiewerken und ähnlichen Anlagen vor Terroranschlägen.	71	18	6	4	1
zur Sicherung der Landesgrenzen gegen illegale Einwanderer.	56	22	11	9	2

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne vollkommen ab“ und „Lehne überwiegend ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Die Akzeptanz für Einsätze im Inland ist am größten, wenn Punkte zur Diskussion stehen, die zum klassischen Aufgabenspektrum der Streitkräfte gehören: die Verteidigung bei einem militärischen Angriff und die Katastrophenhilfe, z. B. bei Sturmfluten und Überschwemmungen. Auf der anderen Seite ist die Ablehnung am größten, wenn die Bundeswehr mit einer Aufgabe betraut werden soll, die offensichtlich keine Aufgabe der Streitkräfte ist, sondern eine der zuständigen Behörden in Bund und Ländern.

8 Einstellungen zur Bundeswehr und Bewertung der gesellschaftlichen Anerkennung

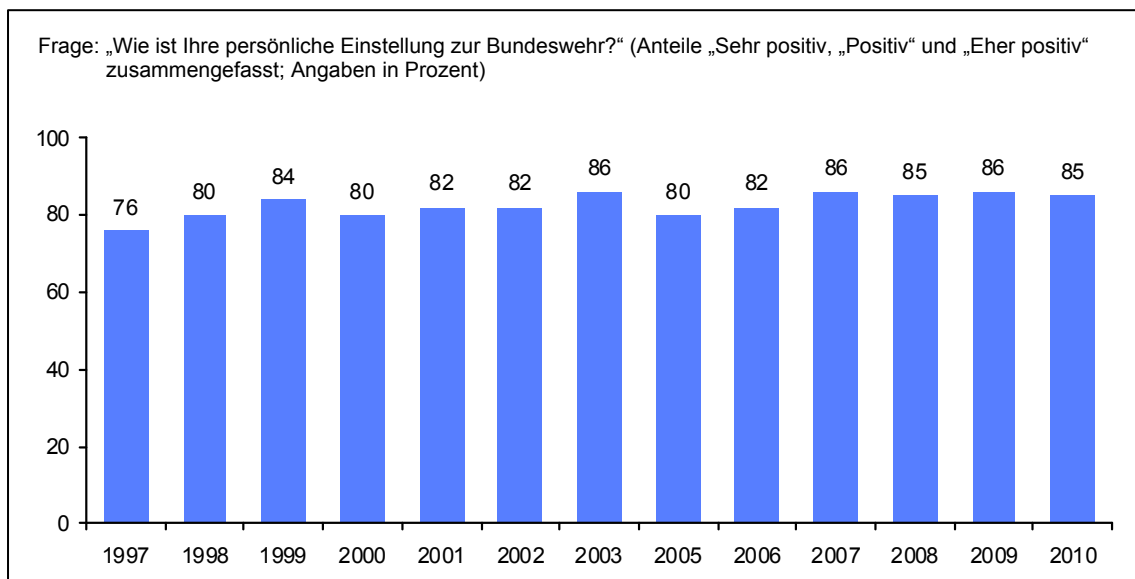
Thomas Bulmahn & Rüdiger Fiebig

Welche persönliche Einstellung zur Bundeswehr vertreten die Menschen in Deutschland? Wie bewerten sie deren Leistungen bei den Einsätzen im In- und Ausland oder das öffentliche Auftreten der Soldaten? Und wie schätzen sie die gesellschaftliche Anerkennung ein, die den Streitkräften zuteil wird?

➔ **Die Mehrheit der Bundesbürger (85 Prozent) vertritt eine positive Einstellung zur Bundeswehr. Das positive Meinungsbild überwiegt in allen Schichten.**

Insgesamt 85 Prozent der Menschen in Deutschland stehen der Bundeswehr positiv gegenüber (vgl. Abbildung 8.1). Davon vertreten elf Prozent eine sehr positive Einstellung, 39 Prozent eine positive und 35 Prozent eine eher positive Haltung. Negativ eingestellt sind nur wenige.

Abbildung 8.1: Einstellung zur Bundeswehr im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 1997 bis 2010.

In den letzten Jahren hat sich dieses Meinungsbild kaum verändert. Der Anteil der Bundesbürger, die eine positive Einstellung zur Bundeswehr haben, schwankt nur leicht auf bemerkenswert hohem Niveau. Der Durchschnittswert für die Erhebungen, die im Beobachtungszeitraum von 1997 bis 2010 durchgeführt wurden, liegt bei 82,6 Prozent und die mittlere Abweichung von diesem Wert beziffert sich auf 2,5 Prozentpunkte.

Tabelle 8.1: Einstellung zur Bundeswehr nach Geschlecht, Alter und Bildung

Frage: „Wie ist Ihre persönliche Einstellung zur Bundeswehr?“ (Angaben in Prozent)				
	(Sehr) positiv ¹	Eher positiv	Eher negativ	(Sehr) negativ ²
Insgesamt	50	35	10	5
Geschlecht***				
Männer	53	30	11	6
Frauen	47	41	9	4
Alter**				
16 bis 29 Jahre	42	41	9	8
30 bis 49 Jahre	50	34	12	4
50 bis 69 Jahre	50	35	10	5
70 Jahre und älter	56	32	7	5
Bildungsniveau**				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	44	37	14	5
Realschulabschluss	48	38	9	5
Hauptschulabschluss bzw. kein Schulabschluss	55	32	8	5
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat*				
3.000 Euro und mehr	52	32	13	4
1.500 bis unter 3.000 Euro	52	35	8	5
unter 1.500 Euro	47	37	9	7
Parteipräferenz***				
CDU/CSU	62	29	7	3
FDP	48	42	10	0
SPD	55	33	8	4
Bündnis 90/Die Grünen	30	45	15	10
Die Linke	47	32	11	10
Keine Parteipräferenz	43	40	11	6
Region***				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	53	36	8	3
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	43	40	8	9
Süddeutschland (BW, BY)	52	35	9	4
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	51	32	12	5

Anmerkungen: 1) Anteile „Sehr positiv“ und „Positiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr negativ“ und „Negativ“ zusammengefasst; *: Signifikanz $\leq ,05$; **: Signifikanz $\leq ,01$; ***: Signifikanz (Chi-Quadrat) = ,000.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Eine überwiegend positive Einstellung zur Bundeswehr findet sich in allen betrachteten Bevölkerungsgruppen (vgl. Tabelle 8.1). Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass sich die Haltungen von Männern und Frauen, von unterschiedlichen Altersgruppen, Bil-

dungs- und Einkommensniveaus, nach Parteipräferenz bzw. nach Region zum Teil deutlich unterscheiden.

Überdurchschnittlich positiv eingestellt sind ältere Menschen, Anhänger der Unionsparteien und der SPD. Eine signifikant negativere Haltung zur Bundeswehr vertreten jüngere Menschen und Personen mit höherem Bildungsniveau. Am kritischsten sind die Anhänger der Grünen, Sympathisanten der Linken, die Bessergebildeten: In dieser Gruppe liegt der Anteil der Personen mit negativer Einstellung bei 25 bzw. 21 und 19 Prozent. Befragte aus dem Osten Deutschlands sind seltener ausgesprochen positiv eingestellt und antworten dafür häufiger mit „Eher positiv“.

Wie beurteilen die Bürgerinnen und Bürger, nach allem was sie über die Bundeswehr wissen, die Leistungen bei den Einsätzen im In- und Ausland, das öffentliche Auftreten der Soldaten, deren Ausbildung sowie die Ausrüstung und Bewaffnung?

→ Die Leistungen der Bundeswehr bei den Hilfeinsätzen im Inland finden breite Anerkennung (92 Prozent insgesamt positive Bewertung).

Die Antworten auf diese Frage sind alles in allem als ein Ausdruck der breiten Anerkennung und Unterstützung der Bundeswehr durch die Bevölkerung zu interpretieren: Bei allen betrachteten Punkten überwiegen die positiven Bewertungen. Besondere Anerkennung wird den Leistungen der Bundeswehr für ihre Hilfeinsätze im Inland zuteil, die insgesamt neun von zehn Befragten positiv bewerten (vgl. Tabelle 8.2).

Tabelle 8.2: Bewertung der Bundeswehr durch die Bürger

Frage: „Wie beurteilen Sie – nach allem was Sie über die Bundeswehr wissen – die folgenden Punkte?“ (Angaben in Prozent)					
	(Sehr) positiv ¹	Eher positiv	Eher negativ	(Sehr) negativ ²	Weiß nicht
Die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Inland (z. B. Katastrophenhilfe)	75	17	3	1	4
Das öffentliche Auftreten der Soldatinnen und Soldaten	52	33	5	2	8
Die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber	47	26	8	5	14
Die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO	42	29	9	3	17
Die Integration (Einbindung) der Bundeswehr in die Gesellschaft	42	35	11	4	8
Die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Ausland	44	30	12	5	9
Die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union	44	32	5	3	16
Die Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten	36	28	12	4	20
Die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr	26	24	19	10	21

Anmerkungen: 1) Anteile „Sehr positiv“ und „Positiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr negativ“ und „Negativ“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

➔ **Kritischer werden Ausrüstung und Bewaffnung der Soldatinnen und Soldaten beurteilt (50 Prozent insgesamt positive Bewertung).**

Bei allem Zuspruch wird allerdings auch einige Kritik deutlich. Die Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten und mehr noch deren Ausrüstung und Bewaffnung werden von wesentlich weniger Befragten positiv gesehen: Zur Ausbildung äußert sich jeder Sechste negativ und zur Ausrüstung und Bewaffnung etwa jeder Dritte.

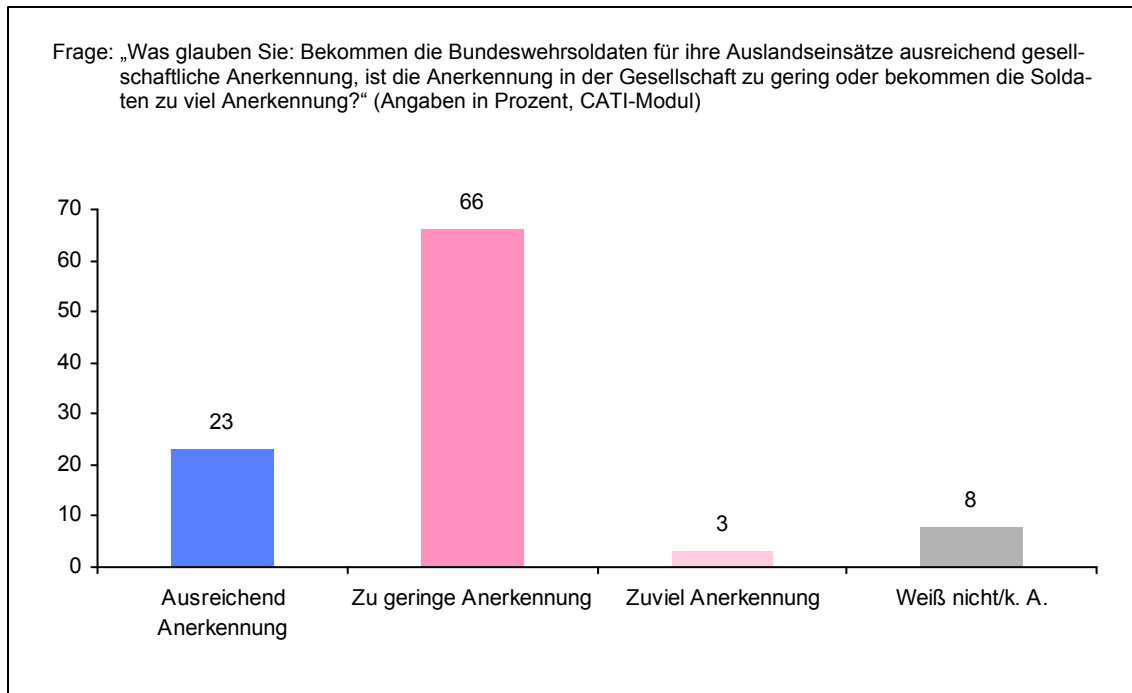
Ein Vergleich mit den Ergebnissen früherer Untersuchungen zeigt, dass diese Bewertungen keine Konstanten sind. Kritischer als in der 2008er-Studie werden die Leistungen der Bundeswehr in den Auslandseinsätzen bewertet. Der Anteil der sehr positiven und positiven Beurteilungen ist um sechs Prozentpunkte zurückgegangen. Im Kontrast hierzu werden die Leistungen bei Hilfseinsätzen im Inland deutlich positiver gesehen. Hier ist der Anteil der sehr positiven und positiven Bewertungen um zwölf Prozentpunkte gestiegen.

➔ **Die gesellschaftliche Anerkennung für die Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz wird von 66 Prozent der Bevölkerung als zu gering eingeschätzt.**

Die gesellschaftliche Anerkennung für die Soldaten der Bundeswehr ist in Deutschland seit mehreren Jahren ein zentrales Thema der öffentlichen und politischen Diskussion. Dabei wurde oft das Lamento eines „freundlichen Desinteresses“ für die Bundeswehr und ihre Auslandseinsätze vorgebracht, aber selten empirisch untermauert. Doch wie sieht die Bevölkerung selbst die gesellschaftliche Unterstützung der Soldatinnen und Soldaten?

Fehlende Anerkennung der Bundeswehr ist auch für die Bevölkerung ein Thema (vgl. Abbildung 8.2). Zwei Drittel der Deutschen, genau 66 Prozent, empfinden die Anerkennung für Bundeswehrsoldaten in Auslandseinsätzen als zu gering. 23 Prozent empfinden sie als ausreichend, und drei Prozent als zu hoch.

Abbildung 8.2: Fehlende Anerkennung der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Die getrennte Analyse nach Teilgruppen zeigt für die wahrgenommene gesellschaftliche Anerkennung nur wenige signifikante Unterschiede. Über die Geschlechter hinweg und auch in den einzelnen Altersgruppen wird die Anerkennung sehr ähnlich eingeschätzt. Lediglich der jüngsten Gruppe der 16- bis 29-Jährigen erscheint die Anerkennung geringfügig höher als den übrigen. Ebenfalls leicht höher eingeschätzt wird die Anerkennung unter den Befragten mit Hoch- oder Fachhochschulreife, verglichen mit den Absolventen niedrigerer Schulabschlüsse. Sehr deutlich und signifikant ist der Zusammenhang der Wahrnehmung mit der Parteipräferenz der Befragten. Wie erwartet wird die Anerkennung unter Unions- und FDP-Anhängern am geringsten beurteilt, während sie unter Anhängern der SPD, der Grünen und der Partei Die Linke häufiger als ausreichend angesehen wird. Insgesamt wird dennoch deutlich, dass fast alle Bevölkerungsschichten die Anerkennung der Bundeswehr mehrheitlich als zu gering einschätzen. Lediglich für die Anhänger der Partei Die Linke gilt dies nicht, wobei auch in dieser Gruppe immerhin noch knapp die Hälfte eine zu geringe Anerkennung wahrnimmt.

Tabelle 8.3: Wahrgenommene Anerkennung für die Bundeswehr nach Teilgruppen

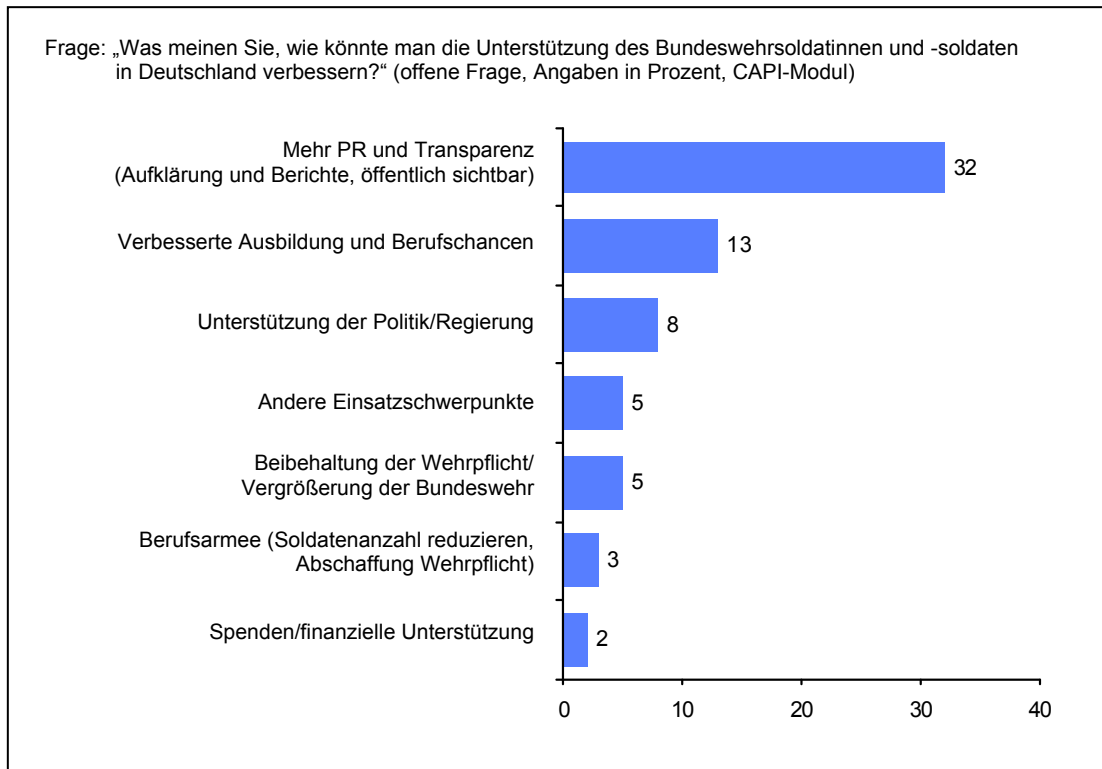
Frage: „Was glauben Sie: Bekommen die Bundeswehrsoldaten für ihre Auslandseinsätze ausreichend gesellschaftliche Anerkennung, ist die Anerkennung in der Gesellschaft zu gering oder bekommen die Soldaten zu viel Anerkennung?“ (Angaben in Prozent)				
	Ausreichend Anerkennung	Zu geringe Anerkennung	Zu viel Anerkennung	Weiß nicht/ k. A.
Insgesamt	23	66	3	8
Geschlecht ^{n.s.}				
Männer	23	66	3	7
Frauen	23	66	4	8
Alter ^{**}				
16 bis 29 Jahre	27	62	6	6
30 bis 49 Jahre	23	68	3	7
50 bis 69 Jahre	22	66	2	9
70 Jahre und älter	21	67	2	10
Bildungsniveau*				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	25	64	4	8
Realschulabschluss	20	71	4	5
Hauptschulabschluss bzw. kein Schulabschluss	23	65	2	10
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat*				
3.000 Euro und mehr	21	68	3	8
1.500 bis unter 3.000 Euro	25	67	4	5
unter 1.500 Euro	23	62	3	12
Parteipräferenz ^{**}				
CDU/CSU	17	76	3	5
SPD	27	67	2	5
FDP	19	81	0	0
Bündnis 90/Die Grünen	29	59	0	12
Die Linke	24	49	5	22
Keine Parteipräferenz	23	65	4	7

Anmerkungen: *: Signifikanz $\leq ,05$; **: Signifikanz $\leq ,01$; n.s.: Signifikanz $> 0,05$.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Welche Möglichkeiten sieht die Bevölkerung, die Unterstützung von Bundeswehrsoldaten in Deutschland zu verbessern? Die Antworten auf diese offene Frage zeigen, dass die Deutschen sich mit diesem Thema durchaus auf differenzierte Weise auseinandersetzen. So wird ein Kritikpunkt aufgegriffen, der in den vergangenen Jahren häufig Thema der politischen Diskussion war, nämlich die Informationspolitik über die Auslandseinsätze (vgl. Abbildung 8.3). 32 Prozent derjenigen, die eine mangelnde Unterstützung für die Soldaten der Bundeswehr wahrnehmen, wünschen sich auch mehr PR und Transparenz über die Auslandseinsätze, und dabei insbesondere ein realistischeres Bild für die Öffentlichkeit. 13 Prozent sehen Maßnahmen für verbesserte Ausbildung und bessere Berufschancen in der Bundeswehr als Lösung, und acht Prozent sehen allgemein die Politik bzw. die Regierung in der Pflicht, die Unterstützung der Soldatinnen und Soldaten zu verbessern.

Abbildung 8.3: Möglichkeiten der Unterstützung von Bundeswehrosoldaten



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

9 Die Bundeswehr im Vergleich: Vertrauen und wahrgenommene Aufgabenerfüllung

Thomas Bulmahn

Die Akzeptanz gesellschaftlicher Institutionen in modernen Gesellschaften basiert darauf, dass die Bürger ihnen vertrauen, dass sie beispielsweise Vertrauen haben in die Unabhängigkeit der Gerichte oder in die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung. Wie viele Menschen in Deutschland vertrauen der Bundeswehr? Wie groß ist das Vertrauen in andere Institutionen? Worauf basiert das Vertrauen? Diese Fragen sollen im Folgenden behandelt werden.

➔ **Das Vertrauen in die Bundeswehr ist außerordentlich groß. 88 Prozent der Bundesbürger vertrauen den deutschen Streitkräften.**

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland, insgesamt 88 Prozent, vertrauen der Bundeswehr, darunter 54 Prozent voll und ganz bzw. überwiegend, weitere 34 Prozent vertrauen ihr eher (vgl. Tabelle 9.1). Nur sechs Prozent haben eher kein Vertrauen und weitere drei Prozent haben überwiegend kein bzw. überhaupt kein Vertrauen.

Bei einem Vergleich mit anderen öffentlichen Einrichtungen und Organisationen zeigt sich, wie groß das Vertrauen in die Bundeswehr ist: Von den 15 betrachteten Institutionen belegt sie den zweiten Rang, hinter der Polizei und deutlich vor der Bundesregierung, die auf den 13. Platz kommt, und weit vor den politischen Parteien, denen nicht einmal jeder dritte Bundesbürger Vertrauen schenkt.

➔ **Auf der Vertrauensskala nimmt die Bundeswehr hinter der Polizei den zweiten Platz ein.**

Bei einem Zeitvergleich wird deutlich, dass das Vertrauen in die Streitkräfte auf hohem Niveau weitgehend stabil ist: Im Jahr 2007 vertrauten der Bundeswehr 85 Prozent der

Bundesbürger, im Jahr 2008 waren es 87 Prozent und in den Jahren 2009 und 2010 jeweils 88 Prozent.¹⁴

Tabelle 9.1: Vertrauen in öffentliche Einrichtungen und Organisationen im Vergleich

Frage: „Vertrauen Sie den folgenden Einrichtungen und Organisationen oder misstrauen Sie ihnen?“ (Angaben in Prozent); Sortierung nach dem Anteil der Personen, die der jeweiligen Institution insgesamt vertrauen.					
	Vertraue voll und ganz bzw. überwiegend	Vertraue eher	Vertraue eher nicht	Vertraue überhaupt nicht bzw. überwiegend nicht	Weiß nicht
1. Polizei	59	30	6	3	2
2. Bundeswehr	54	34	6	3	3
3. Öffentliche Schulen	54	33	8	3	3
4. Bundeskriminalamt	49	33	7	4	7
5. Bundesverfassungsgericht	49	32	9	4	6
6. Bundesnachrichtendienst	28	35	15	9	13
7. Gesetzliche Krankenversicherung	27	35	23	11	3
9. Gewerkschaften	22	37	22	11	8
8. Evangelische Kirche	24	33	18	13	12
10. Gesetzliche Rentenversicherung	22	33	26	15	4
11. Deutscher Bundestag	22	31	28	15	4
14. Bundesagentur für Arbeit	16	30	25	22	7
13. Bundesregierung	17	27	30	22	4
12. Katholische Kirche	18	21	26	25	10
15. Politische Parteien	6	23	35	32	4

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Diese Stabilität ist deshalb so bemerkenswert, weil immer wieder auch massive Vertrauensverluste zu beobachten sind. Besonders stark an Vertrauen verloren haben im Vergleich zum Vorjahr die Bundesregierung (-17 Prozentpunkte), die Katholische Kirche (-16 Prozentpunkte), der Bundestag (-14 Prozentpunkte), die politischen Parteien (-7 Prozentpunkte) und die Evangelische Kirche (-7 Prozentpunkte) (vgl. Tabelle 9.2).

Warum vertraut die Bevölkerungsmehrheit der Bundeswehr? Auf eine entsprechende offene Frage im Rahmen einer früheren Studie¹⁵, wurden zahlreiche Gründe für das Vertrauen genannt: die gelungene Integration in die Gesellschaft, das Prinzip der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte in der Demokratie, die Einbindung in internationale Bündnisse und nicht zuletzt auch positive persönliche Erfahrungen.

14 Lediglich im Jahr 2006 lag der Wert mit 75 Prozent deutlich unter diesem hohen Niveau, was auf die Veröffentlichung der sog. „Totenkopffotos“ in der Bild-Zeitung zurückzuführen ist.

15 Wortlaut der Frage in der Bevölkerungsbefragung 2009: „Warum vertrauen Sie der Bundeswehr?“, Filter: Nur an Personen, die zuvor angegeben haben, der Bundeswehr zu vertrauen.

Besonders oft angeführt wurde jedoch, dass die Bundeswehr Frieden, Sicherheit, Schutz, Stabilität und Freiheit für Deutschland gewährleistet, dass sie im Katastrophenfall ein Helfer in der Not ist und dass sie allgemein eine gute Arbeit leistet. Die Wahrnehmung, dass die Bundeswehr die ihr übertragenen Aufgaben gut erfüllt, ist folglich eine wesentliche Determinante für das Vertrauen.

Tabelle 9.2: Vertrauen in öffentliche Einrichtungen und Organisationen im Zeitvergleich

Frage: „Vertrauen Sie den folgenden Einrichtungen und Organisationen oder misstrauen Sie ihnen?“ (Angaben in Prozent); Sortierung nach dem Anteil der Personen mit Vertrauen insgesamt, ausgewiesen wird die Summe der Anteilswerte „Vertraue voll und ganz“, „Vertraue überwiegend“ und „Vertraue eher“.			
	2009	2010	Veränderung in Prozentpunkten
1. Polizei	90	89	-1
2. Bundeswehr	88	88	0
3. Öffentliche Schulen	86	87	+1
4. Bundeskriminalamt	82	82	0
5. Bundesverfassungsgericht	83	81	-2
6. Bundesnachrichtendienst	62	63	+1
7. Gesetzliche Krankenversicherung	64	62	-2
9. Gewerkschaften	60	59	-1
8. Evangelische Kirche	64	57	-7
10. Gesetzliche Rentenversicherung	56	55	-1
11. Deutscher Bundestag	67	53	-14
14. Bundesagentur für Arbeit	41	46	+5
13. Bundesregierung	61	44	-17
12. Katholische Kirche	55	39	-16
15. Politische Parteien	36	29	-7

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009 und 2010.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie gut die Bundeswehr ihre Aufgaben erfüllt. Mit „Sehr gut“ oder „Gut“ antworten 54 Prozent der Befragten und mit „Eher gut“ weitere 33 Prozent (vgl. Tabelle 9.3).

➔ **Die Bundesbürger vertrauen der Bundeswehr, weil sie davon überzeugt sind, dass die Streitkräfte dazu beitragen, Frieden, Sicherheit, Schutz, Stabilität und Freiheit für Deutschland zu bewahren.**

Nur neun Prozent kommen zu einer kritischen Bewertung. Der Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Aufgabenerfüllung und dem Vertrauen in die Bundeswehr ist sehr eng (Kendall-Tau-b = ,675). Dieser Befund korrespondiert mit dem Ergebnis der Analyse der offenen Frage nach den Gründen für das Vertrauen.

Tabelle 9.3: Wahrgenommene Aufgabenerfüllung öffentlicher Einrichtungen und Organisationen im Vergleich

Frage: „Wie erfüllen die folgenden Einrichtungen und Organisationen – nach allem was Sie darüber wissen – zurzeit ihre Aufgaben?“ (Angaben in Prozent); Sortierung nach dem Anteil der Personen, die der jeweiligen Institution eine insgesamt gute Aufgabenerfüllung bescheinigen.					
	Sehr gut bzw. gut	Eher gut	Eher schlecht	Sehr schlecht bzw. schlecht	Weiß nicht
1. Polizei	57	31	7	3	3
2. Bundeswehr	54	33	6	3	4
3. Öffentliche Schulen	49	33	11	3	4
4. Bundesverfassungsgericht	47	30	8	4	11
5. Bundeskriminalamt	45	32	6	3	14
6. Bundesnachrichtendienst	31	33	11	5	21
7. Evangelische Kirche	26	32	16	10	16
8. Gesetzliche Krankenversicherung	24	33	27	12	5
9. Gesetzliche Rentenversicherung	23	33	24	14	6
10. Gewerkschaften	21	35	22	11	10
11. Deutscher Bundestag	19	30	27	18	6
12. Bundesagentur für Arbeit	14	28	26	23	8
13. Katholische Kirche	18	20	26	23	13
14. Bundesregierung	14	24	32	25	5
15. Politische Parteien	7	20	38	30	5

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

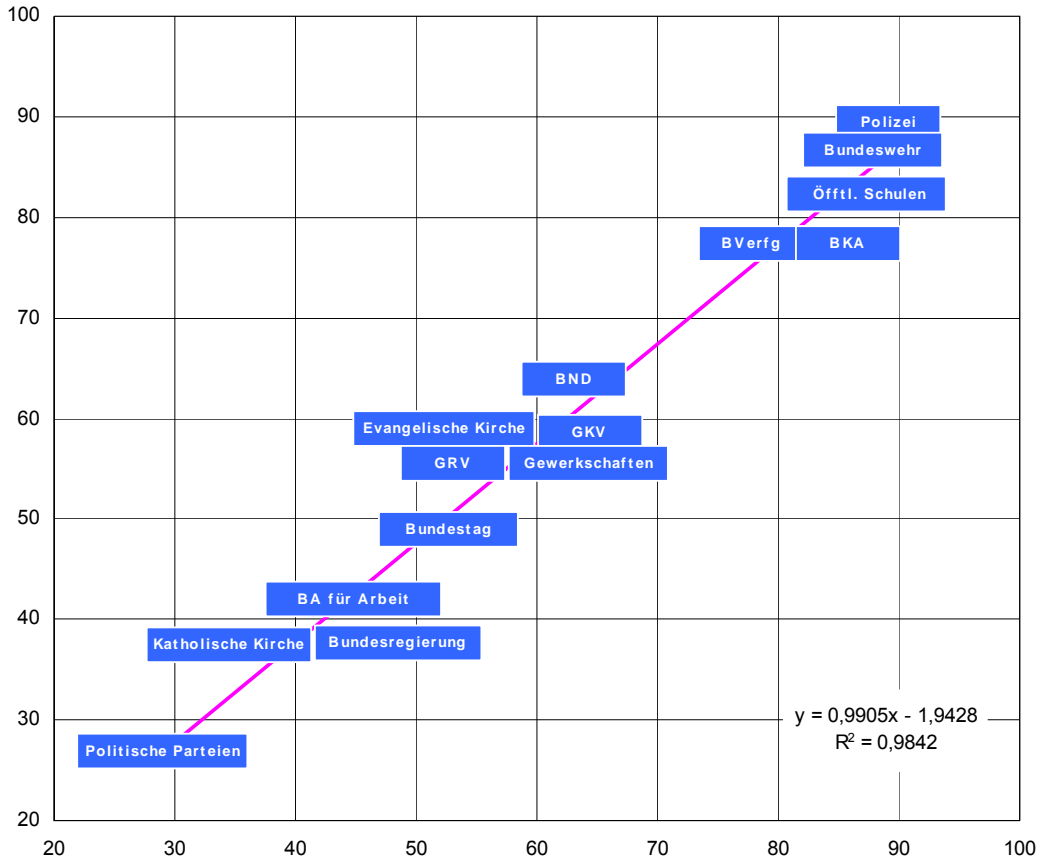
Ebenso stark ist der Zusammenhang zwischen wahrgenommener Aufgabenerfüllung und Vertrauen bei einem Institutionenvergleich auf der Aggregatebene (vgl. Abbildung 9.1). Je größer der Anteil der Personen, die einer Einrichtung eine gute Aufgabenerfüllung attestieren, desto größer ist der Anteil derjenigen, die dieser Institution auch vertrauen. Auch bei diesem Vergleich zeigt sich die außerordentlich positive Bewertung der Bundeswehr im Vergleich zu den anderen Einrichtungen und Organisationen.

Der lineare Zusammenhang zwischen wahrgenommener Aufgabenerfüllung und Vertrauen ist nahezu perfekt (vgl. Abbildung 9.1, Regressionsgerade ist Ergebnis einer linearen OLS-Regression, $R^2=,984$), sodass man davon ausgehen muss, dass es sich hier um eine interdependente Beziehung zwischen den beiden Größen handelt. Erfüllt eine Einrichtung ihre Aufgaben nach Meinung der Beobachter gut, dann stärkt diese Wahrnehmung das Vertrauen. Zugleich gilt, dass das Vertrauen in eine Institution das Urteil über ihre Leistungsfähigkeit beeinflusst: Wenn man einer Einrichtung vertraut, wird man ihr eher eine gute Aufgabenerfüllung bescheinigen, insbesondere dann, wenn man nur wenig über sie weiß.

Abbildung 9.1: Institutionen im Vergleich: Wahrgenommene Aufgabenerfüllung und Vertrauen

Frage 1: „Vertrauen Sie den folgenden Einrichtungen und Organisationen oder misstrauen Sie ihnen?“
 Frage 2: „Wie erfüllen die folgenden Einrichtungen und Organisationen – nach allem was Sie darüber wissen – zurzeit ihre Aufgaben?“

VERTRAUEN = Anteil der Personen, die der Institution vertrauen; Angaben in Prozent



WAHRGENOMMENE AUFGABENERFÜLLUNG = Anteil der Personen, die der Institution eine gute Aufgabenerfüllung bescheinigen; Angaben in Prozent

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

10 Wahrnehmung der Bundeswehr in den Medien und im persönlichen Umfeld

Thomas Bulmahn

Bei welchen Gelegenheiten nehmen die Menschen in Deutschland die Bundeswehr in den Medien und in ihrem persönlichen Lebensumfeld wahr? Zu welchem Gesamtbild verdichten sich diese Erfahrungen?

Die Wahrnehmung der Bundeswehr durch die Bürgerinnen und Bürger wird von Medienbildern dominiert. Insbesondere das Fernsehen hat eine bemerkenswerte Breitenwirkung. Durch Fernsehsendungen werden 55 Prozent der Befragten mindestens einmal im Monat auf die deutschen Streitkräfte aufmerksam, darunter sechs Prozent täglich oder fast täglich, 21 Prozent etwa ein- bis dreimal in der Woche und 28 Prozent etwa ein- bis dreimal im Monat (vgl. Tabelle 10.1).

Tabelle 10.1: Häufigkeit der Wahrnehmung in den Medien und im Lebensumfeld

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Gelegenheiten, bei denen man die Bundeswehr im alltäglichen Leben sieht, etwas von ihr hört oder über sie liest. Bitte sagen Sie mir, wie oft Sie persönlich die Bundeswehr bei diesen Gelegenheiten wahrnehmen.“ (Angaben in Prozent)					
	Täglich, fast täglich	Etwa ein- bis dreimal in der Woche	Etwa ein- bis dreimal im Monat	Seltener als einmal im Monat	Nie
Medial vermittelte Wahrnehmung					
Bei Sendungen im Fernsehen	6	21	28	36	10
Bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften	6	19	25	35	15
Bei Beiträgen im Internet	1	4	9	18	67
Persönliche Wahrnehmung					
Im Alltag, da wo Sie wohnen	4	7	11	30	48
Bei Gesprächen in der Familie	1	4	14	43	38
Bei öffentlichen Veranstaltungen	1	1	4	37	57
Indexwerte					
Mediale Wahrnehmung insgesamt ¹	9	26	28	31	6
Persönliche Wahrnehmung insgesamt ²	5	9	16	46	23
Bei allen genannten Gelegenheiten ³	13	26	27	29	5

Anmerkungen: 1) Ergebnis einer Gesamtbetrachtung der drei genannten Gelegenheiten, die Bundeswehr in Medien wahrzunehmen: im Fernsehen, in Zeitungen und Zeitschriften oder im Internet; 2) Ergebnis einer Gesamtbetrachtung der drei genannten Gelegenheiten, die Bundeswehr persönlich wahrzunehmen: im Alltag, bei öffentlichen Veranstaltungen oder bei Gesprächen; 3) Ergebnis einer Gesamtbetrachtung der sechs genannten Gelegenheiten, die Bundeswehr persönlich oder medial wahrzunehmen.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Die Printmedien tragen in fast gleichem Ausmaß zur öffentlichen Präsenz bei. Beim Lesen von Zeitungen und Zeitschriften nehmen 50 Prozent die Bundeswehr mindestens einmal im Monat wahr: darunter sechs Prozent täglich oder fast täglich, 19 Prozent etwa ein- bis dreimal in der Woche und 25 Prozent etwa ein- bis dreimal im Monat. Etwa jeder Dritte wird seltener auf die Bundeswehr aufmerksam und fast jeder Siebte nie.

Jenseits der Medienberichte ist die Bundeswehr für die Mehrheit der Bevölkerung nur noch sehr selten oder gar nicht mehr präsent. Im Alltag am Wohnort werden 78 Prozent seltener als einmal im Monat oder nie auf die Streitkräfte aufmerksam, bei Gesprächen in der Familie sind es 81 Prozent und bei öffentlichen Veranstaltungen 94 Prozent.

Auch bei einem Vergleich der Indexwerte wird deutlich, dass die mediale Präsenz der Bundeswehr, d. h. die Darstellung im Fernsehen, in Zeitungen und Zeitschriften oder im Internet, einen größeren Stellenwert besitzt als die nicht-mediale Präsenz, d. h. die persönliche Begegnung mit der Bundeswehr im Alltag, bei Gesprächen im Familien- und Freundeskreis oder bei öffentlichen Veranstaltungen (vgl. Tabelle 10.1, untere drei Zeilen).

Bei der Berücksichtigung aller sechs betrachteten Gelegenheiten, die Bundeswehr wahrzunehmen, zeigt sich, dass insgesamt 66 Prozent der Bundesbürger mindestens einmal im Monat etwas über die Bundeswehr lesen, sehen oder hören; nahezu jeder Dritte wird seltener auf die Streitkräfte aufmerksam und fünf Prozent nie.

Wie oft das Fernsehpublikum bzw. die Leserschaft Medienberichte über die Bundeswehr wahrnimmt, ist von mehreren Faktoren abhängig. Das persönliche Interesse an Sicherheits- und Verteidigungspolitik und das Ausmaß, in dem Medien zur politischen Information genutzt werden, spielen eine wesentliche Rolle. An sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen sehr interessierte Personen sehen bzw. lesen wesentlich häufiger entsprechende Beiträge über die Bundeswehr als weniger interessierte.¹⁶ Die Intensität der Mediennutzung zur politischen Information übt ebenfalls einen Einfluss aus. Personen, die regelmäßig Tageszeitungen, Nachrichtenmagazine und Wochenzeitungen lesen, um sich über politische Themen zu informieren, werden öfter auf die Bundeswehr aufmerksam als andere.¹⁷

16 Vgl. Bulmahn, Thomas et al. (2008): Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland (Forschungsbericht 84). Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, 103ff.

17 Vgl. ebenda.

➔ **Informationen über die Bundeswehr werden von immer mehr Menschen in Deutschland vor allem über die Medien wahrgenommen. Persönliche Begegnungen verlieren dagegen an Bedeutung. Etwa jeder zweite Bundesbürger (48 Prozent) nimmt die Bundeswehr im Alltag überhaupt nicht mehr wahr.**

Bei einem Zeitvergleich zeigt sich, dass die medial vermittelte Wahrnehmung im Beobachtungszeitraum leicht an Bedeutung gewonnen hat (vgl. Tabelle 10.2). Während die nicht-mediale Wahrnehmung im persönlichen Umfeld auf niedrigerem Niveau stagniert ist der Anteil der Befragten, die mindestens einmal im Monat Fernsehsendungen über die Bundeswehr gesehen haben, von 42 Prozent (2005) auf 55 Prozent (2010) und damit um dreizehn Prozentpunkte leicht gestiegen. Für die Printmedien beziffert sich der Zuwachs in diesem Zeitraum auf zehn Prozentpunkte.

Bei einer Betrachtung der Indexwerte werden die Veränderungen deutlicher: Der Indexwert für die regelmäßige mediale Wahrnehmung der Bundeswehr ist im Beobachtungszeitraum von 51 Prozent im Jahr 2005 auf 63 Prozent im Jahr 2010 gestiegen. Der Indexwert für die persönliche Wahrnehmung lag im Jahr 2005 bei 36 Prozent und im Jahr 2010 bei 30 Prozent (vgl. Tabelle 10.2).

Tabelle 10.2: Wahrnehmung mindestens einmal im Monat im Zeitvergleich

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Gelegenheiten, bei denen man die Bundeswehr im alltäglichen Leben sieht, etwas von ihr hört oder über sie liest. Bitte sagen Sie mir, wie oft Sie persönlich die Bundeswehr bei diesen Gelegenheiten wahrnehmen.“ (Angaben in Prozent)						
	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Medial vermittelte Wahrnehmung						
Bei Sendungen im Fernsehen	42	65	58	46	53	55
Bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften	40	64	54	45	48	50
Bei Beiträgen im Internet	6	14	10	10	14	14
Persönliche Wahrnehmung						
Im Alltag, da wo Sie wohnen	25	27	22	24	20	22
Bei Gesprächen in der Familie oder mit Verwandten	20	22	20	20	18	19
Bei öffentlichen Veranstaltungen	9	13	8	10	6	6
Indexwerte						
Mediale Wahrnehmung insgesamt ¹	51	74	66	57	60	63
Persönliche Wahrnehmung insgesamt ²	36	38	34	34	31	30
Bei allen genannten Gelegenheiten ³	60	79	72	63	64	66

Anmerkungen: *: Ausgewiesen wird der Anteil der Personen, die die Bundeswehr bei den betreffenden Gelegenheiten mindestens einmal im Monat, d. h. entweder „täglich, fast täglich“, „etwa ein- bis dreimal in der Woche“ oder „etwa ein- bis dreimal im Monat“, wahrgenommen haben (Basis: fünfstufige Skala, vgl. Tabelle 10.1). Für die Anmerkungen 1), 2) und 3) vgl. die entsprechenden Hinweise in der Tabelle 10.1.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2005 bis 2010.

Bei diesen Veränderungen handelt es sich nicht um lineare Prozesse, sondern um Entwicklungen, die stark mit der Intensität der Medienberichterstattung über die Bundeswehr korrelieren. Die höchsten Resonanzwerte wurden bei der Befragung im Oktober/November 2006 registriert. In diesen Wochen war das Medieninteresse an der Bundeswehr und ihren Auslandseinsätzen außergewöhnlich groß. Anlass hierfür waren Fotos, auf denen Soldaten der deutschen Einsatzkräfte in Afghanistan mit Totenschädeln posieren. Die mediale Schockwelle auf diese von der Bild-Zeitung veröffentlichten „Skandal-Fotos“ war bemerkenswert; sie ebte allerdings nach kurzer Zeit wieder ab.¹⁸ Zum Zeitpunkt der danach folgenden Befragung, im Mai/Juni 2008, war die Bundeswehr wesentlich seltener in den Medien präsent, was zu einem Rückgang der Wahrnehmung um 19 Prozentpunkte für das Fernsehen und um ebenfalls 19 Prozentpunkte für die Printmedien geführt hat.

→ Wer die Bundeswehr im persönlichen Lebensumfeld oder in den Medien wahrnimmt, der gewinnt zumeist positive Eindrücke.

Wer die Bundeswehr im persönlichen Lebensumfeld oder in den Medien wahrnimmt, der gewinnt zumeist positive Eindrücke (vgl. Tabelle 10.3). Bei Begegnungen im Alltag wird die Bundeswehr von insgesamt 91 Prozent vorteilhaft wahrgenommen, bei Gesprächen in der Familie sind es 87 Prozent.

Von denen, die der Bundeswehr im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen begegnen, berichten 93 Prozent von positiven Erfahrungen, wobei zu berücksichtigen ist, dass entsprechende Veranstaltungen, beispielsweise öffentliche Gelöbnisse, Tage der offenen Tür oder Messestände der Bundeswehr, eher selten von Personen besucht werden, die der Bundeswehr kritisch gegenüberstehen.

Von denen, die im Fernsehen etwas über die Bundeswehr sehen, nehmen 86 Prozent die Streitkräfte positiv wahr, davon 41 Prozent „Sehr positiv“ oder „Positiv“ und weitere 45 Prozent „Eher positiv“. Nur 14 Prozent gelangen zu einem negativen Gesamtbild. Ebenso günstig sind die Eindrücke derjenigen, die dem Thema „Bundeswehr“ in Zeitungen und Zeitschriften oder im Internet begegnen.

18 Vgl. ebenda: 98ff.

Tabelle 10.3: Bewertung der Bundeswehrpräsenz in den Medien und im Lebensumfeld

Frage: „Und wie nehmen Sie die Bundeswehr bei diesen Gelegenheiten normalerweise wahr?“ (Angaben in Prozent) ¹				
	(Sehr) positiv ²	Eher positiv	Eher negativ	(Sehr) negativ ³
Medial vermittelte Wahrnehmung				
Bei Sendungen im Fernsehen	41	45	11	3
Bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften	37	48	13	2
Bei Beiträgen im Internet	37	44	15	4
Persönliche Wahrnehmung				
Im Alltag, da wo Sie wohnen	46	45	7	2
Bei Gesprächen in der Familie	40	47	10	3
Bei öffentlichen Veranstaltungen	49	44	5	2
Indexwerte				
Mediale Wahrnehmung insgesamt ⁴	38	46	13	3
Persönliche Wahrnehmung insgesamt ⁵	45	45	7	2
Bei allen genannten Gelegenheiten ⁶	42	46	10	3

Anmerkungen: 1) Frage wurde nur Personen gestellt, welche die Bundeswehr bei der jeweiligen Gelegenheit wahrgenommen haben; 2) Anteile „Sehr positiv“ und „Positiv“ zusammengefasst; 3) Anteile „Sehr negativ“ und „Negativ“ zusammengefasst; 4) Durchschnittswert für alle genannten Gelegenheiten, die Bundeswehr in Printmedien oder elektronischen Medien wahrzunehmen; 5) Durchschnittswert für alle genannten Gelegenheiten, die Bundeswehr im Alltag, bei Veranstaltungen oder Gesprächen persönlich wahrzunehmen; 6) Durchschnittswert für alle genannten Gelegenheiten, die Bundeswehr persönlich oder medial wahrzunehmen.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

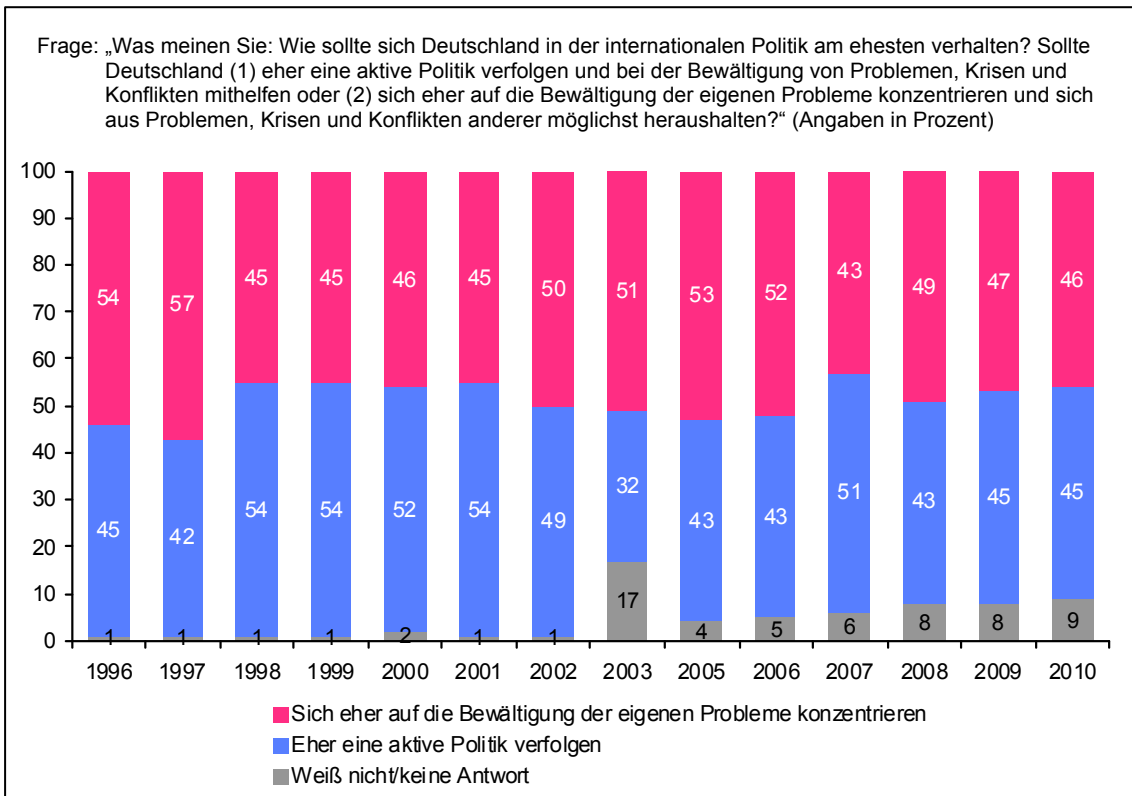
11 Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands

Thomas Bulmahn

Befürworten die Bundesbürger eine aktive Außenpolitik oder sind sie eher für eine Konzentration der Kräfte auf die Probleme des eigenen Landes?

➔ Etwa jeder zweite Bundesbürger (45 Prozent) ist der Auffassung, dass Deutschland eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten auf internationaler Ebene mithelfen sollte.

Abbildung 11.1: Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 1996 bis 2010.

Etwa ebenso viele (46 Prozent) sind allerdings der Ansicht, Deutschland sollte sich aus den Krisen und Konflikten anderer Länder möglichst heraushalten und sich stärker auf

die Bewältigung der Probleme im eigenen Land konzentrieren. Die übrigen neun Prozent haben zu dieser Frage keine Meinung (vgl. Abbildung 11.1).

Vergleicht man die Ergebnisse der Befragungen seit Mitte der 1990er-Jahre, dann wird deutlich, dass das Meinungsbild leichten Schwankungen unterworfen ist. Relativ hoch war die Zustimmung für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik im Zeitraum 1998 bis 2001. Der Anstieg gegen Ende der 1990er-Jahre dürfte insbesondere auf die Zuspitzung der Kosovokrise zurückzuführen sein. In dieser Zeit fanden heftige Kämpfe zwischen den serbisch-jugoslawischen Truppen und der UCK im Kosovo statt, die verheerende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung hatten und in einer humanitären Katastrophe mit tausenden Toten und hunderttausenden Vertriebenen endeten. In Anbetracht der Bilder dieser Tragödie in der Mitte Europas plädierten viele Bundesbürger für ein internationales Engagement, auch dann noch, als sich im März 1999 die NATO entschloss, mit militärischen Mitteln einzugreifen und die Waffenruhe zu erzwingen.

Ganz anders haben sich offensichtlich die Bilder des Irakkriegs im Jahr 2003 ausgewirkt. Bei der im Herbst 2003 durchgeführten Befragung¹⁹ sprachen sich nur noch 32 Prozent der Bundesbürger für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik aus, 15 Prozentpunkte weniger als im Jahr zuvor. 51 Prozent waren gegen ein internationales Engagement und 17 Prozent konnten diese Frage nicht beantworten, was als Ausdruck einer gewissen Verunsicherung bei dieser wichtigen sicherheitspolitischen Thematik zu deuten ist.²⁰

Die Frage nach dem außenpolitischen Engagement Deutschlands wird abhängig von Geschlecht, Alter, Bildungsniveau, Einkommenslage, Parteipräferenz und Herkunftsregion unterschiedlich beantwortet (vgl. Tabelle 11.1).

19 Die Interviews wurden in der Zeit vom 21.10. bis 17.11.2003 durchgeführt.

20 Zu dieser Verunsicherung dürften nicht nur die Kriegsbilder beigetragen haben, sondern auch die Tatsache, dass die damalige Bundesregierung unter Führung von Gerhard Schröder vor der Bundestagswahl 2002 eine Teilnahme Deutschlands an dem von den USA geplanten Krieg gegen den Irak abgelehnt hatte, was nach Einschätzung von Wahlforschern neben der Flutkatastrophe an der Elbe die entscheidende Wende im Wahlkampf brachte und letztlich zur Wiederwahl der rot-grünen Koalition führte (vgl. u. a. Neugebauer, Gero/Stöss, Richard (2002): Mit einem blauen Auge davongekommen. Eine Analyse der Bundestagswahl 2002. Berlin).

Tabelle 11.1: Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands

Frage: „Was meinen Sie: Wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Sollte Deutschland (1) eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder (2) sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?“ (Angaben in Prozent)			
	Sich international engagieren (1)	Sich möglichst heraushalten (2)	Weiß nicht
Insgesamt	45	46	9
Geschlecht***			
Männer	49	43	8
Frauen	41	50	9
Alter***			
16 bis 29 Jahre	49	40	11
30 bis 49 Jahre	46	45	9
50 bis 69 Jahre	47	48	5
70 Jahre und älter	34	55	11
Bildungsniveau***			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	62	33	6
Realschulabschluss	44	50	7
Hauptschulabschluss bzw. kein Schulabschluss	37	52	11
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat***			
3.000 Euro und mehr	60	36	4
1.500 bis unter 3.000 Euro	49	44	7
unter 1.500 Euro	33	58	10
Parteipräferenz***			
CDU/CSU	54	41	5
FDP	58	39	3
SPD	52	42	6
Bündnis 90/Die Grünen	59	35	6
Die Linke	30	66	3
Keine Parteipräferenz	37	51	12
Region***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	54	35	11
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	37	56	7
Süddeutschland (BW, BY)	43	46	11
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	47	46	7

Anmerkung: ***: Signifikanz (Chi-Quadrat) = ,000.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Mehrheitlich befürwortet wird eine aktive Außenpolitik von den besser Gebildeten, den finanziell besser Gestellten, den Anhängern von CDU/CSU, FDP und Grünen sowie von Menschen aus dem Norden Deutschlands.

Mehrheiten für die Konzentration auf die Probleme im eigenen Land und für ein Heraushalten auf internationaler Ebene findet man bei den Älteren, bei Menschen mit geringerem Bildungsniveau oder mit geringerem Einkommen, bei Anhängern der Linkspartei sowie bei den Bürgern im Osten Deutschlands.

Diese Differenzen sind Ausdruck der jeweiligen Lebenslagen, der damit verbundenen unterschiedlichen Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Realitäten und der sich daraus entwickelnden politischen Präferenzen.

➔ **Für die Gegner einer aktiven Außen- und Sicherheitspolitik ist die eigene wirtschaftliche und soziale Lage die entscheidende Grundlage ihrer Einstellung zu der Frage, ob sich Deutschland international engagieren sollte oder nicht. Sicherheitspolitische Erwägungen sind eher sekundär.**

Betrachtet man die wichtigsten Motive der Gegner eines internationalen Engagements, dann wird deutlich, dass diese bei der Begründung ihrer Haltung zumeist von ihrer eigenen wirtschaftlichen und sozialen Situation ausgehen. Die damit in einem engen Zusammenhang stehende subjektive Wahrnehmung und Bewertung der gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen in diesem Land ist für diese Gruppe die wesentliche Grundlage für die Haltung, dass sich Deutschland zunächst einmal um die eigenen Probleme kümmern sollte. Verwiesen wird auf die Arbeitslosigkeit, auf fehlende Ausbildungsplätze oder die hohe Verschuldung des Landes. Außenpolitische Motive oder sicherheitspolitische Erwägungen spielen nur eine untergeordnete Rolle. So befürchten einige beispielsweise, dass sich durch ein internationales Engagement die Terrorgefahr in Deutschland erhöhen könnte.

➔ **Die Befürworter einer aktiven Außen- und Sicherheitspolitik verweisen dagegen vor allem auf eine Verpflichtung des Landes zur solidarischen Hilfe.**

Die Argumentationslinien der Befürworter einer aktiven Außenpolitik sind weitaus vielschichtiger. Es wird darauf verwiesen, dass die Krisenländer zu schwach sind, um die bestehenden Probleme allein zu lösen, dass man moralisch verpflichtet sei, für Menschenrechte einzustehen und Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Gewalt zu beenden, dass sich Deutschland als Teil der internationalen Staatengemeinschaft bzw. als Bündnispartner nicht heraushalten könne, dass man helfen sollte, um Gefahren von Deutschland abzuwenden und dass man so Terrorismus verhindern könne, dass man helfen sollte, damit dem Land im Notfall auch Hilfe zuteil wird und dass man schließlich auch aufgrund der wirtschaftlichen, technologischen, politischen und auch militärischen Stärke Deutschlands zu solidarischer Hilfe verpflichtet sei.

12 Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsgefühl

Thomas Bulmahn

Die Globalisierung menschlichen Zusammenlebens ist eine Globalisierung von Chancen und Risiken. Mit der zunehmenden weltweiten Verflechtung von technischen, ökonomischen, kulturellen, ökologischen und politischen Systemen gehen erhebliche Gefährdungen und Bedrohungen einher. Globaler Klimawandel, weltweite Finanz- und Wirtschaftskrisen, internationaler Terrorismus oder die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen – wir leben, so hat es der Soziologe Ulrich Beck einmal formuliert, in einer „Weltrisikogesellschaft“²¹, in einer Gesellschaft, „die durch die fortwährende Voraussicht auf weltweite Gefahren so sehr in den Bann geschlagen ist, dass sie ihre eigenen Grundlagen in Frage stellt“²². Deutschland, so der Chef des Bundeskriminalamtes, ist längst „Teil des weltweiten Gefahrenraums“²³. Wovon fühlen sich die Menschen in Deutschland eigentlich bedroht? Inwieweit beeinträchtigt diese Bedrohungswahrnehmung das individuelle Sicherheitsgefühl?

➔ **Die Menschen in Deutschland fühlen sich zurzeit vor allem von Kürzungen bei den Sozialleistungen (57 Prozent) und von einer weltweiten Zerstörung der natürlichen Umwelt (71 Prozent) bedroht.**

Nicht Krieg, Terrorismus oder Kriminalität fürchten die Menschen in Deutschland am meisten, sondern eine Erosion der Sozialsysteme (vgl. Tabelle 12.1). Drei von zehn Befragten fühlen sich nach eigenem Bekunden von Kürzungen der Sozialleistungen „sehr stark bedroht“ oder „stark bedroht“, 29 Prozent haben Angst vor unzureichender finanzieller Absicherung im Alter und 23 Prozent erwarten, im Krankheitsfall nicht ausreichend finanziell abgesichert zu sein. Von den erwerbsfähigen Personen im Alter von 16 bis unter 65 Jahren fürchtet sogar jeder dritte, bei Arbeitslosigkeit nicht ausreichend fi-

21 Beck, Ulrich (2007a): Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Suhrkamp Verlag. Frankfurt a. M.

22 Beck, Ulrich (2007b): Interview mit WELT.ONLINE am 28.03.2007. Im Internet unter: http://www.welt.de/welt_print/article781140/Klimapolitik_als_Sinnbeschafferin.html; letzter Zugriff: 22.12.2009.

23 Jörg Ziercke in einem Vortrag auf dem 9. Europäischen Polizeikongress am 15.02.2006 in Berlin.

nanziell abgesichert zu sein. Die Angst, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren bzw. bei Arbeitslosigkeit keinen Arbeitsplatz mehr zu finden, ist ebenfalls weitverbreitet. Von den Personen im erwerbsfähigen Alter fühlen sich insgesamt 27 Prozent davon ernsthaft bedroht.

Tabelle 12.1: Bedrohungswahrnehmung in Deutschland

Frage: „Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.“ (Angaben in Prozent)			
	Sehr stark bzw. stark bedroht ¹	Bedroht	Kaum bzw. gar nicht bedroht ²
Unzureichende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit <i>(nur erwerbsfähige Personen im Alter von 16 bis unter 65 Jahren)</i>	32	29	39
Kürzung von Sozialleistungen	30	27	44
Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt	29	42	29
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	29	28	42
Atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen	27	34	39
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. keinen Arbeitsplatz mehr zu finden <i>(nur erwerbsfähige Personen im Alter von 16 bis unter 65 Jahren)</i>	27	26	47
Atombomben in der Hand von Staaten wie Iran oder Nord-Korea	26	31	43
Weltweiter Klimawandel infolge der globalen Erwärmung	25	38	37
Unzureichende finanzielle Absicherung im Krankheitsfall	23	28	49
Schwere Wirtschaftskrise in Deutschland	21	35	44
Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland	20	23	57
Große Naturkatastrophen, wie z. B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	16	29	55
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	15	23	62
Terroranschläge außerhalb Deutschlands, z. B. in einem anderen europäischen Land	14	26	60
Kriege oder militärische Konflikte in der Welt	13	27	60
Terroranschläge in Deutschland	12	30	58
Kriminalität	12	27	61
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	11	24	65
Politischer Extremismus in Deutschland	11	28	61
Militärischer Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland	7	13	80

Anmerkungen: 1) Anteile „Sehr stark bedroht“ und „Stark bedroht“ zusammengefasst; 2) Anteile „Kaum bedroht“ und „Gar nicht bedroht“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Die weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt und den Klimawandel infolge der globalen Erwärmung betrachten ebenfalls viele Befragte mit Sorge (29 bzw. 25 Prozent). Etwa jeder vierte Bundesbürger sieht es ebenso als ernsthafte Bedrohung

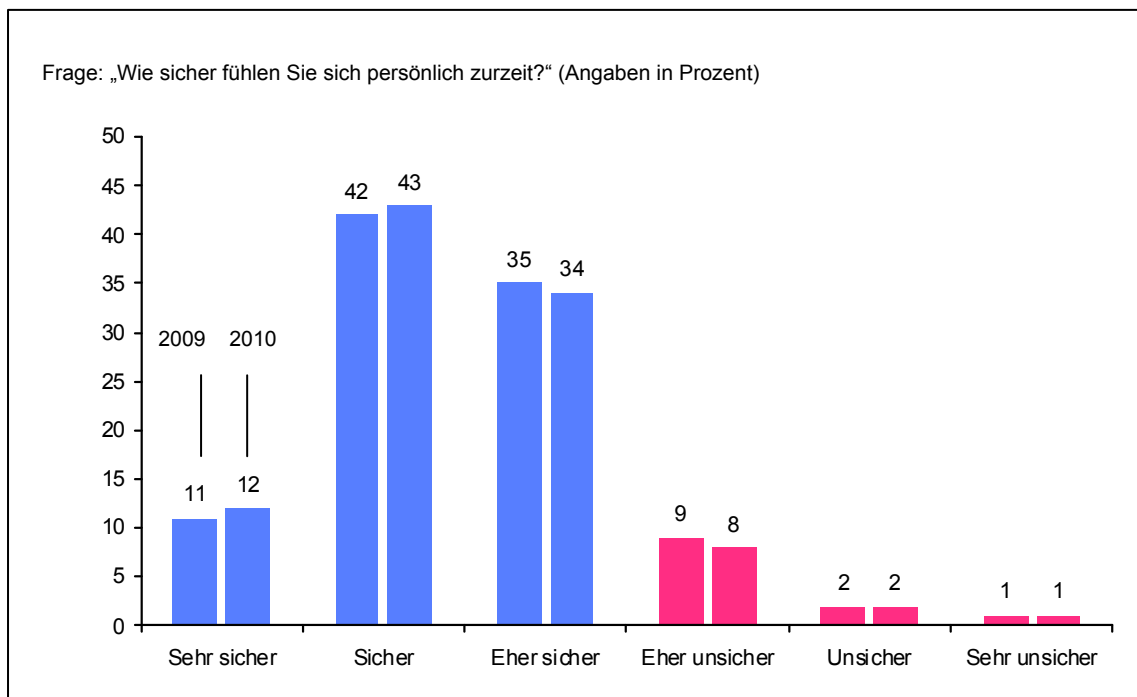
an, dass Terroristen in den Besitz von atomaren, chemischen oder biologischen Waffen gelangen (27 Prozent) bzw. dass Staaten wie Iran oder Nord-Korea über Atombomben verfügen könnten (26 Prozent).

Nicht so groß ist die Angst vor Terroranschlägen in Deutschland (12 Prozent), vor Anschlägen außerhalb Deutschlands, z. B. in einem anderen europäischen Land (14 Prozent) oder vor einem militärischen Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland (7 Prozent). Derartige Ereignisse werden von der Mehrheit der Bundesbürger offenbar als sehr unwahrscheinlich betrachtet und deshalb fühlen sich viele hiervon kaum oder überhaupt nicht bedroht.

➔ **Die Mehrheit der Bundesbürger (89 Prozent) fühlt sich alles in allem sicher.**

Auf die Frage, wie sicher sie sich persönlich zurzeit fühlen, antworten zwölf Prozent mit „Sehr sicher“, 43 Prozent mit „Sicher“ und weitere 34 Prozent mit „Eher sicher“. Lediglich elf Prozent geben an, dass sie sich mehr oder weniger unsicher fühlen (vgl. Abbildung 12.1). Alles in allem fühlen sich somit rund neun von zehn Bundesbürgern persönlich sicher.

Abbildung 12.1: Persönliches Sicherheitsgefühl



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009 und 2010.

In Anbetracht dieses Ergebnisses stellt sich die Frage, ob sich die Bedrohungsgefühle überhaupt auf das Sicherheitsempfinden auswirken. Führt beispielsweise die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes zu mehr persönlicher Unsicherheit? Wie stark wirkt sich im Vergleich hierzu die Angst vor einem Terroranschlag in Deutschland aus? Die Analyse führt zu dem Ergebnis, dass die hier betrachteten Bedrohungsaspekte mit dem Gefühl persönlicher Unsicherheit in ganz unterschiedlichem Ausmaß korrelieren (vgl. Abbildung 12.2).

Am stärksten ist der Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Bedrohung durch Kriminalität und dem Empfinden persönlicher Unsicherheit; am schwächsten ist er zwischen der wahrgenommenen Bedrohung durch weltweiten Klimawandel und dem Gefühl persönlicher Unsicherheit (vgl. Abbildung 12.2, Punkte 11 und 15).

Man kann diese Zusammenhänge auch als Wirkung der jeweiligen Bedrohungswahrnehmung auf das persönliche Sicherheitsempfinden interpretieren, das heißt als deren Relevanz. Betrachtet man neben der Relevanz auch die Verbreitung der jeweiligen Bedrohungswahrnehmung, d. h. die Präsenz, dann ergibt sich folgendes Bild: Beeinträchtigt wird das persönliche Sicherheitsgefühl der Bundesbürger vor allem durch sozioökonomische Bedrohungsfaktoren (vgl. Abbildung 12.2, oben rechts). Die Furcht vor unzureichender Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter sowie die Angst vor Arbeitslosigkeit, vor einer Kürzung der Sozialleistungen und vor einer schweren Wirtschaftskrise in Deutschland ist relativ weitverbreitet und wirken sich auch auf das Sicherheitsempfinden aus.

→ Die Angst vor Terrorismus in Deutschland beeinträchtigt das individuelle Sicherheitsempfinden ebenso stark wie die Furcht vor unzureichender finanzieller Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter.

Eine Bedrohung durch Terroranschläge wird dagegen von wesentlich weniger Menschen in Deutschland wahrgenommen. Bemerkenswert ist jedoch die Relevanz: Wenn sich jemand von Terroranschlägen bedroht fühlt, dann wirkt sich das deutlich auf das persönliche Sicherheitsgefühl aus (vgl. Abbildung 12.2, Punkte 13 und 14). Die Beeinträchtigung ist etwa ebenso stark wie die durch eine drohende Kürzung von Sozialleistungen oder die Angst vor unzureichender finanzieller Absicherung im Alter (vgl. ebenda: Punkte 3 und 1).

Abbildung 12.2: Bedrohungswahrnehmung und deren Auswirkung auf das persönliche Sicherheitsgefühl (Personen im Alter von 16 bis unter 65 Jahren)

Frage 1: „Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht?“
Frage 2: „Wie sicher fühlen Sie sich persönlich zurzeit?“

RELEVANZ = Zusammenhang zwischen dem Bedrohungsgefühl (Frage 1) und dem Gefühl persönlicher Unsicherheit (Frage 2, invers); ausgewiesen wird der Koeffizient Kendall-Tau-b



PRÄSENZ = Anteil der Personen, die sich „sehr stark bedroht“ oder „stark bedroht“ fühlen (Frage 1); Angaben in Prozent

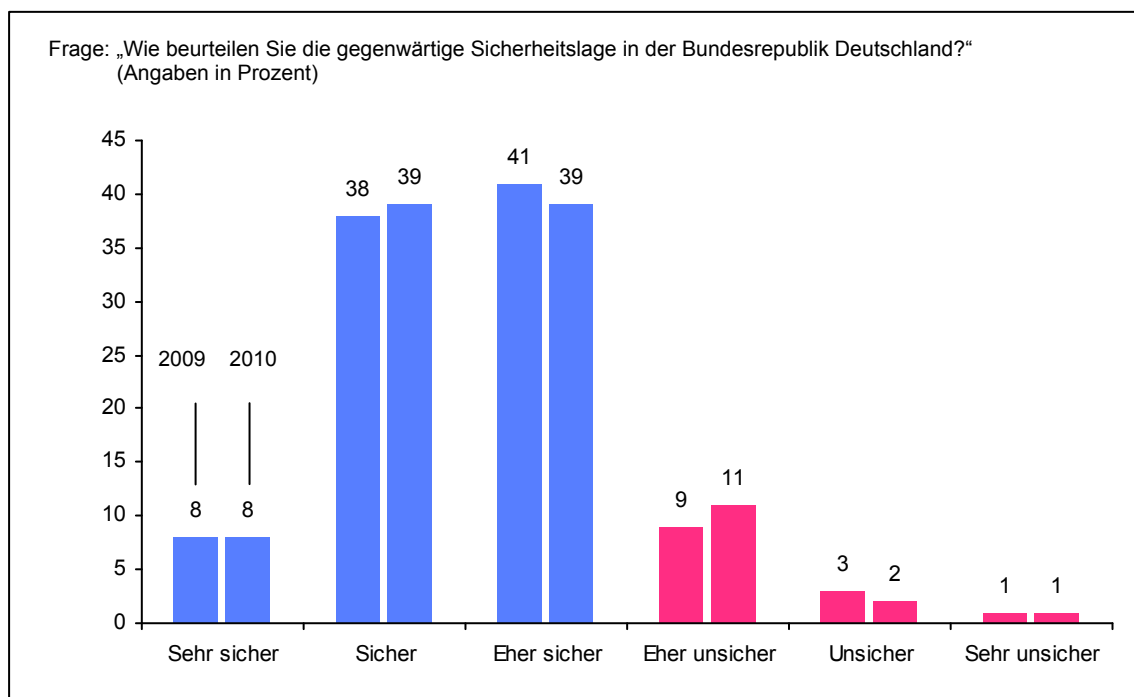
Legende: 1) Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter; 2) Unzureichende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit; 3) Kürzung von Sozialleistungen; 4) Unzureichende finanzielle Absicherung im Krankheitsfall; 5) Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. keinen Arbeitsplatz mehr zu finden; 6) Schwere Wirtschaftskrise in Deutschland; 7) Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt; 8) Atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen; 9) Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland; 10) Atombomben in der Hand von Staaten wie Iran oder Nord-Korea; 11) Kriminalität; 12) Große Naturkatastrophen; 13) Terroranschläge außerhalb Deutschlands; 14) Terroranschläge in Deutschland; 15) Weltweiter Klimawandel infolge der globalen Erwärmung; 16) Religiöser Fundamentalismus in Deutschland; 17) Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche; 18) Politischer Extremismus in Deutschland; 19) Kriege in der Welt; 20) Militärischer Angriff auf Deutschland.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

➔ **Globale Bedrohungen von Natur und Umwelt bleiben zumeist abstrakt und beeinträchtigen das individuelle Sicherheitsempfinden kaum.**

Bei einigen Faktoren ist das Verhältnis von Präsenz und Relevanz umgekehrt: Die Bedrohung wird zwar von vielen wahrgenommen, doch die Relevanz ist eher gering. So geben relativ viele Befragte an, sich von einem weltweiten Klimawandel oder von der weltweiten Zerstörung der natürlichen Umwelt bedroht zu fühlen; die Auswirkungen auf das individuelle Sicherheitsempfinden sind jedoch nur marginal (vgl. ebenda: Punkte 15 und 7). Es handelt sich hierbei offenbar um relativ abstrakte Bedrohungen, das heißt um Szenarien, die aufgrund der Präsenz in den Medien und im gesellschaftspolitischen Diskurs Aufmerksamkeit gefunden haben, deren konkrete Gestalt und Konsequenz für die meisten jedoch nicht fassbar sind. Bemerkenswert ist, dass das offensichtlich auch auf die Punkte „Atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen“ und „Atombomben in der Hand von Staaten wie Iran oder Nord-Korea“ zutrifft (vgl. ebenda: Punkte 8 und 10).

Abbildung 12.3: Beurteilung der Sicherheitslage in Deutschland



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2009 und 2010.

Zum Zeitpunkt der Befragung im Oktober 2010, nur wenige Wochen vor dem vom damaligen Bundesinnenminister Thomas de Maizière ausgelösten Terroralarm (vgl. Hil-

pert in diesem Bericht), wird die generelle Lage in Deutschland von der Mehrheit der Bevölkerung als überwiegend sicher bewertet (vgl. Abbildung 12.3). Acht Prozent halten die Situation in dieser Zeit für „Sehr sicher“, 39 Prozent für „Sicher“ und weitere 39 Prozent für „Eher sicher“. Nur 14 Prozent sehen das nicht so. Weitere Analysen zeigen, dass es zwischen der Bewertung der Sicherheitslage in Deutschland und dem persönlichen Sicherheitsgefühl der Bundesbürger einen starken Zusammenhang gibt (Kendall-Tau-b=,601).

Methodisches Design der Studie

Untersuchungsgegenstand

Einstellungen zur Strukturreform der Bundeswehr und zur Aussetzung der Wehrpflicht, Unterstützung des Freiwilligen Wehrdienstes, Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsgefühl, Einstellungen zur Rolle Deutschlands, öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr, Bewertung von Stärken und Schwächen der Bundeswehr, Akzeptanzgrundlagen der Bundeswehr, Haltungen zu Aufgabenfeldern der Bundeswehr im In- und Ausland, Einstellungen zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr, Einstellungen zu übrigen Auslandseinsätzen, Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben und zum Umfang der Streitkräfte, Vergleich öffentlicher Institutionen, sicherheitspolitisches Interesse der Bundesbürger und Mediennutzung.

Befragungsmethode und Fragebogen

Die vorliegende Untersuchung wurde in zwei Modulen von der Ipsos Operations GmbH, Mölln, durchgeführt. Modul A wurde als CAPI-Befragung (Computer Aided Personal Interview) im Oktober 2010 realisiert. Modul B war eine CATI-Befragung (Computer Aided Telephone Interview), die im November 2010 durchgeführt wurde. Die Fragebögen wurden am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr erarbeitet und von Ipsos für die Befragung programmiert.

Grundgesamtheit und Stichprobe

Die Grundgesamtheit für die gesamte Untersuchung waren alle deutschsprachigen Personen ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in der Bundesrepublik leben.

Aus dieser Grundgesamtheit wurden repräsentative, mehrstufig geschichtete Zufallsstichproben gezogen. Der Stichprobenumfang (netto) lag bei 1 826 (CAPI) bzw. 1 200 Personen (CATI). Die Ausschöpfungsquote betrug 61 Prozent (CAPI) bzw. 24 Prozent (CATI).

Feldzeit und Interviewdauer

Die Interviews wurden in der Zeit vom 27. September – 29. Oktober 2010 (CAPI) und 27. Oktober – 28. November 2010 (CATI) durchgeführt. Die Dauer der Interviews betrug durchschnittlich 60 Minuten (CAPI) bzw. 20 Minuten (CATI).

Analyse

Die Auswertung der Daten erfolgte am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr.

Anhang

- Agence France Presse (2009): Merkel fordert umfassende Aufklärung des Luftangriffs in Afghanistan, 7. September 2009.
- Bild (2010): Warum gibt die Kanzlerin den toten Soldaten nicht das letzte Geleit? In: Bild, 8. April 2010.
- Brössler, Daniel (2009): Annäherung an den Krieg. In: Süddeutsche Zeitung, 4. November 2009.
- Brössler, Daniel (2009): Verteidigungsministerium belog Öffentlichkeit. In: Süddeutsche Zeitung, 27. November 2009.
- Brössler, Daniel (2009): Jung geht, von der Leyen übernimmt. In: Süddeutsche Zeitung, 28. November 2009.
- Brössler, Daniel/Blechschild, Peter (2010): Westerwelle: In Afghanistan herrscht Bürgerkrieg. In: Süddeutsche Zeitung, 11. Februar 2010.
- Chandrasekaran, Rajiv (2010): NATO Probing Deadly Airstrike. In: The Washington Post, 5. September 2009.
- Demmer, Ulrike/Feldenkirchen, Markus/Fichtner, Ullrich/Gebauer, Matthias/Goetz, John/Goos, Hauke/Gutsch, Jochen-Martin/Koelbl, Susanne/Najafizada, Shoib/Schwennicke, Christoph/Stark, Holger (2010): Ein deutsches Verbrechen. In: Der Spiegel Nr. 5, 01. Februar 2010.
- Deutscher Bundestag (2009): Plenarprotokoll 17/9. 3. Dezember 2009, S. 682. Online unter: <<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17009.pdf>> (letzter Zugriff: 25. März 2011).
- Drobinski, Matthias (2010): Klare Worte von der Kanzel. In: Süddeutsche Zeitung, 7. Januar 2010.
- Ehrlich, Peter/Zepelin, Joachim/Schmid, Fidelius (2009): Guttenberg bestätigt gezielte Tötung. In: Financial Times Deutschland, 15. Dezember 2009.
- FAZ.NET (2010): Niederlande – Regierung zerbricht an Afghanistan. 20. Februar 2007. Online unter: <<http://www.faz.net/s/Rub0CCA23BC3D3C4C78914F85BED3B53F3C/Doc~E9D2779ED4D9C49E1BD058FEE8AE264E1~ATpl~Ecommon~Scontent.html>> (letzter Zugriff: 25. März 2011).
- Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (2009): Kundus: Gezieltes Töten erlaubt? 13. Dezember 2009.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2009): Guttenberg entlässt Schneiderhan und Wichert, 27. November 2009.
- Frankfurter Rundschau (2009): Völkerstrafrecht. 7. November 2009.
- Graw, Ansgar (2009): Der Präsident will es allen recht machen. In: Die Welt, 3. Dezember 2009.

- Hamburger Abendblatt (2010): Robbe sieht Alkoholproblem bei Bundeswehr, 15. Februar 2010.
- Keil, Lars-Broder (2009): Guttenberg verteidigt Luftangriff. In: Die Welt, 7. November 2009.
- Kuhn, Philip (2009): Dresdner Staatsanwälte geben Kundus-Fall ab. In: Die Welt, 7. November 2009.
- Lau, Miriam (2009): Wer war noch beteiligt? In: Die Welt, 11. Dezember 2009.
- Meyer, Simone (2010): „Klares Versagen“ – Interview mit Reinhold Robbe. In: Die Welt, 17. März 2010.
- Möller, Barbara (2010): Bundespräsident gerät in Erklärungsnot. In: Hamburger Abendblatt, 28. Mai 2010.
- Nachtwei, Winfried (2010): „Danke, dass Sie Anstoß erregt haben“. In: Die Tageszeitung, 14. Januar 2010.
- Reuters.de (2010): Merkel weist jede Kritik an Afghanistan-Mandat zurück. 22. April 2010. Online unter: <<http://de.reuters.com/article/domesticNews/idDEBEE63L0ER20100422>> (letzter Zugriff: 27. März 2011).
- Schmale, Holger (2010): Peinlich berührt. In: Frankfurter Rundschau, 28. Mai 2010.
- Spiegel Online (2010): Bundeswehr lieferte Namen für Taliban-Jagdliste, 31. Juli 2010. Online unter: <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,709488,00.html>> (letzter Zugriff: 26. März 2011).
- Sueddeutsche.de (2009): „Ich übernehme die politische Verantwortung“, 27. November 2009. Online unter: <<http://www.sueddeutsche.de/politik/jungs-ruecktritt-im-wortlaut-ich-uebernehme-die-politische-verantwortung-1.150726>> (letzter Zugriff: 27. März 2011).
- Sueddeutsche.de (2010): Die Bundeswehr – naiv in Afghanistan, 26. Juli 2010. Online unter: <<http://www.sueddeutsche.de/politik/afghanistan-die-bundeswehr-naiv-und-unbedarf-im-krieg-1.979633>> (letzter Zugriff 25. März 2010).
- Süddeutsche Zeitung (2010): Horst Köhler tritt zurück, 1. Juni 2010.
- Tillmann, Stefan (2010): Einfach nur weg. In: Financial Times Deutschland, 1. Juni 2010.
- Zeit.de (2010): Militäreinsatz für deutsche Wirtschaftsinteressen? 27. Mai 2010. Online unter: <<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-05/koehler-bundeswehr-wirtschaft-2>> (letzter Zugriff: 25. März 2011).

Zum Inhalt: Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr führt im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung seit 1996 jährlich repräsentative Bevölkerungsbefragungen durch, um die Einstellungen der Bundesbürger zu einer Vielzahl von sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen zu erfassen. Das Themenspektrum dieser Studie umfasst unter anderem die Einstellungen zur Reform der Bundeswehr und zur Aussetzung der Wehrpflicht, die Einstellungen zu grundlegenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen, die Wahrnehmung und Bewertung der Bundeswehr, die Auffassungen zu den Aufgaben und Einsätzen der Bundeswehr im In- und Ausland. Im vorliegenden Forschungsbericht werden die Ergebnisse der im Oktober/November 2010 durchgeführten Befragung präsentiert.

Zu den Autoren: Dr. Thomas Bulmann hat von 1991 bis 1996 Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin studiert. Von 1996 bis 2002 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) beschäftigt. Seit Dezember 2002 ist Dr. Bulmann wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr. Er ist als Leiter der Forschungsschwerpunkte „Einstellungsforschung und Meinungsumfragen“ sowie „Personalgewinnung und Personalbindung“ unter anderem für die jährliche Bevölkerungsbefragung und die Jugendstudie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr verantwortlich.

Rüdiger Fiebig studierte von 2000 bis 2006 Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Nach seinem Abschluss als Diplom-Politologe war er Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Politische Soziologie in Bamberg. Seit Juli 2007 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am SWInstBw, wo er als Projektleiter im Forschungsschwerpunkt „Einstellungsforschung und Meinungsumfragen“ die jährliche Bevölkerungsbefragung und Streitkräftebefragung betreut.

Carolin Hilpert hat von 2004 bis 2009 in Lugano und an der ETH in Zürich Internationale Beziehungen studiert. Ein Jahr arbeitete sie in der Schweizer Forschungseinrichtung Center for Security Studies. Seit November 2009 promoviert sie an der Universität der Bundeswehr in München zum Thema ISAF Einsatz. Im Rahmen dessen verbrachte sie zwei Monate als Gastwissenschaftlerin am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr.

Zum Institut: Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SWInstBw – „SOWI“) befasst sich im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung mit streitkräftebezogener empirischer Sozialforschung sowie militärsoziologischer Grundlagenforschung. Das SWInstBw ging 1974 aus dem Institut für Erziehung und Bildung in den Streitkräften hervor und wurde 1995 von München nach Strausberg verlegt. Das Institut arbeitet mit einem Kern von etwa 15 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern überwiegend empirisch, interdisziplinär und problemorientiert. Es ist national wie international eingebunden in ein dichtes Netzwerk von wissenschaftlichen, politischen und militärischen Einrichtungen und Institutionen. Das SWInstBw verfolgt und analysiert Situation und Entwicklung der Bundeswehr und ihrer Angehörigen in nationalen und multinationalen Zusammenhängen. Dabei hat es ein Sensorium für die innere Lage der Streitkräfte und die öffentliche Meinung zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen entwickelt. Als Einrichtung der Ressortforschung leistet das Institut mit seinen Forschungsergebnissen einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr. Dazu greift es aktuelle Problemstellungen auf und entwickelt seine Forschungs- und Erkenntnisinteressen ständig fort.